

中国报导

万兴PDF



CHINA-  
REPORT

Nummer 9/10 / 1973



# 中国报导

# CHINA- REPORT

## INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 5 Gemeinsame Vortragsveranstaltung von  
Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher und
- Seite 9 Vizekanzler a. D. DDr. Bruno Pittermann über  
EINDRÜCKE VON WIRTSCHAFT UND POLITIK CHINAS
- Seite 14 Dr. Peter Fitz, Wien  
KOMMENTAR ZUM HANDELS- UND ZAHLUNGSABKOMMEN ZWISCHEN  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER VOLKSREPUBLIK CHINA
- Seite 15 Uwe G. Fabritzek  
DEUTSCHLAND UND CHINA  
Hundert Jahre bilaterale Beziehungen im Spiegel der internationalen Politik
- Seite 33 Kwang Hsin, Shanghai  
GETTING TO WORK IN CHINA'S BIGGEST CITY
- Seite 34 Cheng Chi-wen, Peking  
PEKING'S STREET CLEANERS
- Seite 35 Yi Wen, Hu Hsin, Hupeh  
VISIT TO CENTRAL SOUTH CHINA BLACK TEA CENTRE
- Seite 36 Hung Ying, Peking  
CHINESE WOMEN ACHIEVE ECONOMIC INDEPENDENCE
- Seite 37 Wen Ti, Peking  
PUPPET SHOWS REVIVED IN CHINA
- Seite 38 GESPRÄCH MIT GUDRUN PLATTNER
- Seite 43 CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN  
1. Fakten und Daten
- Seite 45 2. Dokumente  
Auszüge aus der Diplomarbeit von Dr. Harald W. Kotschy, Wien:  
Nationalrat und Außenpolitik
- Seite 48 Text des österreichisch-chinesischen Handels- und Zahlungsabkommens in deut-  
scher und chinesischer Sprache

ÖSTERREICHISCHES CHINA-FORSCHUNGSINSTITUT

Tuchlauben 8/1, 1010 Wien, Tel.: 63 04 76

EHRENPRÄSIDENT:

Dr. Alfred MALETA  
Zweiter Präsident des Nationalrates  
Präsident der Politischen Akademie

VORSTAND:

Vorsitzender:

DDr. Bruno PITTERMANN  
Vizekanzler a. D.  
Präsident der Sozialistischen Internationale

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Franz MADL  
Geschäftsführender Vorsitzender des Instituts für  
Übersee der Österreichischen Jungarbeiterbewe-  
gung

Generalsekretär:

(wissenschaftlicher Leiter)

Dr. Gerd KAMINSKI  
Lehrbeauftragter an der Universität Wien

VORSTANDSMITGLIEDER:

Karl BLECHA  
Abgeordneter zum Nationalrat, Vorsitzender der  
Jungen Generation in der SPÖ, Direktor des Insti-  
tuts für empirische Sozialforschung

Helmuth BRAUN  
Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatange-  
stellten, Vorstandsvorsitzender des Österrei-  
chischen Jugendrates für Entwicklungshilfe

DDr. Franz J. HASLINGER  
Generalkonsul von Costa Rica  
Vorsitzender des China-Ausschusses der Österr.  
Industriellenvereinigung

Johann HATZL  
Verbandsobmann der Sozialistischen Jugend Öster-  
reichs

Magister Josef HÖCHTL  
Bundesobmann der Jungen ÖVP

Dr. Franz KARASEK  
ao. Gesandter und bev. Minister  
Abgeordneter zum Nationalrat  
außenpolitischer Sprecher der ÖVP

DDr. Fritz KÖNIG  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Eduard MAYER  
Bank- und Industriekonsulent  
Vizepräsident der Politischen Akademie

Professor Vivien PICK  
Lektorin für die chinesische Sprache an der Univer-  
sität Wien, der Diplomatischen Akademie und der  
Ostakademie

Peter SCHIEDER  
Abgeordneter zum Nationalrat

KURATORIUM:

Vizepräsident:

Dr. Bruno BUCHWIESER  
Präsident der Österreichischen Jungarbeiterbe-  
wegung

Kuratoriumsmitglieder:

Dr. Dietmar BACHMANN  
Landtagsabgeordneter, Tirol

Adalbert R. KOPEJKO  
Leiter der Zweigstelle des ÖCF in Innsbruck

Dr. Herbert SALCHER  
Landeshauptmann-Stellvertreter, Tirol

Red. Harry SICHROVSKY  
ORF

Dipl.-Volkswirt Herbert TIEBER  
Vorsitzender der Jungen Generation der SPÖ, Tirol

Univ.-Prof. Dr. h. c. mult. Alfred VERDROSS

Dr. Walter WAIZER  
Direktor, Tyrolit-Schleifmittelwerke

Univ.-Prof. Dr. Karl ZEMANEK

RECHNUNGSPRÜFER:

Karl KAISER  
(ÖJB-Junge Generation i. d. ÖVP)

Klaus SAMLICKI  
(Österr. Bundesjugendring)

Dr. Josef Staribacher  
 Bundesminister für  
 Handel, Gewerbe und Industrie

## EINDRÜCKE VON WIRTSCHAFT UND POLITIK CHINAS

(Vortrag am 26. Jänner 1973 im Palais Palfy,  
 nach dem Tonband geschrieben)

Wie Sie wissen, haben Österreich und die Volksrepublik China ihre staatlichen Beziehungen durch die Anerkennung geregelt, und es war daher selbstverständlich, daß ein Handelsvertrag abgeschlossen werden mußte. Wir waren darüber als Regierung sehr erfreut, weil dadurch normale wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufgenommen wurden. Das heißt nicht, daß vorher keinerlei wirtschaftliche Beziehungen bestanden hätten, sondern ganz im Gegenteil. Es hat ein Handelsübereinkommen gegeben und hat die Handelskammer bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, was auch darin zum Ausdruck gekommen ist, daß Delegationen der Handelskammer einige Male in China gewesen sind.

Trotzdem war es für mich natürlich eine Auszeichnung, einem Staat, der immerhin tausende Jahre alt ist, als erster österreichischer Minister einen Besuch abzustatten. Früher ist das wahrscheinlich deshalb nicht möglich gewesen, weil die Transportwege so lang waren. Bis der Minister dort angekommen ist, war er wahrscheinlich schon keiner mehr und deshalb wohl ist dieser Besuch erst jetzt möglich gewesen.

Offizielle Funktion der Delegation war die Unterzeichnung entsprechender Handels- und Zahlungsverträge, mit anderen Worten: die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Österreich zu verbessern. Um es gleich vorwegzunehmen, meine Damen und Herren, wenn irgendwelche Illusionen die Delegation begleitet hätten – sie haben sie ja nicht –, Wünsche waren natürlich vorhanden, daß es also jetzt möglich sein müßte, mit der Volksrepublik China einen schwunghaften Handel zu betreiben, so wäre das eine glatte Selbsttäuschung, weil natürlich die chinesische Handels- und Außenhandelspolitik ganz bestimmte Prioritäten setzt und in der Wirklichkeit nur diese Prioritäten gelten läßt.

Es ist richtig, daß ein Aufschwung festzustellen ist, der einem, auch wenn man das erste Mal in der Volksrepublik China war, aber doch Vergleiche anstellen kann auf Grund von Büchern, Filmen, Zeitschriften usw., die man in der Jugend aufgenommen hat, sicherlich ins Auge springt. Das heißt, auch unserer Delegation ist aufgefallen, daß die Menschen gut genährt sind, daß sie anständig ge-

kleidet sind und daß sie wohnen. Das ist für uns Westeuropäer eine Selbstverständlichkeit, aber sicherlich nicht für das chinesische Volk und schon gar nicht für die chinesische Führungsschicht, wenn Sie wollen, Parteileitung oder Regierung. Denn wenn einige Sinologen, und das kann man immer wieder hören, in Jubel ausbrechen und sagen, in China sei es jetzt rapid aufwärts gegangen, so streitet das die chinesische Führung keinesfalls ab, aber Tschou En-lai selbst hat bei der Aussprache, die wir geführt haben, immer wieder darauf hingewiesen: „Schau'n Sie, wir sind ein verhältnismäßig armes Land und wir wissen ganz genau, welchen höheren Lebensstandard Sie haben“; er hat eine Zahl genannt, er meinte, wir hätten ca. zweitausend Dollar Volkseinkommen pro Kopf und sie, die Chinesen, ungefähr zweihundert. Immer wieder wurde auf diese Tatsache hingewiesen. Man darf auch nicht vergessen, daß eben noch immer 85% der chinesischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Dennoch ist der industrielle Aufbau bewundernswert, und zwar manchmal auch technisch bewundernswert. Wir haben Gelegenheit gehabt, sowohl in Shanghai als auch in Kanton Ausstellungen zu besichtigen, wo wir chinesische Produkte gesehen haben, Maschinen, EDV-Anlagen usw., die auf uns einen ganz großen Eindruck gemacht haben, auch dann, wenn Fachleute, die ja mehr verstehen als wir, die wir ja Laien auf diesem Gebiet sind, uns dann sicherlich nachgewiesen hätten, daß das vielleicht keine eigenen Entwicklungen waren, sondern daß das doch irgendwo in Lizenz oder durch andere Methoden eben vom Westen her übernommen worden ist. Das weiß ich nicht, solche Vermutungen habe ich nur gehört, aber, wie immer das chinesische Volk zu dieser technischen Entwicklung gekommen ist, sie war sicherlich ungeheuer faszinierend. Andererseits die klare Erkenntnis auch des Außenhandelsministers Bai, mit dem ich Verhandlungen geführt habe und der mir gesagt hat, daß es für die chinesische Regierung essentiell wichtig ist, eben 85% nach wie vor in der Landwirtschaft zu haben. Kein Staat der Welt könnte, wenn China wirklich eine solche Nahrungsmittelkatastrophe hätte, wie es sie früher alle paar Jahre gehabt hat, die notwendigen Mengen an Lebensmitteln liefern, und es müßte dann das eintreten, was früher in China eintrat: daß es selbstverständlich war, wenn soundsoviele Millionen Chinesen verhungerten, wie es Pearl S. Buck und die Leute, die uns die ersten Eindrücke von China gegeben haben – zumindest mir in meiner Jugend –, schilderten. Das, glaube ich, ist heute gelöst, auch wenn das Transportproblem ungeheuer schwierig ist und wenn auch dieser Transport sich noch immer auf Fahrrädern abspielt. Wenn man in der Frühzeitiger aufgestanden ist, dann hat man gesehen, wie tausende Fahrräder, beladen mit Gemüse aus der wei-

teren Umgebung, also nicht, ein, zwei Kilometer entfernt, sondern aus zwanzig, wahrscheinlich dreißig Kilometer Entfernung in die Stadt fahren, um diese mit Gemüse und Obst zu versorgen. Von seiten der chinesischen Wirtschaft mußte also das Problem der Ernährung, der Kleidung gelöst werden und es gibt nur mehr offiziell zwei Rationierungen: eine bei Reis, bei Reis gibt es 20 Kilogramm im Monat, also eine große Menge, die andere bei Baumwolle, wobei Baumwolle natürlich das Hauptbekleidungsmittel heute noch immer in China ist, aber Hoffnungen auf riesige Exportaufträge müssen enttäuscht werden, weil die chinesische Baumwollindustrie so groß und so stark ist, daß sie ja bekanntlicherweise Exporte tätigt.

Einiges über die Lebenshaltung in China. Der Verdienst der Arbeiter schwankt zwischen 70 und 90 Yüan. Es besteht eine ziemliche Nivellierung. Ich war so sehr begierig, diese Akupunktur zu sehen, und hatte Gelegenheit, fünf Operationen zu sehen. Dort hat z. B. eine Professorin operiert, von der man sagt, sie sei die Kapazität. Auf die Frage, was sie ungefähr verdient, hat man mir gesagt, 250 Yüan. Und das ist ein Spitzenverdienst, den wahrscheinlich nur ganz wenige erreichen werden.

Demgegenüber einige Preise: ein Kilo Mehl kostet ca. 0,36–0,40, Kartoffeln kosten 0,80, eine Flasche Bier kostet ungefähr 0,50 und ein Fahrrad, um nur ein Beispiel zu sagen, kommt doch auf 150–180 Yüan – und das Fahrrad ist dort das, was bei uns das Auto ist. Privat-Autos gibt es keine, es gibt nur offizielle Autos für Staat, Partei und für sonstige offizielle Institutionen, privat, hat man uns erklärt, kann überhaupt niemand ein Auto besitzen. Tatsache ist, daß man mit Hilfe des Transportmittels Fahrrad und natürlich der öffentlichen Verkehrsmittel ungeheure Massen transportiert. Das muß man nämlich erlebt haben, sonst kann man sich schwer vorstellen, was es für Transportprobleme gibt. Ich denke jetzt gar nicht an den Transport von Kanton nach Peking, das wage ich mir gar nicht vorzustellen. Dies gelingt aber offenbar auch, sonst müßte es ja eben zu diesen Hungersnöten und Katastrophen kommen. Aber allein wenn man die Nahverkehrsprobleme sieht, die zu bewältigen sind, so kann man sich ungefähr vorstellen, in welchen Größenordnungen dies geschieht.

Zur Frage der Sozialeinrichtungen. Es gibt Schulen, die Kinder machen einen entzückenden Eindruck, jeder von uns hätte am liebsten ein paar mitgenommen. Wenn man Kindergärten besucht und die Kinder Theater spielen, da sieht man, wie den Chinesen das Theater im Blut liegt, wie sie das mit einer Begeisterung und mit einem Können darbringen, daß es ein reines Vergnügen ist, ihnen zuzusehen. An Kindergarten und Schule schließt

eine verhältnismäßig sehr lange Lehrzeit an. Es wird verhältnismäßig sehr spät geheiratet, das ist ja bekannt. Das Bevölkerungsproblem ist, glaube ich, dort auch wirklich mehr vom ideologischen Standpunkt aus gelöst, weil man eben ganz einfach erwartet, daß die Frau und der Mann später heiraten. Vorehelicher Verkehr, hat man uns gesagt, ist gesellschaftswidrig und gibt es also nicht. Dazu kommt, daß die ökonomische Situation eine Trennung oft von Familien bringt, so daß dann eben eine Zwei-, Drei-Kinder-Familie das normale ist, währenddem es bekanntlich in anderen asiatischen Staaten ganz anders ausschaut und es Bevölkerungsexplosionen gibt, die in China in diesem Umfang nicht zu verzeichnen sind, obwohl eine chinesische Bevölkerung von 750 Millionen (genaue Daten konnten wir nicht einhalten) natürlich von allergrößter Bedeutung und dieser riesige wirtschaftliche Block, dieser Konsumblock jetzt von größtem Interesse ist. Es ist daher nicht verwunderlich, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die Beziehungen aufgenommen hat, nachdem die Japaner die Beziehungen aufgenommen haben, daß zur Kantoner Messe unsere Exporteure natürlich von den Vertretern dieser beiden Staaten sehr hart bedrängt werden. Der chinesische Markt ist nämlich ein sehr harter Markt. Man soll sich keiner Illusion hingeben, die Preise und die Bedingungen, unter denen unsere Exportindustrie dort arbeiten muß, sind gar nicht einfach, sondern im Gegenteil sehr, sehr kompliziert. Trotzdem ist es gelungen – und ich darf Ihnen einige Ziffern sagen –, in den letzten Jahren eine wesentliche Änderung herbeizuführen. Wir haben 1971 ungefähr für 278 Mill. Schilling Waren importiert und nur für 122 Mill. Schilling exportiert, wir haben das im Jahre 1972 umdrehen können, wir haben heuer Importe von schätzungsweise 200 Millionen, aber Exporte von 325 Millionen Schilling. Wenn man aber eine Analyse vornimmt, sowohl von den Importen als auch von den Exporten, so erkennt man, daß bei den Importen primär Nichteisenmetalle und tierische Rohstoffe einigermaßen von Bedeutung sind und bei den Exporten eine Position, nämlich Stab- und Formeisen, überwiegt und von allergrößter Bedeutung ist. Trotzdem habe ich versucht, mit dem Außenhandelsminister Bai über Exportmöglichkeiten insbesondere in der Investitionsgüterindustrie, in Anlagen usw. Verhandlungen zu führen und ich hoffe, daß wir in kürzester Zeit nicht nur den Herrn Außenhandelsminister, den ich selbstverständlich eingeladen habe und von dem es uns sehr freuen würde, wenn er kommt, sondern auch eine chinesische Delegation begrüßen können, die hier Möglichkeiten des Bezuges von Anlagen bzw. Investitionsgütern prüfen soll. Ich konnte erfahren, daß z. B. die DEMAG eine chinesische Delegation erwartet hat zum Kauf eines Walzwer-

kes für 750 Mill. DM – um eine Vorstellung von den Größenordnungen zu vermitteln.

Wie weit überhaupt wir in diesen chinesischen Markt eindringen können, hängt ganz davon ab, wie weit es uns gelingt, für unsere Produkte (das beginnt bei den Nahrungsmitteln und endet bei den Konsumgütern, wobei letzteres aber kaum eine Aussicht hat) über sieben streng zentral gelenkte Außenhandelsorganisationen Kontakte aufzunehmen, Waren anzubieten und eben dort seine Offerte abzugeben, wobei die Kantoner Messe natürlich die überragende Gelegenheit ist. Dort nämlich werden die Geschäfte getätigt und ich bin sehr froh, daß es gerade während dieser Kantoner Messe möglich war, nach China zu fahren, denn dadurch konnte eine wesentliche Verbesserung unserer Exportmöglichkeiten erreicht werden, d. h. wir haben die Wünsche der Stahlindustrie unterbringen können, bitte, leider nicht bezüglich der Preise, weil sie sehr, sehr gedrückt wurden von den Japanern und von anderen Konkurrenten.

Die große Frage, die sich automatisch dabei ergibt, ist: Könnte man nicht versuchen, den Chinesen, die ja doch einen so ungeheuren Markt darstellen, durch Kreditoperationen Kaufkraft zu geben und sie dann dazu bringen, daß sie mehr importieren bzw. die europäischen Staaten mehr exportieren können. Das – ich habe es einige Male feststellen können – wird von der Staatsführung auf das Entschiedenste abgelehnt. Tschou En-Jai hat das ungefähr so ausgedrückt: Sehen Sie sich die anderen asiatischen Staaten an, wohin das geführt hat, man muß das ja letzten Endes zurückzahlen und dann belastet man eine zukünftige Generation, eine Epoche, mit einer ungeheuren Last und dazu sind wir nicht bereit. Wir werden nicht mehr importieren, als wir durch unsere Exporte ermöglichen können.

Nebenbei bemerkt, für unsere österreichische Exportindustrie ist dieser Standpunkt gar nicht so schlecht, denn wenn ich mir vorstelle, daß zu der japanischen und der bundesdeutschen Konkurrenz dann noch die Kreditbedingungen kommen, die diese Staaten eventuell bieten können, dann kann ich nur sagen, ist uns der jetzige Zustand sicherlich angenehmer, als das der Fall wäre, wenn man tatsächlich dazu überginge, auf Kreditbasis von chinesischer Seite her eine entsprechende Auflockerung des Außenhandels zu erreichen.

Um aber weiter meine Eindrücke zu schildern – ich habe neben Fabriken, Spitälern, Kindergärten selbstverständlich auch eine Volkskommune besucht, um überhaupt einmal verstehen zu können, wie dieses Volk, dieses Reich in der Größe funktionieren kann. In dieser Volkskommune gab es ca. 6.500 Haushalte mit 26.000 Menschen, Sie

sehen also schon, ungefähr vier Personen pro Haushalt, die Zwei- bis Dreikinderfamilie ist dort wirklich der Durchschnitt. In dieser Volkskommune „Regenbogenbrücke“, wie sie so schön hieß, hatten wir nicht nur die Möglichkeit, die agrarische Seite kennenzulernen, wobei mich am meisten folgendes beeindruckt hat: Nehmen Sie die bei uns bestgepflegten Schrebergärten und nehmen Sie das als Maßstab – so ist die chinesische Landwirtschaft, von einer intensiven Behandlung, von einer Agrikultur, von einer Bearbeitung, die größtenteils mit der Hand geschieht, obwohl es also natürlich auch vereinzelt mechanische Ackergeräte gibt, – wir hatten auf dieser Volkskommune außer dieser landwirtschaftlichen Seite natürlich auch die Möglichkeit, das für mich sehr beeindruckende Wirken der geschlossenen Einheit zu betrachten. Ob das wirtschaftlich ist, traue ich mich nicht zu beurteilen, dazu war ich viel zu kurz dort. Wir würden natürlich sofort sagen: vollkommen unmöglich, daß das wirtschaftlich ist. Ich habe erfahren, daß man dort nicht nur für die Autos und für die Traktoren eine eigene Reparaturwerkstätte hat, sondern auch selbst Maschinen erzeugt. Wir sind dann durchgegangen und haben Drehbänke gesehen und gemeint, das dürfte aber ein Übersetzungsfehler sein, daß diese Drehbänke dort auch erzeugt werden. Ich habe gemeint, da müßten Sie doch eine Gießerei haben und eine Schmiede. „Ja, haben wir.“ Wir haben dann die Gießerei gesehen. Die Gießerei war in Wirklichkeit außerstande, eine Drehbank oder die Maschinen dafür herzustellen. Aber man gießt, es sollen ja angeblich von den ca. 2.000 Bezirken, die es in China gibt, 50% eine eigene Gießerei haben. Die Volkskommunen versuchen also, sich autonom selbst all das zu erzeugen, was man braucht. Bitte, das geht bei der Tischlerei, die wir gesehen haben, bei der Kleiderherstellung usw., aber wie das bei den Präzisionsmaschinen geht, wie man eine Drehbank auf dieser Basis herstellen kann – ist eine andere Frage. Dann konnten wir allerdings das Rätsel lösen, nämlich gehen dann die Gußstücke irgendwohin und man bezieht dann eben für die Drehbänke die entsprechenden Teile und montiert sie. Aber schon das allein setzt eine ungeheure Improvisationskunst voraus, denn man darf nicht vergessen, daß es in dieser Volkskommune entsprechende Fachleute und was da alles notwendig ist nicht geben kann und daher der einzelne ungeheuer viel improvisieren muß. Ungeheuer interessant ist aber die Tatsache, daß eben hier der Versuch einer autonomen Führung dieser Kommunen unternommen wird. In dieser Kommune war selbstverständlich ein Ärzteteam und es gab 16 Sanitätsstationen, wobei man auch wieder stark unterscheiden muß. Es gibt sogenannte Barfußärzte, das heißt also Ärzte, die eine medizini-

sche Ausbildung von nur 18 Monaten haben, und die dann in die entsprechenden Stationen, aber auch aufs Land hin entsandt werden und dort einen Sanitätsdienst aufgebaut haben. In dieser Kommune war auch ein Krankenhaus, in dem 16 Ärzte tätig gewesen sind. Weiterhin gab es dort 5 Grundschulen, und zwar, wie man angefangen hat, waren es fünf, die dann auf 15 Grundschulen angewachsen sind. Bei einer Bevölkerung von ca. 26.000 ist mir das ein bißchen wenig vorgekommen, man dürfte dort, wie wir es ja früher auch gehabt haben, Wechselunterricht haben. Weiters wurden 6 Mittelschulen gegründet, und von der Volkskommune sind 260 Leute an Universitäten delegiert worden. Das ist natürlich das Entscheidende, daß von der Volkskommune selbst beschlossen wird, wer Universitäten besuchen kann, um die ganzen Aufgaben, die diese Volkskommune hat, erfüllen zu können.

Das Durchschnittseinkommen in dieser Volkskommune beträgt 900 Yuan pro Haushalt und Jahr, davon ist keine Miete zu bezahlen, und es gibt dann noch zusätzliche Deputate. Das heißt, wenn ich das durch 12 dividiere, ist das nicht sehr günstig, aber wenn ich jetzt wieder rechne, daß man eben für das Leben wesentlich weniger zu zahlen hat als in einer Stadt, dazu Hausgärten usw. hat, so ergibt sich natürlich dann im Schnitt gesehen wahrscheinlich auch für das Land eine wesentlich günstigere Einkommenssituation. Wie überhaupt für mich das größte Phänomen war, daß es z. B. möglich war, in Shanghai oder Kanton und Peking, wo man angenommen hat, diese Städte würden explodieren, wie in all diesen Staaten, wenn es zu einer leichteren Industrialisierung kommt, daß es im Gegenteil möglich war, daß in Shanghai, wie mir der Revolutionsrat mitgeteilt hat, die Bevölkerung systematisch abnimmt, weil man Mittelschüler, also Leute, die fertig sind, wahrscheinlich auch andere, in das Land hinausschickt. Und dann kommt also sofort die Frage: Naja, das ist eh' klar, antreten, Abmarsch, man kann sich dagegen nicht wehren. Das glaube ich nicht, und vor allem es gibt wahrscheinlich keine Ausnahmen, denn ein hoher Beamter des Außenhandelsministeriums, der uns begleitet hat, hat mir erzählt, daß seine beiden Kinder, die soeben die Mittelschule abgeschlossen hatten, nächste Woche weggehen und er weiß ganz genau, daß er sie wahrscheinlich zehn oder fünfzehn Jahre – höchstens er kommt einmal gelegentlich auf Besuch – nicht mehr sieht. Nun wissen Sie ja, daß man doch immer annimmt, also bitt' schön, eines ist auf alle Fälle sicher: die oben richten sich's schon. Also das war dort wirklich nicht der Fall, sondern das ist eine freiwillige Aktion gewesen, wo also gesagt wird, das ist notwendig, und der chinesische Mittelschüler nimmt

das als selbstverständlich auf sich, aufs Land hinauszugehen, und zwar nicht irgendwo im Verhältnis hundert Kilometer entfernt, sondern eventuell tausende Kilometer.

Die Fabrik ist der andere Teil, über den ich noch ganz kurz referieren möchte. Dort konnte man feststellen, daß sie verhältnismäßig gut organisiert war, technisch gut durchorganisiert. Wir besichtigten eine Textilfabrik, die auch wieder nach dem System „Alles selbst machen“ arbeitete. Sie hatte eigene Wohnkomplexe, eigene Werksküchen, wobei es so ist, daß in den Werksküchen der Arbeiter ca. 10–12 Yüan zahlt von diesen 60–80 Yüan, die er verdient, dafür aber zweimal am Tage, mittags und abends, Essen bekommt. Wir selbst haben diese Werksküche besichtigt, es war zu sehen, daß ein reichhaltiges Essen gegeben wird. Die Betriebe übernehmen auch Pensionsleistungen und für die Wohnung wird eine Miete von ungefähr 4, 5 Yüan bezahlt, dabei ist Elektrizität und Wasser bereits inbegriffen.

Die Hauptschwierigkeit für mich war, zu erkennen, wie dort die Arbeitskraft rekrutiert wird. Ich meine, ich kann mir sehr gut vorstellen, daß z. B. sich alles gedrängt hätten, in diese Textilfabrik zu kommen, mit all den sozialen Leistungen, die sie bringt. Man sagte mir, es würde in der Schule bereits getestet, ob jemand Eignungen hat, und wenn der Betreffende sich dafür meldet, dann wird er ausgewählt und kann in dieser Fabrik arbeiten, d. h. eine Lehre aufnehmen oder halt gleich als Hilfsarbeiter beginnen. Das war also für mich etwas unerklärlich, wie denn diese Auswahl erfolgt.

Die große Frage, die sich dann natürlich immer für einen Westeuropäer stellt, ist, ob also das hier vorliegende System zu bejahen oder zu verurteilen ist. Ich selbst traue mir da kein Urteil abzugeben, ich war wirklich viel zu kurz in China, um das festzustellen und kenne viel zu wenig die Geschichte. Aus Büchern nämlich kann man zwar einiges erfahren, aber man weiß ja nicht, wie sich das dort für den Chinesen darstellt. Es ist also für mich furchtbar schwer, zu urteilen – für Westeuropa, würde ich sagen, wäre dieses System ungeeignet. Das, glaube ich, kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, aber ob es für asiatische Verhältnisse das Richtige ist, das traue ich mich auch jetzt nicht zu beurteilen. Wir werden ja Gelegenheit haben, das sehr bald kennenzulernen, denn es sind verschiedene asiatische Staaten mit verschiedenen Systemen, wenn man so sagen darf, nach dem II. Weltkrieg oder später von einem verhältnismäßig gleichen schlechten Niveau gestartet und man wird sehen, wie weit der asiatische Raum den beiden Systemen oder verschiedenen Systemen bewiesen wird, welches das bessere System ist.

Für uns selbst, für die Regierung, hat sich eines gezeigt: Wir wurden dort nicht nur sehr freundlich und mit offenen Armen aufgenommen, man hat uns auch ununterbrochen zu erkennen gegeben, daß der Kampf, den das österreichische Volk für seine Unabhängigkeit geführt hat, sowohl gegen die Nazi, also bis 1945, als auch anschließend bis zum Staatsvertrag, daß das also etwas ist, wofür man uns beglückwünscht. Man hat uns auch dafür beglückwünscht, daß wir jetzt mit der Europäischen Gemeinschaft diese Lösung gefunden haben und hat uns immer wieder versichert, daß China großes Interesse daran hat, daß diese Unabhängigkeit Österreichs gewahrt bleibt. Ich habe allerdings mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sich Österreich in dieser Unabhängigkeit von niemandem derzeit bedroht fühlt, daß also die österreichische Neutralität und Unabhängigkeit im österreichischen Volk so tief verankert sind, daß jeder schlecht beraten wäre, wenn er an dem zweifeln würde. Aber nichtsdestoweniger ist es natürlich im Interesse Österreichs, mit allen Ländern der Welt in freundschaftliche Beziehungen zu treten und natürlich alles daranzusetzen, überall Freunde zu gewinnen, von denen man, falls diese Unabhängigkeit einmal von irgend jemandem in Frage gestellt werden sollte – wozu überhaupt keine Begründung oder Befürchtung vorliegt –, dann entsprechende Unterstützungen bekommen kann.

Vizekanzler a. D.  
 DDr. Bruno Pittermann  
 Vorstandsvorsitzender des  
 Österreichischen China-Forschungsinstituts

## EINDRÜCKE VON WIRTSCHAFT UND POLITIK CHINAS

(Vortrag am 26. Jänner 1973 im Palais Palfy)

Gesellschaftspolitisch ist die Volksrepublik China nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus organisiert. Trotzdem weicht der chinesische Kommunismus in vielen Beziehungen von den uns vertrauten kommunistischen Strukturen in Europa ab. Vor allem ist China ein Bauernland, in dem heute noch vier Fünftel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Der Fläche nach steht die Volksrepublik China an dritter Stelle nach der Sowjetunion und Kanada, aber nach der Bevölkerungszahl – zwischen 760 und 800 Millionen – überragt sie beide zusammen um das 2,5fache.

Die uns bekannten Formen des Kommunismus in Europa sind politisch aus bestehenden Arbeiterorganisationen in einer kapitalistischen Umwelt hervorgegangen; auch wenn es sich um revolutionäre Bewegungen gehandelt hat, die von einer Minderheit organisiert wurden, wie in der Sowjetunion.

Vor der Revolution waren Industrieanlagen in China nur in geringer Zahl vorhanden, zum größten Teil im ausländischen Besitz. Von Besitz an Grund und Boden war die Masse des chinesischen Volkes ausgeschlossen, so daß mit der Enteignung der Großgrundbesitzer der entscheidende Schritt zur Vergesellschaftung des Hauptproduktmittels getan werden konnte. Für die Kollektivnutzung boten die Erfahrungen der chinesischen Volksarmee wertvolle Hinweise, denn diese mußten sich im Verlaufe der revolutionären Erhebung in weniger fruchtbare Landschaften Nordwest-Chinas zurückziehen und zu ihrer Ernährung wie zu der der Bevölkerung des beherrschten Gebietes bemüht sein, den Hektarertrag zu erhöhen und vorher wirtschaftlich nicht genütztes Land agrarisch zu erschließen.

Daher wird die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung in Kommunen zusammengeschlossen und systematisch zur Selbstverwaltung angehalten. Das Instrument dafür sind die lokalen Revolutionskomitees, die in der Landwirtschaft wie in der Industrie aus Vertretern der Arbeiter, des Kaders, das heißt also aus der Parteiorganisation und den Technikern bestehen. Der Entwicklung der Landwirtschaft ist in der Lehre Mao Tse-tungs ein großer Platz gewidmet. Immer wieder wird auf die Hauptvoraussetzungen, nämlich Bewässerung, Düngung und Vertiefung der wissenschaftlichen Erkenntnisse, hingewiesen.



## Wirtschaftspolitik

Als Ergebnis dieser Gesellschaftspolitik kann, im Gegensatz zu den uns bekannten Verhältnissen in kommunistisch geführten Staaten Europas, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln festgestellt werden. In den Verkaufsläden der Städte ist eine Fülle von Frischobst und Gemüse zu sehen, das zu amtlich festgesetzten Preisen verkauft wird, die es einem Durchschnittslohnempfänger ermöglichen, sich und die Familie ordentlich zu ernähren. Nur Reis – 20 kg monatlich – und Baumwollgewebe sind noch rationiert. Man erkennt die am Aussehen der Bevölkerung in den Städten, aber auch in den bäuerlichen Gegenden.

Dabei sind die klimatischen Verschiedenheiten groß, denn Peking liegt am 40. und Shanghai am 30. Grad geographischer Breite, wobei im allgemeinen südlich des Yang-tse-kiang bis zu drei Ernten jährlich eingebracht werden.

Ein großes Problem bildete und bildet teilweise noch immer das Transportproblem, denn die nördlichen Provinzen der Volksrepublik China waren nach vorliegenden Berichten heuer zum ersten Mal imstande, die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide aus den Erträgen ihrer provinziellen Landwirtschaft zu bewältigen. Das war aber zweifellos auch außergewöhnlich günstigen klimatischen Verhältnissen zuzuschreiben, die ja nicht immer als gegeben angesehen werden können. Daher ist die Regierung der Volksrepublik China bestrebt, in den 5-Jahr-Plänen eine beschleunigte Entwicklung im Transportsektor zu sichern. Dies soll durch den Ausbau von Binnenwasserstraßen, also Kanälen, und Flußregulierungen geschehen, durch Forcierung der Produktion von Lastautos, durch Verstärkung des Eisenbahnnetzes und vor allem durch moderne Lokomotiven und Güterwagen auf den Eisenbahnen. Im besonderen soll für den Personenverkehr das binnenländische Luftverkehrssystem ausgebaut werden. Bis vor fünf Jahren mußte die von Kanton–Shanghai nach Peking führende Eisenbahn den Yang-tse auf einer Fähre übersetzen. Früher schon wurde eine 1,6 km lange Straßen- und Eisenbahnbrücke bei Wu-han über den Fluß errichtet.

In den Wirtschaftsplänen wird zwar der Entwicklung der Industrie zur besseren Versorgung der Wirtschaft mit mechanischen Produktionsmitteln der entsprechende Platz eingeräumt, aber nirgends ist die Tendenz zu einer Überforderung der industriellen Entwicklung zu bemerken.

Man gewinnt den Eindruck, daß die starke Förderung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur wegen der reichlichen Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln erfolgt, sondern daß offenbar, angesichts der Erfahrungen in der moder-

nen Industriewirtschaft, der Konsum an Produkten der Leichtindustrie erst allmählich steigen soll. Es gibt eine große Zahl von Fahrrädern, in Peking, wie mir gesagt wurde, 1,7 Millionen. Man sieht bei der Bevölkerung sehr viele Fotoapparate und auch Radiogeräte, die Textilindustrie arbeitet auch im großen Maß für den heimischen Bedarf, aber schon die Erzeugung von Fernsehgeräten scheint gebremst. Dazu kommt, daß noch nicht genügend Facharbeiter zur Verfügung stehen können, andererseits aber der weitere Zustrom der Bevölkerung in die Städte gebremst werden soll. Daher werden Industrieanlagen kleinerer Dimensionen in vielen Orten errichtet, um die dort ausgebildeten Facharbeiter an ihrem bisherigen Wohnort halten zu können.

Der gesamte Außenhandel, der derzeit im Welthandel nur einen sehr bescheidenen Platz einnimmt, wird über staatliche Einrichtungen geleitet. Die wichtigsten Organisationen dafür sind:

### CHINA NATIONAL CHEMICALS IMPORT AND EXPORT CORPORATION –

Hauptsächliche Importe und Exporte: Chemikalien, Gummi, Reifen und andere Gummierzeugnisse, Erdöl und Erdölprodukte, Kunstdünger und Chemikalien und Insektizide für die Landwirtschaft, Pharmazeutika und Medikamente, chemische Reagenzien, medizinische Instrumente und Ausrüstungen, Verbandstoffe, Färbemittel, Pigmente und Lacke, Druckfarben etc.

### CHINA NATIONAL MACHINERY IMPORT AND EXPORT CORPORATION –

Hauptsächliche Importe und Exporte: Komplette industrielle Anlagen, chemische Verarbeitungsanlagen, Metallurgie-Maschinen, petrochemische und chemische Fabriken, Bergbau-Ausrüstungen, Transportanlagen und -ausrüstungen, Baumaschinen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Hebezeuge, Werkzeuge, Kugel- und Walzlager, Maschinen für die Leichtindustrie, elektrische Geräte und Elektromaterial, Anlagen und Geräte für das Rundfunkwesen, diverse Meß- und Testinstrumente und andere Industrieausrüstungen.

### CHINA NATIONAL METALS AND MINERALS IMPORT AND EXPORT CORPORATION

Hauptsächliche Exporte: Tungstenerz, Antimonerz, Zinn, Quecksilber, Roheisen, Stahlerzeugnisse, Zement, Anthrazitkohle, Fettkohle, Borax etc.

### KWANGSI CHUANG AUTONOMOUS REGION BRANCH –

Hauptsächliche Exporte: Manganerz, Pyrolusit in Klumpen und Pulverform, Eisenoxyd in Klumpen und Pulverform, Barit etc.

**CHINA NATIONAL COMPLETE PLANT EXPORT CORPORATION –**

Hauptsächliche Exporte: Komplette Fabrikanlagen und Bauprojekte

**CHINA NATIONAL FOREIGN TRADE TRANSPORTATION CORPORATION –**

Hauptaufgaben: Transport von Import- und Exportgütern

**CHINA NATIONAL CHARTERING CORPORATION –**

Hauptaufgaben: Chartern von Schiffen und Buchen von Schiffsraum

**BANK OF CHINA –**

Spezialisiert auf alle Arten von Devisentransaktionen

**GUOZI SHUDIAN –**

Exporte nach allen Erdteilen von: Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin in chinesisch und anderen Sprachen, Bücher und Zeitschriften verschiedener Art in chinesisch und anderen Sprachen.

Seiden- und offsetgedruckte Porträts von Marx, Engels, Lenin Stalin und Vorsitzendem Mao. Offsetdrucke, Alben, Postkarten, Langspielplatten

**THE PEOPLE'S INSURANCE COMPANY OF CHINA –**

Sie versichert See-, Land- und Luftfracht, Postfracht und betätigt sich als Schiffsversicherer und -rückversicherer.

Dazu kommen noch zwei halbstaatliche Gesellschaften, die überwiegend für Feuer-, Lebens-, Unfall-, Kraftfahrzeugversicherungen und im Bedarfsfall auch für Arbeitslosenversicherung zuständig sind.

Trotzdem wurde im Wirtschaftsjahr 1971/72 nur eine Stahlproduktion von 21 Millionen Tonnen erreicht. Die Produktivität wird auch von chinesischer Seite als unbefriedigend empfunden, es wird mit der Anwendung moderner Produktionsmethoden (Blasstahlverfahren und Strangguß) begonnen.

Erwähnenswert ist, daß, offenbar unter dem Eindruck aus Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, die Einfuhr auf Kreditbasis strikt abgelehnt wird. Es wird daher nur so viel eingekauft, als aus dem laufenden Exportertrag auch gezahlt werden kann.

Hauptumschlagplatz sind für den Export: Hongkong, Japan, Singapur.

Die wichtigsten Einfuhrstaaten sind derzeit: Japan, Kanada und die Bundesrepublik Deutschland.

**Außenpolitik**

In den Gesprächen, die ich führen konnte, wurde mir immer wieder die gespannte Situation in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion klargemacht. Es wurde hervorgehoben, daß die Sowjetunion unter Chruschtschow die Unterstützung beim Aufbau der chinesischen Wirtschaft und der chinesischen Aufrüstung einseitig abgebrochen hatte. So hatte Chruschtschow 1959 unter Bruch bestehender Vereinbarungen die Lieferung von spaltbarem Material an die Volksrepublik China eingestellt und dadurch, wie mir chinesischerseits gesagt wurde, die Waffengleichheit der beiden verbündeten Mächte durch eine militär-technische Vorherrschaft der Sowjetunion ersetzen wollen. 1961/62 wurden dann von sowjetischer Seite plötzlich die Techniker und Fachleute, die zum Aufbau der chinesischen Wirtschaft, vor allem in der Industrie, zur Verfügung gestellt wurden, zurückgezogen. In einem Gespräch mit einer führenden Persönlichkeit aus der Revolutionszeit wurde mir bewußt, wie aufmerksam gerade diese Entwicklung studiert wird. Ich wurde gefragt, ob ich die Memoiren von Konrad Adenauer gelesen hätte, was ich wahrheitsgemäß verneinte. Daraufhin erzählte mir mein chinesischer Gesprächspartner, daß Adenauer über ein Gespräch mit Chruschtschow anlässlich seines Moskaubesuchs 1955 berichtete, in der er von Chruschtschow vor der „gelben Gefahr“ gewarnt wurde. „... Und dabei waren wir damals sogar Freunde und Bundesgenossen“, fügte mein chinesischer Gesprächspartner hinzu. Daneben wurden mir natürlich auch militärstrategische sowie geopolitische Motive für die gespannten Beziehungen angeführt. Ich habe den Eindruck, daß diese Trübung der Beziehungen sich nicht nur auf die gegenwärtig regierende Generation beschränkt, sondern von dieser bis an die Basis der regionalen Revolutionskomitees weitergegeben wird. Ich habe während aller meiner Gespräche nur ein einziges Mal eine Bemerkung eines Technikers in einem Industriebetrieb gehört, der erklärte: „Wir haben dem russischen Volk viel zu verdanken.“

Mich erinnerten, bei aller Vorsicht gegenüber historischen Vergleichen, die Stellungnahmen gegenüber den „imperialistischen USA“ und den „Sozialimperialisten der Sowjetunion“ etwas an die Haltung Stalins vor und am Beginn des Zweiten Weltkrieges, den er als den zweiten imperialistischen Weltkrieg bezeichnet hatte. Ungefähr auf diesem Platz rangiert heute die Sowjetunion in den Gesprächen, die ich geführt habe. Daher nehmen auch Erörterungen über die künftige Entwicklung in Europa einen großen Platz in diesen Gesprächen ein. Es war bemerkenswert, daß, ungeachtet der chinesischen Staatsraison, keine fremden Territo-

rien zu besetzen oder dort Truppen zu halten, die weitere Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa überwiegend positiv gewertet wurde, um, wie mir einer meiner Gesprächspartner erklärte, eine „Finnlandisierung West-Europas“ zu verhindern.

### Gesellschaftspolitik

Zum Abschluß dieses kurzgefaßten Überblickes über die geführten Gespräche wie über die gesammelten Eindrücke aus dem Bereich der Außen- sowie der Gesellschaftspolitik will ich noch auf einen besonderen Umstand hinweisen.

Die chinesische Gesellschaftspolitik will offenkundig nach der militärischen Befreiung die wirtschaftliche Befreiung des Volkes durch das Volk organisieren. Daher hat in der Konstruktion der Einrichtungen die Erziehung zur Selbstverwaltung einen besonderen Platz, um die Ausdehnung eines alles beherrschenden Bürokratismus weitestgehend zu verhindern. Dem dient auch die bewußte, schrittweise Einführung des lateinischen Alphabets, wofür allerdings Jahrzehnte notwendig sein werden, bis es allgemein angewendet werden kann.

Denn eine über das nötige Minimum hinausgehende Anzahl der chinesischen Schriftzeichen zu beherrschen, ist auch dem Absolventen des heute neunjährigen Bildungsganges – 6 Jahre Pflichtschule, 3 Jahre Mittelschule, vom 7. Lebensjahr beginnend – nicht möglich. Soll aber die Selbstverwaltung von der Basis bis zur Spitze verwirklicht werden, dann muß die Schrift als wichtigstes Verständigungsmittel von allen beherrscht werden können, die ihre Pflichtschule absolviert haben. Man sieht heute wieder in den Städten – im Süden des Landes stärker als im Norden – neben der Bildschrift, in der der Name des Inhabers und die angebotenen Waren bezeichnet werden, dieselben chinesischen Worte in lateinischen Buchstaben ausgedrückt.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß man die noch aktiven, langjährigen Staatsmänner und Parteiführer solange als möglich als lebende Zeugen der Entwicklung und zugleich als notwendige Lehrer für das gesellschaftliche Verhalten wirken läßt. Chinesen sehen im allgemeinen jünger aus als sie sind, aber ich hatte, von meinem Dolmetscher abgesehen, kaum mit einem Mann unter 50 als Funktionär zu tun, die meisten waren über 60, aber auch eine beträchtliche Zahl von 70-, ja sogar 80jährigen konnte ich in aktiven Funktionen antreffen und hatte nicht den Eindruck, daß sie von ihren jüngeren Mitarbeitern nicht respektiert wurden. Immer wieder wurden, und ich nehme an auch in den Gesprächen mit der eigenen Bevölkerung, die Vergleiche zwischen den Verhältnissen vor und nach der Revolution gezogen, immer wieder wird, auch

unter den verbesserten gesellschaftlichen Verhältnissen, von den einzelnen Männern und Frauen die gleiche Bereitschaft zum Dienste für das Volk verlangt, wie sie die überlebenden menschlichen Träger der chinesischen Revolution aufzubringen hatten. Diese durch aktiv wirkende Persönlichkeiten anschaulich gemachten Erfahrungen scheinen für die Bewußtseinsbildung jener Generation unentbehrlich, die bereits unter den verbesserten, durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen aufwächst. Ihr gesellschaftliches Bewußtsein soll nicht nur durch das ökonomische Sein bestimmt werden, sondern auch durch die Zeugnisse der Persönlichkeiten, die dieses ökonomische Sein erst erkämpft haben.

In den demokratischen Industriestaaten entstand die moderne Sozial- und Gesundheitspolitik aus Einrichtungen der Arbeiterorganisationen, vor allem der Gewerkschaften, als Selbsthilfemaßnahmen gegen die ungehemmte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch die herrschende kapitalistische Klasse. In der Volksrepublik China sind diese Einrichtungen vom Staat geschaffen worden.

Das Gesundheitswesen wird von Staats wegen organisiert. Der Mangel an ausgebildeten Ärzten, vor allem auf dem Lande, wird offen zugegeben. Die Studiendauer an der Universität beträgt zur Zeit drei Jahre. Daneben gibt es medizinische Techniker, sogenannte „barfüßige Doktoren“, die 18 Monate ausgebildet werden und einfache ärztliche Hilfe leisten. Alle besuchten Stahl- und Maschinenfabriken verfügten daneben über eigene Werkspitäler, sogar mit separierten Abteilungen für die Behandlung von Infektionskrankheiten. Als hauptsächlichste Infektionskrankheit wurde mir die infektiöse Leberentzündung (Hepatitis) genannt. Die Behandlung erfolgt kostenlos. In den Spitälern wird überwiegend nach den Erkenntnissen der altchinesischen Medizin behandelt, also mit Akupunktur und Extrakten chinesischer Heilkräuter, über deren Zusammensetzung jedoch keine Auskünfte gegeben werden. Daneben stehen den Spitälern aber auch die modernen, in den Industriestädten gebräuchlichen, technischen Hilfsmittel sowie auch Pharmazeutika in ausreichendem Maße zur Verfügung. In ungefähr 10 Prozent der Operationen wird mit in unseren Ländern gebräuchlichen Methoden der Anästhesie gearbeitet.

Die Arbeitszeit beträgt sechs Tage wöchentlich zu je acht Stunden, der freie Tag ist nicht immer der Sonntag. Als Grund hiefür wurde mir angegeben, daß ein gemeinsamer freier Tag, der für alle Schichten der Bevölkerung in den Ballungszentren der Städte (Peking 7 Millionen Einwohner, Shanghai zwischen 9–10 Millionen Einwohner, Nanking 5 Millionen Einwohner, Wu-han 2,4 Mil-

tionen Einwohner) gilt, sowohl zu unüberwindbaren Komplikationen im innerstädtischen Verkehr wie auch auf den Märkten und in den Warenhäusern führen würde. Gesellschaftspolitisches Ziel ist die Zwei-Kinder-Familie. Jede verheiratete Frau, die bereits ein Kind geboren hat, erhält vom Staat gratis die Pille. Das Heiratsalter für die Frau beträgt derzeit 25 Jahre, für Männer 28 Jahre und soll für diese auf 30 Jahre erhöht werden. Vorehelicher Geschlechtsverkehr gilt als gesellschaftswidrig. Studentinnen, die als Unverheiratete ein Kind bekommen, werden vom weiteren Studium ausgeschlossen.

Jeder Arbeitende erhält – und zwar Frauen mit dem vollendeten 55. Lebensjahr, Männer mit dem vollendeten 60. Lebensjahr – eine Pension, die 70 Prozent ihres Lohnes – Durchschnittslohn in der Industrie zwischen 60–70 Yüen – beträgt. Witwenpensionen werden nicht bezahlt, jedoch gibt die Firma Witwen, die keine eigene Pension haben, eine Ausgleichsrente zur Bestreitung des Lebensunterhaltes. Die Wohnungsmiete in den neuen Volkswohnungsbauten beträgt sieben Prozent des Durchschnittslohnes. Werdende Mütter haben Anspruch auf einen Karenzurlaub in der Dauer von je einem Monat vor und nach der Geburt. Für stillende Mütter sind Kinderkrippen am Arbeitsort vorgesehen – zumindestens in den großen Industrieanlagen. Sie haben Anspruch auf eine einstündige Unterbrechung der Arbeitszeit, um die Säuglinge stillen zu können. Arbeitslosigkeit gibt es praktisch nicht, da Arbeitsfähige durch die staatliche Arbeitsvermittlung Arbeitsplätze zugewiesen erhalten.

Besonders bemerkenswert ist das Fehlen von Alkoholismus. Es gibt Bier, Wein und Brandy in Flaschen – zu allerdings hohen Preisen gegenüber dem Durchschnittsverdienst – zu kaufen. Alkoholausschank war bei den Erfrischungsständen, die im Bereiche von Sehenswürdigkeiten überall anzutreffen sind, nirgends zu bemerken. Das Hauptgetränk ist chinesischer Tee. In Wu-han wurde mir allerdings berichtet, daß man auch einfachen Brandy nach Gewicht kaufen könnte, wobei der Preis für 500 Gramm einen halben Tageslohn beträgt. Es wurde mir auch berichtet, daß keinerlei Mißbrauch von Drogen anzutreffen ist, ebenso sind die Chinesen sehr stolz auf den Mangel an Kriminalität. Es ist ein hohes Maß von Selbstdisziplin festzustellen, Polizei und Militär sind unbewaffnet.

Hervorzuheben ist ferner, daß Besucher immer wieder aufgefordert werden, kritische Bemerkungen zu dem Gesehenen zu machen, Diskussionen darüber werden frei und offen geführt, wobei ein großer Hang zum Understatement festgestellt werden kann. Man hört immer wieder: „China ist ein unterentwickeltes Land“, aber es wird die Ant-

wort: „Das glauben Sie doch selbst nicht“ mit stillem Lächeln zur Kenntnis genommen. Tatsächlich ist der hohe technische Stand in der Industrieproduktion in der Schwer- wie in der Leichtindustrie, wie mit Stolz verbucht wird, von ausländischen Einflüssen und Beratungen unabhängig entwickelt worden.

### Wirtschaftshilfe

Das Auslandhilfsprogramm basiert auf folgenden Grundsätzen:

1. Wirtschaftshilfe wird auf Grund von Gleichheit der Partner und zu deren gegenseitigem Vorteil gewährt.
2. Die Eigenstaatlichkeit des Nehmerlandes wird vollends respektiert, dem Geberland werden keine Sonderprivilegien eingeräumt.
3. Kredite werden zinsfrei oder zu niedrigen Zinssätzen gewährt.
4. Die Vergabe von chinesischen Wirtschaftshilfen hat als Ziel die Stärkung der Selbsterhaltung der Nehmerseite.
5. Bevorzugt werden Projekte, die ein Minimum an Investitionsmitteln erfordern und schnelle Ergebnisse zeitigen können.
6. Ausrüstungen bester Qualität werden zu Weltmarktpreisen geliefert.
7. Bei der Vergabe von technischer Hilfe wird die Volksrepublik China darauf achten, daß die jeweilige Technik von den Mitarbeitern des Nehmerlandes völlig beherrscht wird.
8. Die chinesischen Techniker werden bezüglich des Lebensstandards ihren Kollegen des Nehmerlandes gleichgestellt.

Die chinesischen Kredite sind zinsfrei und rückzahlbar – teilweise in Waren – innerhalb von 10 bis 30 Jahren. Rückzahlungsfreie Fristen bis zu 10 Jahren werden gewährt.

Die chinesische Wirtschaftshilfe an sozialistische Länder hat sich auf Nordvietnam konzentriert. Dafür hat die Volksrepublik China bis jetzt ungefähr 1 Milliarde Dollar gegeben. Außerdem erhielt außer Nordkorea nur die Volksrepublik Rumänien in den Jahren 1970/1971 265 Millionen Dollar.

Der größte Posten des ganzen Wirtschaftshilfepakets an nichtsozialistische Länder besteht aus Mitteln zum arbeitsintensiven Bau von Straßen und Eisenbahnen. Das wichtigste davon ist die Herstellung einer 1.800 Kilometer langen Bahnverbindung zwischen den Kupferbergwerken von Zambia und dem Hafen Dar-es-Salaam in Tanzania, wofür bisher 400 Millionen Dollar an Krediten zur Verfügung gestellt worden sind. Am Bau selbst beteiligten sich im Jahre 1971 etwa 14.000 chinesische Arbeiter und Techniker.

Die Eisenbahnschienen werden, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, im Stahlwerk von Wu-han hergestellt. Während der Bürositzung der Sozialistischen Internationale in Santiago wurde bekannt, daß die Volksrepublik China der Republik Chile einen weiteren Kredit von 50 Millionen Dollar zu den oben erwähnten Bedingungen gewährt hat. Der vorher größte Empfänger an chinesischer Wirtschaftshilfe in Lateinamerika war Peru mit 42 Millionen Dollar, die 1971 gewährt worden waren.

ches als Basis für den Handelsverkehr diene. Das neue Regierungsabkommen unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich vom seinerzeitigen Kammerabkommen. Insbesondere räumen sich die Vertragspartner im Artikel 2 die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle und sonstigen Abkommen (wie Steuern, Gebühren und Beiträge), die anlässlich der Ein- und Ausfuhr eingehoben werden, ein.

Entgegen dem Kammerabkommen verzichtet das Regierungsabkommen auf Warenlisten. Der Grund dafür liegt darin, daß der Außenhandel zwischen den beiden Ländern in den vergangenen Jahren auf eine relativ sehr kleine Warenpalette beschränkt war. Den chinesischen Außenhandelsprinzipien entsprechend, hat sich sowohl Angebot als auch Nachfrage nach den jeweils gegebenen Möglichkeiten gerichtet, während die umfangreichen Warenlisten manchmal nur unerfüllbare Erwartungen bewirkten.

Österreichischerseits werden aus der VR China in erster Linie Erze der NE-Metalle (Wolfram, Antimonerze u. ä.) bezogen. Diese Position schöpfte 1971 z. B. mehr als 60% der Gesamtbeträge in Höhe von 277 Mio. S aus. Die an zweiter Stelle stehenden Beträge von Baumwollgeweben liegen demgegenüber unter 8% des Gesamtimportvolumens.

Auf der österreichischen Ausfuhr dominierten Erzeugnisse der Edelfeststoffindustrie, denen in erster Linie die wesentliche Ausweitung der österreichischen Exporte von 121 Mio. S im Jahr 1971 auf 322 Mio. S im Jahr 1972 zu danken sind.

Das Regierungsabkommen beinhaltet auch einen interessanten Artikel über den Zahlungsverkehr, da im Artikel 4 nicht nur der österreichische Schilling, sondern auch die chinesische Währung Ren Min Bi ausdrücklich als Währung für die Abwicklung der Zahlungen aus dem Handelsverkehr erwähnt ist.

Da die Regierungsvorlage vom 29. November 1972 vor kurzem im zuständigen Ausschuss des Nationalrats behandelt wurde, ist mit dem für das endgültige Inkrafttreten notwendigen Notenwechsel in Kürze zu rechnen. 60 Tage nach Austausch dieser Noten wird damit einvernehmlich zwischen Bundeswirtschaftskammer und dem Chinesischen Rat zur Förderung des internationalen Handels das fast ein Jahrzehnt in Geltung gestandene sogenannte Kammerabkommen auslaufen. Damit ist ein Markstein für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der VR China gesetzt worden.

(Der Vertragstext in deutsch und chinesisch ist am Schluß des Heftes unter „Dokumente“ einzusehen.)

Dr. Peter Fitz, Wien

**KOMMENTAR ZU DEM AM  
2. NOVEMBER IN PEKING  
UNTERZEICHNETEN HANDELS- UND  
ZAHLUNGSABKOMMEN ZWISCHEN DER  
REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
VOLKSREPUBLIK CHINA**

Bedingt durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Mai 1972 schien es zweckmäßig, auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern durch ein staatliches Abkommen zu regeln. Vor diesem Zeitpunkt bestand seit 7. Dezember 1964 ein Abkommen zwischen der Bundeswirtschaftskammer und dem Chinesischen Rat zur Förderung des internationalen Handels, wel-

# Umweltschutz durch Waagner-Biró

An WAAGNER-BIRO liegt es nicht, wenn wir auf unsere Luft bald nur noch husten können.

Denn WAAGNER-BIRO beschäftigt sich schon seit Jahren intensiv mit der Entwicklung und dem Bau von Abgas-Filtern.

WAAGNER-BIRO kann auf

ein ausgereiftes Konzept verweisen. Auf Abgas-Filter, die mit jeder Art von Luftverschmutzung fertig werden. Die bei Bedarf auch 99,99 Prozent an Wirkungsgrad erreichen. Und die nicht nur den Ausstoß von Staub unterbinden, sondern auch noch Schadgase absorbieren.

 **WAAGNER,  
BIRO**

A-1050 Wien, Margaretenstraße 70

Und die Luft bleibt rein

Uwe G. Fabritzek, München

## Deutschland und China

### Hundert Jahre bilaterale Beziehungen im Spiegel der internationalen Politik

Einer Betrachtung der Entwicklung des deutsch-chinesischen Verhältnisses muß zum besseren Verständnis vorausgeschickt werden, daß die Beziehungen dieser beiden Staaten zueinander nicht als Interaktionsverhältnis zweier souveräner Staaten, sondern vielmehr als Teilbereich der komplexen Situation im Verhältnis Europas zu China gesehen werden muß. Diese Feststellung gilt von der ersten Phase der Beziehungen zwischen Deutschland und China bis hin zur unmittelbaren Gegenwart, wobei für die gegenwärtige Situation gilt, daß dieses Verhältnis in den Rahmen der internationalen Politik zu stellen ist – was früher Europa war, ist heute ein diffiziles Kräftenspiel zwischen den USA, Europa und der Sowjetunion.

Damit wird deutlich, daß der Verfolg der bilateralen Kontakte allein keinen Aufschluß über Wesen und Charakter der deutsch-chinesischen Beziehungen gibt, da stets Einflüsse und Entwicklungen, die mit den deutsch-chinesischen Beziehungen direkt nicht zu tun hatten, bestimmend für den Verlauf der zwischenstaatlichen Beziehungen wirkten.

Der eigentliche Verlauf der Beziehungen bietet eine Einteilung in drei Abschnitte an, deren erster vom Beginn der Kontakte bis zur chinesischen Revolution und deren zweiter bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges angesetzt werden kann. Der dritte und bisher letzte beginnt mit der Gründung der Volksrepublik China und der Konstitutionierung zweier deutscher Staaten im Jahre 1949.

#### I. Von den ersten Kontakten bis zur chinesischen Revolution 1911

Die Grundlage für deutsch-chinesische Beziehungen überhaupt stellt die Entdeckung durch die seefahrenden Nationen Europas dar, die im wesentlichen im 16. Jahrhundert begann. Deutschland war an dieser Entdeckung nicht unmittelbar beteiligt, doch gab es auch nach diesen Entdeckungsfahrten keine direkten politischen oder diplomatischen Verbindungen zwischen Europa und China – da China sich allen offiziellen wie inoffiziellen Kontakten widersetzte –, so daß sich daraus keine Benachteiligung der deutschen Position in Asien ableiten läßt.

Die erste Begegnung zwischen Deutschen und Chinesen geht bis in das Jahr 1304 zurück. Damals traf der deutsche Priester Arnold als Gehilfe des

Franziskaners Johannes de Monte Corvion in Peking ein, um dort im Rahmen der christlichen Mission zu wirken<sup>1</sup>. Auch die Fortsetzung der Kontakte in den Jahrhunderten danach blieb weitgehend den persönlichen Initiativen einzelner überlassen, wobei gleichermaßen Missionare wie Kaufleute die tragenden Elemente bildeten. Bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts rüsteten Fugger und Welser gemeinsam mit den Portugiesen Expeditionen nach Ostindien aus, und in der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert war der Kaufmann Ferdinand Kron am Handel mit Portugiesen zwischen Goa (Indien) und Macao (China) beteiligt gewesen. Einer der bedeutendsten Missionare war der Jesuit Adam Schall von Bell (1591–1666), der als Mathematiker und Astronom in China zu höchsten Ehren kam. Er arbeitete unter anderem ein neues Kalendarium für China aus und leitete den Bau des kaiserlichen Observatoriums in Peking, das 250 Jahre später von einem anderen Deutschen geplündert werden sollte<sup>2</sup> – Erfolg und Niedergang deutscher China- und Kulturpolitik.

Die Beziehungen Chinas zu Europa sollten sich auch nach den Entdeckungsreisen des 16. Jahrhunderts auf den Handelsverkehr beschränken, was sowohl auf den weiten und unsicheren Weg von und nach China, vor allem aber auf die offizielle Abschließung Chinas gegenüber dem Westen zurückzuführen ist. Nach dem Willen des Kaiserhofes in Peking war weder der Handel noch die Errichtung von Niederlassungen auf chinesischem Territorium erlaubt – ein Verbot, das freilich nicht immer und überall strikt eingehalten wurde.

Eine Veränderung dieses Verhältnisses sollte sich erst im beginnenden 19. Jahrhundert ergeben, als Europa nach Jahrzehnten der Revolutionen und Reformen – die wesentliche Fortschritte auf dem Bereich der technisch-industriellen Entwicklung mit sich gebracht hatten – China zum zweiten Mal „entdeckte“. Im Gegensatz zu den Begegnungen fast 300 Jahre zuvor traten diese Entdecker nunmehr einem „unterentwickelten“ China gegenüber, das sich praktisch seit dem 16. Jahrhundert nicht verändert hatte. Unter Ausnutzung der industriellen Überlegenheit wurden die Europäer von Entdeckern rasch zu Eroberern, und war die Politik Europas gegenüber dem chinesischen Kaiserreich zunächst noch auf wirtschaftliche Ausbeutung gerichtet, so griff sie bald auf territoriale Besetzung und massive Einflußnahme in souveräne Rechte Chinas über. Das Schlüsselereignis dazu war der „Opium-Krieg“ zwischen England und China, dessen Anlaß im wesentlichen darin bestand, daß England – zur Vermeidung einer weiteren Ausfuhr von Silber für chinesische Waren – als Zahlungsmittel das Opium einfuhrte – damals in China genauso

verboten wie in England —, wogegen sich China letztlich mit der Beschlagnahme englischer Opiumschiffe wehrte. Der daraufhin von England vom Zaun gebrochene Krieg endete mit der Niederlage Chinas. Im Vertrag von Nanking wurde China 1842 zur Öffnung eines Teiles seiner Häfen und zum Verzicht souveräner Rechte gezwungen<sup>3</sup>, was dem englischen Einfluß Tür und Tor öffnete. Dieser Vertrag aber war nur der erste einer Reihe ähnlicher, die Chinas Schwäche ausnutzten und die letztlich auf der Basis der technischen Überlegenheit der westlichen Nationen zustande kamen, weshalb China sie bis heute als „ungleiche Verträge“ bezeichnet<sup>4</sup>.

Die hauptsächlichsten Nutznießer dieses Verhältnisses waren vor allem England, Frankreich, Rußland und die USA, während Deutschland weitgehend von dieser Entwicklung ausgeschlossen war. Die Begründung dafür ist darin zu sehen, daß es bis zum Jahre 1871 keinen deutschen Gesamtstaat gab. Erst kurz vor der Gründung des Deutschen Reiches hatte sich Preußen zum Vertreter des Anspruchs der deutschen Wirtschaft in China gemacht und 1859 eine diplomatische Mission unter Graf zu Eulenburg nach Ostasien entsandt, deren Aufgabe es war, „für den deutschen Handel... neue Wege und Märkte zu eröffnen... (und) mit den Höfen von Peking, Je-do (Tokyo)... Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge abzuschließen“<sup>5</sup>. Der Vertrag von Tientsin vom 2. September 1861 ist als Beginn offizieller Beziehungen zwischen Preußen als „einzige diplomatische Vertretung aller deutscher Staaten“ und China zu betrachten, wenngleich ein Gesandter erst 1866 nach Peking entsandt werden durfte. Die wichtigsten Punkte des Vertrages sahen die Übertragung der Konsulargerichtsbarkeit, die Meistbegünstigung für die deutschen Staaten sowie die Niederlassung deutscher Kaufleute in den geöffneten Häfen vor<sup>6</sup>, womit Deutschland in den Genuß jener Vorrechte kam, die auch die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen konnten.

Aber auch nach der Errichtung der Gesandtschaft im Jahre 1866 in Peking und der Einigung Deutschlands 1871 blieben die Beziehungen weiterhin im wesentlichen auf den Handel beschränkt, was vor allem auf den damaligen Reichskanzler Fürst Bismarck zurückzuführen war, der Kolonien als „Versorgungsposten“ ablehnte und eine Kolonialpolitik für Deutschland mit dem „seidenen Zobel in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben“, verglich<sup>7</sup>. Der Abtritt Bismarcks 1890 ließ Platz für einen der wenigen direkten Eingriffe Kaiser Wilhelms II. in die deutsche Außenpolitik, der ausgerechnet China zum Gegenstand hatte. Der Kaiser betrachtete Ostasien als wichtigste Arena im Kampf der Weltmächte um

Einfluß, wobei es sein Hauptziel war, Rußlands Expansion in Ostasien zu ermutigen, um eine Bedrohung Deutschlands in Europa zu vermeiden und gleichzeitig die englisch-japanische Allianz in Schach zu halten<sup>8</sup> — das Dreieck Deutschland — China — Rußland, das auch später noch so oft für die deutsche Chinapolitik eine Rolle spielen sollte, ist also gewissermaßen „kaiserlicher“ Herkunft.

Ein erstes Ergebnis dieser Änderung der Außen- und Kolonialpolitik, die nicht nur, aber auch China betraf, war die Beteiligung Deutschlands am „Ostasiatischen Dreibund“, in dem sich Deutschland mit Rußland und Frankreich zu einer gemeinsamen Ostasienpolitik zusammengetan hatten. Die einzige Aktivität dieses Bundes war der Einspruch von Shimonoki, mit dem die drei Staaten gegen den Friedensvertrag protestierten, den Japan nach seinem Krieg gegen China 1894/95, bei dem China unterlag, erzwang<sup>9</sup>. Für Deutschland freilich stand bei diesem Einspruch nicht der Schutz der chinesischen, sondern die Vertretung der eigenen Interessen in China an erster Stelle: Berlin erwartete sich von einem „dankbaren China“ weitgehendes Entgegenkommen bei der Abtretung einer „Kohlenstation“<sup>10</sup> — eine Erwartung, die allerdings enttäuscht werden sollte: China zeigte sich nicht bereit, eine Niederlassung abzutreten, bis — wie Kaiser Wilhelm II. es ausdrückte — „endlich die Chinesen uns den... so lang ersehnten Grund und ‚Zwischenfall‘ geboten“<sup>11</sup> hatten. Dieser Zwischenfall war die Ermordung zweier Missionare in Shantung, woraufhin (nach einem zuvor ausgearbeiteten Plan) das deutsche Geschwader Kiauchou anliefe, entsprechend den Befehlen „dreinzufahren mit gepanzerter Faust... und das Evangelium von Eurer Majestät geheiligter Person“ zu predigen<sup>12</sup>. Die Bucht von Kiauchou sowie ein beträchtlicher Landstreifen wurden besetzt und durch einen Vertrag als Sühne für den Mord für 99 Jahre gepachtet<sup>13</sup>.

Auf recht unrühmliche Art war Deutschland so zur „Kolonialmacht“ geworden und ebenso unrühmlich sollte sich der nächste Schritt der deutschen Chinapolitik erweisen. Es handelte sich dabei um die deutsche Beteiligung an der Niederwerfung des „Boxer-Aufstandes“ im Jahre 1900 — einer fremdenfeindlichen Bewegung, die teilweise von der Regierung in Peking unterstützt wurde. Bei diesen Unruhen wurde der deutsche Gesandte in Peking, von Ketteler, ermordet — nachdem er sich zuvor in innerchinesische Angelegenheiten eingemischt hatte<sup>14</sup> — woraufhin ein internationales Korps zur Niederwerfung der Boxer gegründet wurde, dessen Oberbefehl man dem deutschen Generalfeldmarschall Graf von Waldersee übertrug. Kaiser Wilhelm II. setzte der deutschen Chinapolitik (und sich selbst) ein nicht gerade rühmliches Denkmal,



als bei der Verabschiedung des deutschen Expeditionskorps am 27. Juli 1900 in Bremerhaven jene „Hunnenrede“ hielt:

„Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor tausend Jahren die Hunnen sich einen Namen gemacht, so möge der Name Deutscher in China auch tausend Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“<sup>15</sup>.

Als der deutsche Oberbefehlshaber am 25. September 1900 endlich in China eintraf, war Peking bereits seit über einem Monat erobert, der Oberbefehl also eigentlich nicht mehr notwendig. Daraus erklärt sich zumindest teilweise, daß die militärischen Aktivitäten Walderses gar nicht so hoch zu Buche schlugen wie seine sonstigen Beschäftigungen: Erwähnenswert ist vor allem, daß er Peking zwei Tage zur Plünderung freigab und das kaiserliche Observatorium, 250 Jahre vorher von Adam Schall von Bell erbaut, gegen den Protest der Alliierten eigenhändig plünderte – beispielsweise einen Globus von ca. zwei Metern Durchmesser und einen Sextanten aus Bronze nach Potsdam schickte<sup>16</sup>. Im „Boxer-Protokoll“ wurde dann die Entschädigung, die China den betroffenen Staaten – allen voran Deutschland – für den ihnen widerfahrenen Schaden zu leisten hatte, festgelegt. China hatte danach u. a. 450 Millionen Teal innerhalb von 39 Jahren zu bezahlen, was mit Zinsen insgesamt 980 Millionen ausmachte, wovon Deutschland den Löwenanteil von 20 Prozent, also 90 Millionen erhalten sollte. Außerdem mußte ein Sühneprinz nach Berlin geschickt werden, der sich beim Kaiser für die Unruhen zu entschuldigen hatte<sup>17</sup>.

Schließlich sollte eine weitere innerchinesische Entwicklung das Verhältnis Chinas zum gesamten Ausland und auch Deutschland entscheidend verändern – die Revolution von 1911. Diese Revolution hatte vielschichtige Wurzeln, doch lagen ihre Hauptursachen mit darin, daß das chinesische Kaiserhaus allzulange auf jegliche Reformen gesellschaftspolitischer Natur verzichtet hatte und damit sowohl den technischen als auch den geistig-ideologischen Wandel der Welt mißachtete. Die Unzufriedenheit der chinesischen Intellektuellen wurde durch die Kritik an der Politik der Regierung gegenüber den fremden Mächten verstärkt, und bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts war es zu einer Reihe von Aufständen gekommen, die aber stets niedergeschlagen werden konnten. Erfolg für die Reformer und den Sturz der Monarchie sollte erst die Revolution von 1911 mit sich bringen, die unter der geistigen Führung des chinesi-

schen Parteiführers Sun Yat-sen stand, der bereits seit 1894 für die Erneuerung Chinas eingetreten war<sup>18</sup>.

Nachdem sich Deutschland zunächst hinter die Regierung in Peking gestellt hatte und sogar bereit gewesen war, an einer Intervention der Westmächte in China zugunsten der Monarchie teilzunehmen<sup>19</sup>, nahm Berlin nach dem Sturz der Monarchie eine neutrale Haltung ein und wartete ab, wie sich die anderen Mächte verhalten würden. Die Anerkennung der neuen Regierung, die sich unter dem ehemaligen kaiserlichen General Yüan Shi-kai konstituiert hatte, erfolgte schließlich am 8. Oktober 1913, dem am 31. Dezember des gleichen Jahres ein Vertrag folgte, mit dem der von 1898 revidiert wurde und der die Grundlage für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit bildete<sup>20</sup>.

Zu einer weiteren Intensivierung der Beziehungen Berlin–Peking sollte es jedoch vorerst nicht kommen – die Ereignisse in Europa beanspruchten mehr und mehr die Aufmerksamkeit Deutschlands und schließlich drängte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Chinapolitik Berlins wie der Westmächte in den Hintergrund.

Die Darstellung der deutsch-chinesischen Beziehungen in diesem Zeitraum wäre jedoch nicht vollständig, würde man die Wirtschaftsbeziehungen nicht wenigstens erwähnen. Nachdem die Kaufleute bereits von frühester Zeit an die Verbindung zu China aufrechterhalten hatten, ergab sich nach der Aufnahme offizieller Beziehungen im Jahr 1861 ein enormer Aufschwung des deutschen Chinahandels – bereits 1897 gab es 104 deutsche Firmen in China<sup>21</sup>. Von großer Bedeutung waren dabei die deutschen Waffenlieferungen, die seit den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts wegen der innenpolitischen Unruhen zu einem der wichtigsten Artikel auf dem chinesischen Markt geworden waren. Einer der Hauptlieferanten der Waffenlieferungen war die Firma Alfred Krupp, die später auch Eisenbahnen lieferte. Von Bedeutung für die Ausweitung des Handels war der Erwerb zweier deutscher Konzessionen im Jahre 1895 auf chinesischem Territorium – eine in Hankow und eine zweite in Tientsin.

Die Gründung der „Deutsch-Asiatischen Bank“ im Februar 1889 brachte eine Erleichterung im Zahlungsverkehr mit China und war besonders für das Anleihegeschäft von erheblicher Bedeutung. Neben den offiziellen Krediten der Regierung vergab eine ganze Reihe deutscher Firmen auch an einzelne Provinzverwaltungen in China Anleihen und Kredite<sup>22</sup> und trug so wesentlich zum Aufbau Chinas bei, was sich vor allem auf die Jahre nach der Revolution von 1911 bezog. Wesentlich für die

Handelspolitik war auch die Schifffahrt auf die chinesischen Küstengewässern und Flüssen, die zum großen Teil von Segelschiffen unter deutscher Flagge betrieben wurde und alle jene Häfen miteinander verband, die die großen Schiffe nicht anlaufen konnten.

Schließlich ist auch die kulturelle Mission Deutschlands in China zu erwähnen, deren eigentlicher Beginn nach verschiedenen Anfängen die Gründung der ersten deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau am 25. Oktober 1909 darstellt. Obwohl eine längerfristige Wirkung dieser Schule durch die Auswirkung des Ersten Weltkrieges verhindert wurde, konnte sie sich doch die Achtung und Anerkennung Chinas verschaffen und ist zum Beispiel vorbildlicher ausländischer Kulturpolitik geworden<sup>23</sup>. Neben dieser Hochschule wurden zahlreiche deutsche Volks- und Mittelschulen in China unterhalten – insgesamt waren es 164 Volksschulen mit fast 5000 sowie 15 Mittel- und Hochschulen mit ca. 500 Schülern. Deutschland lag damit zwar vor vielen anderen Nationen, aber beträchtlich hinter den USA oder auch England mit über 40.000 bzw. über 30.000 Schülern<sup>24</sup>. Die Anstalten der katholischen Missionen sind dabei nicht berücksichtigt.

## II. Von der chinesischen Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg unterbrach die deutsch-chinesischen Beziehungen zu einem Zeitpunkt, als sie sich in einer Phase des Aufschwungs befanden und sowohl in wirtschaftlicher wie politischer und kultureller Hinsicht eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Kontakte versprochen.

Es ist nicht mehr als kennzeichnend für den Verlauf der Beziehungen Deutschlands zu China, daß die Einbeziehung Chinas in den Ersten Weltkrieg auf seiten der Alliierten – und damit der Verlust des deutschen Einflusses in China – weder auf China noch auf Deutschland zurückzuführen ist: Deutschland hatte sich bereits zu Beginn des Krieges gegen jede Kriegshandlung im Fernen Osten ausgesprochen und einem Vorschlag der USA zugestimmt, die Neutralität in diesem Raume zu wahren<sup>25</sup>, während China von sich aus keinen Grund hatte, in das auf Europa begrenzte Kriegsgeschehen einzutreten. Daß es dann doch anders kam, ist auf die Chinapolitik Japans zurückzuführen, das schon lange versucht hatte, in China Einfluß zu gewinnen und nun die Situation ausnutzte. Am 15. August 1914 forderte Japan Deutschland mit einem Ultimatum auf, sein Pachtgebiet in Kiauchou an Japan zu übergeben, damit dieses es später an China zurückgeben könne...! Angesichts dieses offenkundigen Versuches Japans,

in China Fuß zu fassen, bot Berlin der chinesischen Regierung die direkte Rückgabe des Pachtgebietes an, was Peking aber wegen des japanischen wie des englischen Widerstandes dagegen ablehnen mußte<sup>26</sup>. Das auf vier Tage befristete Ultimatum blieb ohne Antwort, woraufhin am 2. September japanische Truppen in Stärke von ca. 30.000 Mann im Norden der Halbinsel Shantung landeten und bis zum 7. November schrittweise das gesamte Gebiet eroberten. Die schwachen deutschen Truppen waren zu einer wirkungsvollen Verteidigung nicht in der Lage. Die Proteste Chinas gegen das japanische Vorgehen – China hatte am 6. August seine Neutralität gegenüber allen kriegsführenden Parteien erklärt – wurden zurückgewiesen und im übrigen nicht beachtet<sup>27</sup>. Für Japan aber war dies nur der erste Schritt der Verwirklichung seiner expansiven Chinapolitik – der nächste bestand in der Stellung jener „21 Forderungen“ vom 7. Mai 1915, die einen massiven Eingriff in die staatliche Souveränität Chinas bedeuteten und Japan großen innenpolitischen Einfluß sichern sollten. Tokyo hatte sich auch nicht verrechnet – die Regierung in Peking war schwach und zudem uneinig, so daß sie diese Forderungen schließlich annehmen mußte<sup>28</sup>.

Weitere Veränderungen im Verhältnis Chinas zu Deutschland ergaben sich erst zu Beginn des Jahres 1917. Deutschland erklärte am 17. Jänner den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg“, worauf die USA alle neutralen Länder einschließlich China aufforderten, ebenso wie die USA die diplomatischen Beziehungen zu Berlin abzubrechen. In China selbst wurden gegen diese Forderung zwar starke Einwände erhoben – allen voran sprach sich Sun Yat-sen, der „Vater“ der chinesischen Revolution, dagegen aus, weil seiner Ansicht nach Deutschland noch am allerwenigsten eine imperialistische Chinapolitik betrieben habe<sup>29</sup> –, doch erfolgte der Abbruch dann doch nach der Versenkung eines französischen Schiffes mit 500 chinesischen Arbeitern an Bord durch ein deutsches U-Boot. Auslösendes Moment für den Abbruch am 15. März 1917 wie die folgende Kriegserklärung war allerdings nicht dieser Vorfall gewesen, sondern die innenpolitische Konstellation in China: Ministerpräsident Tuan Chi-jui versuchte den Eintritt Chinas in den Weltkrieg zum Ausbau seiner eigenen Machtposition und zur Unterdrückung der Opposition zu benutzen<sup>30</sup>. Daraus ergibt sich, daß für die Kriegserklärung Chinas an Deutschland letztlich innenpolitische Verhältnisse ausschlaggebend waren, womit ein weiteres Beispiel für die Beeinflussung der deutsch-chinesischen Beziehungen durch „äußere“ Umstände gegeben ist.

Die Kriegserklärung selbst erfolgte am 14. August, mit ihr wurden alle Verträge und Konventionen, die zwischen Deutschland und China ge-

geschlossen worden waren, für ungültig erklärt und die Liquidierung der deutschen politischen und wirtschaftlichen Interessen in China angekündigt<sup>31</sup>. Abgesehen davon fand der Krieg zwischen Deutschland und China tatsächlich nie statt, da China an den Kriegshandlungen selbst überhaupt keinen Anteil nahm, sieht man von den mehr als 120.000 Arbeitern ab, die in Europa auf seiten Frankreichs und Großbritanniens eingesetzt wurden<sup>32</sup>.

Das Ende des Ersten Weltkrieges sah Deutschland als Verlierer und China auf seiten der Gewinner – eine Entwicklung, die aufgrund des Verlaufes der deutsch-chinesischen Beziehungen nicht berechtigt, sondern unmittelbar auf den Einfluß Japans und der USA zurückzuführen war. Ungeachtet dessen war damit auch formell die kurze Phase der deutschen Kolonialpolitik in China endgültig beendet.

Doch nicht nur Deutschlands Kolonien waren dahin – auch Chinas Hoffnungen auf die Rückgewinnung des eigenen Territoriums erwiesen sich als trügerisch. Während China sich als „Sieger“ wähnte, waren die deutschen Gebiete in einem Geheimabkommen Japan bereits im Februar 1917 zugesprochen worden, wovon China allerdings erst bei den Friedensverhandlungen 1919 in Versailles erfuhr. Die chinesische Enttäuschung über dieses Manöver fand in einer großen Protestbewegung ihren Ausbruch, die sich über ganz China erstreckte und die als „Bewegung des 4. Mai 1919“ bekannt wurde. Mao Tse-tung selbst sieht in dieser Bewegung den Ausbruch der Weltrevolution in jener Zeit und betrachtet sie als Vorläufer der Kommunistischen Partei, die zwei Jahre später gegründet wurde<sup>33</sup>.

Da China sich geweigert hatte, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, mußte mit Deutschland ein Separatfriedensvertrag vereinbart werden, der nach längeren Verhandlungen am 20. Mai 1921 unterzeichnet wurde. Deutschland verzichtete darin u. a. auf alle früheren Rechte in China und verpflichtete sich zur Zahlung von vier Millionen Dollar als Kriegsschadensersatz, während China die Liquidation des deutschen Eigentums einzustellen versprach<sup>34</sup>. Der Vertrag war für beide Staaten von einer gewissen Bedeutung, da er für Peking der erste nach dem Opiumkrieg war, der auf der Grundlage der Gleichberechtigung abgeschlossen wurde, während Deutschland seinerseits nach den Diktaten und Ultimaten der Nachkriegszeit erstmals wieder als gleichberechtigter Verhandlungspartner aufgetreten war.

Die folgenden Jahre standen für China im Zeichen der innenpolitischen Instabilität und Auseinandersetzung, was auf die Beziehungen zu

Deutschland insofern Auswirkungen hatte, als in dieser Zeit für eine kontinuierliche Weiterentwicklung außenpolitischer Beziehungen kein Raum war. Neben der Regierung in Peking, mit der Deutschland den Vertrag von 1921 abgeschlossen hatte, war bereits 1917 im Süden eine Oppositionsregierung entstanden, deren erster Führer Sun Yat-sen war. Er nahm die 1921 in Shanghai gegründete Kommunistische Partei in seine Regierung mit auf, um mit ihr für die Einigung Chinas zu arbeiten. Nach seinem Tode 1925 rückte der junge Marschall Chiang Kai-shek an seine Stelle, und ihm gelang es zwei Jahre später, das gesamte Land zu erobern und China damit erstmals seit 1911 wieder unter einer Regierung zu vereinen. Zuvor aber war es zu heftigen Auseinandersetzungen in weiten Teilen Chinas um Machtposition zwischen den sogenannten „Warlords“ – lokalen Kriegsherren – gekommen, wobei die ausländischen Staaten nach Kräften versuchten, im Sinne ihrer eigenen Interessen in die Auseinandersetzungen einzugreifen. Während die Regierung Sun Yat-sens allgemein abgelehnt wurde, weil dessen Reformvorhaben die Interessen des Auslandes bedrohten, unterstützte Japan Tuan Chi-jui, der mit Chang Tso-lin seine Macht in der Mandschurei aufgebaut hatte, während England hinter den Führern der „Chili-Gruppe“ stand.

Lediglich die junge Sowjetunion gab sich unparteiisch und uneigennützig – ihr Vertreter Joffe unterzeichnete im Jänner 1923 das berühmte „Sun-Joffe-Manifest“, in dem die Sowjetunion durch den Kominternbeauftragten Joffe mit Sun Yat-sen darin übereinstimmte, daß China für den Kommunismus „nicht geeignet“ sei, gleichzeitig jedoch ihre Unterstützung für die Politik Sun Yat-sens zusagte<sup>35</sup>.

Deutschland nahm keinen Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung Chinas, versuchte vielmehr damals im Rahmen der Aussöhnungspolitik die Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten zu normalisieren und ordnete die Chinapolitik dieser Zielsetzung unter. Sun Yat-sen bemühte sich zwar intensiv um deutsche Unterstützung für seine Wiederaufbaupläne und befürwortete eine maßgebliche Beteiligung der deutschen Industrie, doch stieß er damit in Deutschland nur auf Sympathie, nicht aber auf Unterstützung<sup>36</sup>. Mit seinem Festhalten an den Beziehungen zur Regierung im Norden verstimmte Berlin nicht nur Sun Yat-sen, sondern rief mit dem Bemühen, eine gemeinsame Chinapolitik zusammen mit den anderen ausländischen Staaten zu verfolgen, sowohl bei diesen Staaten als bei der Regierung im Norden Unmut hervor. Darüber hinaus setzte sich die deutsche Industrie mit Waffenlieferungen an die verschiedenen kriegführenden Parteien in China –

entsprechend der traditionellen deutschen Geschäftstüchtigkeit – zwischen alle Stühle. Chiang Kai-shek äußerte damals offen die Überzeugung, daß die Sympathien der Deutschen auf seiten der Kommunisten seien. Von diesen aber hatte sich Chiang Kai-shek durch eine überraschende Aktion im März 1927 radikal getrennt<sup>37</sup>.

### Deutschland und Chiang Kai-shek

Die Politik der Nichtanerkennung gegenüber Chiang Kai-shek fand ihr Ende mit der Anerkennung der neuen Regierung durch die USA am 25. Juli 1927, womit Berlin den Zeitpunkt für gekommen hielt, diesen Schritt nachzuvollziehen. Die Anerkennung erfolgte am 17. August und am gleichen Tag wurde auch ein Abkommen in Ergänzung des Vertrages von 1921 unterzeichnet, das hauptsächlich zoll- und handelspolitische Fragen regelte<sup>38</sup>.

Damit war der Weg für eine offizielle Unterstützung Chiang Kai-sheks durch Deutschland gebnet – und wenn auch die Bitte des Marschalls um Militärhilfe vom Auswärtigen Amt offiziell abgelehnt wurde, so wurde der Einsatz deutscher Militärberater auf der Basis privater Verträge mit ehemaligen Offizieren zumindest gebilligt. Die ersten dieser Berater trafen im November 1928 in China ein und wirkten sowohl bei der Ausbildung der chinesischen Truppen als auch bei der Kriegführung gegen die Kommunisten selbst mit. Für die deutsche Industrie war dies insofern von Vorteil, als über die Berater auch Rüstungsgüter aus Deutschland in zunehmendem Maße in China eingesetzt wurden. Da sich die deutschen Kaufleute in diesem Falle nicht auf die Lieferung von Waffen für Chiang Kai-shek allein beschränkten, sondern entsprechende Verträge mit den in Opposition zu Chiang Kai-shek stehenden Kreisen abschlossen, kam es darüber sehr bald zu diplomatisch-politischen Verwicklungen, von denen sich Berlin offiziell distanzierte, da sowohl der Einsatz der Berater wie die Waffenlieferungen auf privater Basis erfolgen und diese Tätigkeiten außerdem mißbilligt würden<sup>39</sup>.

Die Zahl der Berater war stetig angestiegen und setzte sich schließlich aus ca. 50 bis 70 ehemaligen Offizieren zusammen. Ihr erster Führer war Oberst Max Bauer, der von Oberstleutnant Hermann Kriebel abgelöst wurde, dem sehr bald Generalleutnant Georg Wetzels nachfolgte. Waren diese Offiziere mehr oder weniger unbekannt, so gilt dies nicht für die beiden folgenden, deren Namen seither mit der Tätigkeit deutscher Berater in China untrennbar verbunden sind: 1934 wurde General Hans von Seeckt neuer Chefberater, der über sehr gute Beziehungen zu Chiang Kai-shek

verfügte, aber aus gesundheitlichen Gründen schon nach einem Jahr seinen Posten aufgeben mußte – ihm folgte sein ehemaliger Stabschef General Alexander von Falkenhausen als letzter Chefberater nach<sup>40</sup>.

Die innenpolitische Szenerie in China hatte sich mittlerweile dahingehend gewandelt, daß die Hauptgegner Chiang Kai-sheks die chinesischen Kommunisten geworden waren. Chiang Kai-shek führte insgesamt fünf Vernichtungsfeldzüge gegen sie durch, bei deren letztem im Jahre 1934/35 die kommunistischen Truppen nahezu vernichtend geschlagen und zum legendären „Langen Marsch“ gezwungen wurden. Auf diesem „Langen Marsch“ erzwang Mao Tse-tung die Führung über die Kommunistische Partei Chinas – um sie bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr abzugeben. Von besonderem Interesse ist dabei, daß der Sieg der einen wie die Niederlage der anderen Partei gleichermaßen auf den Einfluß Deutscher zurückzuführen war: Während die sogenannte „Blockhütten-Strategie“ Chiang Kai-sheks auf Initiative der deutschen Militärberater zurückzuführen ist, war für die Verteidigungskonzeption der Kommunisten ebenfalls ein Deutscher verantwortlich. Bei diesem handelte es sich um Otto Braun, den Delegierten der Komintern, der unter dem Namen Li Teh gegen den Willen Mao Tse-tungs, der für die Guerillataktik eintrat, seine Verteidigungskonzeption durchsetzte und damit die Kommunisten zur Niederlage führte<sup>41</sup>.

### Die Chinapolitik des Dritten Reiches

Die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler hatten zwar bereits im Jänner 1933 die Macht in Deutschland an sich gerissen, doch war es zunächst zu keiner Veränderung der Außen- und auch Ostasienpolitik gekommen. Die Machtergreifung im Inneren hatte Vorrang und so konnte das Auswärtige Amt unter der Leitung der bewährten Experten auch seine traditionelle Chinapolitik fortsetzen. Daraus erklärt sich, daß die Nationalregierung Chiang Kai-sheks zunächst auch weiterhin von Deutschland unterstützt wurde.

Eine deutliche Veränderung in der Ostasienpolitik ergab sich im Jahre 1936 mit dem Abschluß des „Anti-Komintern-Paktes“ zwischen Deutschland und Japan, der auf eine gemeinsame Politik beider Staaten gegen die Sowjetunion ausgerichtet war. Dieser Pakt war der Beginn einer neuen Ostasienpolitik, da in ihm ein unüberbrückbarer Widerspruch zu praktizierten Chinapolitik begründet lag: Japan, das auch in der Zeit des Bürgerkrieges in China sein Ziel – die massive Einflußnahme auf China – nicht erreicht hatte, war mit der Unterstützung für Chiang Kai-shek durch die deut-

sche Industrie und die Berater absolut nicht einverstanden und forderte als Preis von seinen Verbündeten die Einstellung dieser Hilfe. Hierzu muß erklärt werden, daß Japan bereits 1932 in der Mandschurei, der nördlichen Provinz Chinas, Fuß gefaßt hatte und dort einen pseudo-unabhängigen Staat „Mandschukuo“ unter der Regentschaft des 1911 gestürzten Thronfolgers Pu-yi gegründet hatte.

Zwar wurde zunächst vom Auswärtigen Amt noch eine doppelgleisige Ostasienpolitik, d. h. eine weitere Unterstützung Chiang Kai-sheks bei einem gleichzeitigen Bündnis mit Japan, durchgeführt – was auch durch den Abschluß einer Handelsvereinbarung mit „Mandschukuo“ am 30. April sichtbar wurde –, doch konnte dies langfristig die Erfüllung der Zugeständnisse an Japan nicht verhindern. Japan war für die deutsche Außen- und Bündnispolitik der eindeutig wichtigere Partner – zumindest in den Augen der deutschen Politiker. Ganz entscheidend auf die deutsche Chinapolitik wirkte sich der unerklärte Krieg Japans gegen China aus, der am 7. Juli 1937 nach dem sogenannten „Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke“ begann und der schließlich den Herrschaftsbereich von Chiang Kai-shek auf einen kleinen Bereich des chinesischen Territoriums begrenzen sollte.

### Deutschland zwischen Japan und China

Die Position Deutschlands „zwischen“ Japan und China war also letzten Endes dadurch bestimmt, daß Berlin mit Tokyo durch den Anti-Komintern-Pakt verbunden war, einen Abkommen, dem massive politische Interessen zugrunde lagen, während in China deutsche Militärberater tätig waren, deutsche Waffen gegen chinesische Rohstoffe gehandelt wurden – die für die Industrie von großer Bedeutung waren. Es konnte dabei kein Zweifel bestehen, daß die deutschen Waffen für China auch gegen Japan eingesetzt wurden, woraus letztlich die Forderung Japans resultierte, die Waffenlieferungen einzustellen und die Berater abzu ziehen – ein Verlangen, dem die Industrie schien allein deshalb nicht nachzukommen bereit war, weil zu diesem Zeitpunkt Lieferverträge im Werte von fast 300 Mio. Reichsmark bestanden<sup>42</sup>.

In dieser Situation versuchte sich Deutschland in der Rolle des Vermittlers zwischen den beiden streitenden Parteien – ein Versuch, der gar nicht so erfolglos schien, wie es zunächst aussehen mag. Beide Seiten waren mit einer deutschen Vermittlung einverstanden und Japan stellte über Berlin seine Forderungen für die Einstellung des Krieges an Chiang Kai-shek. Diese wurden zunächst abgelehnt und erst dann akzeptiert, als Japan wesentliche militärische Erfolge – die Eroberung von Nanking – für sich verbuchen konnte und Chiang

Kai-shek mit seiner Regierung in das entlegene Chungking vertrieb. Auf die nunmehrige Bereitschaft Chiang Kai-sheks aber wollte Japan nicht mehr eingehen – es erhöhte seine Forderungen, wozu sich China jedoch in der gesetzten Frist nicht zu entscheiden vermochte, so daß die Vermittlungsaktion, der später noch ein zweiter Versuch folgen sollte, letzten Endes erfolglos blieb<sup>43</sup>.

In der Zwischenzeit hatte sich jedoch die politische Szenerie in Deutschland verändert, da Anfang Februar 1938 durch die Entfernung aller konservativen Politiker aus der Regierung in Vorbereitung kommender außenpolitischer Aktionen China nahezu alle einflußreichen Fürsprecher – unter ihnen Außenminister von Neurath, den Befehlshaber des Heeres von Fritsch und den Kriegsminister von Blomberg – verlor. Entscheidend für die künftige Chinapolitik wurde der neue Außenminister Joachim von Ribbentrop, der als eifriger Befürworter und Initiator des deutsch-japanischen Bündnisses eine projapanische Politik vertrat. Als erster Schritt erfolgte am 20. Februar 1938 die Anerkennung der japanischen Marionettenregierung „Mandschukuo“<sup>44</sup> und kurz darauf, im April, wurden die deutschen Berater in China aufgefordert, ihre Arbeit einzustellen und nach Deutschland zurückzukehren. Dem einsetzenden Tauziehen zwischen Chiang Kai-shek und dem Auswärtigen Amt um die Militärberater wurde durch ein Ultimatum Berlins vom 10. Juni ein Ende gesetzt, in dem Chiang Kai-shek der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, den Beratern aber wegen ihres „eklatanten Treubruchs“ die Einleitung eines Verfahrens zu Aberkennung der Staatsangehörigkeit und Beschlagnahme des Vermögens angedroht wurde<sup>45</sup>. Am 5. Juli 1938 verließen daraufhin sämtliche Berater China, nachdem bereits zuvor der damalige Botschafter Trautmann zur Verdeutlichung der deutschen Entschlossenheit abgezogen worden war – er sollte auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren.

In der Folgezeit geriet die deutsche Chinapolitik immer mehr in den Sog Japans, und wenn auch die diplomatischen Beziehungen zu China noch bis 1941 aufrecht erhalten wurden, so bestanden praktisch keine formalen Beziehungen mehr – von der weiteren Tätigkeit deutscher Firmen und Journalisten in China und für Chiang Kai-shek bis 1949 abgesehen<sup>46</sup>. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgte durch China im Zuge der Anerkennung der von Japan eingesetzten chinesischen Gegenregierung in Nanking unter Wang Ching-wei im Juni 1941 durch Berlin. Die Kriegserklärung Chiang Kai-sheks gegen Deutschland erging im Dezember 1941 im Zusammenhang mit dem Krieg Japans gegen die USA, der mit dem Angriff auf Pearl Harbour am 6. Dezember begon-

nen hatte. Chiang Kai-shek versprach sich von diesem Schritt die Hilfe der USA, die er nunmehr dringender denn je benötigte, nachdem er auf Deutschland nicht mehr rechnen konnte und sich dem sowjetischen Einfluß nicht gänzlich ausliefern wollte.

Japan freilich, das erfreut die Erfüllung der Forderungen im Hinblick auf die deutsche Chinapolitik mit dankbaren Worten gewürdigt hatte, erfüllte die in es gesetzten Erwartungen Deutschlands mit keiner Geste – weder wurden die zuvor zugesagten wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland in „Mandschukuo“ auch eingeräumt noch hatte Berlin in seinem Krieg mit dem „Rest der Welt“ in Japan auch nur einen zuverlässigen Bundesgenossen. Adolf Hitler selbst erfuhr von dem Angriff auf Pearl Harbour erst einen Tag danach, was ihn jedoch nicht daran hindern sollte, diesen Angriff als „Entlastung für die deutsche Kriegslage“ herauszustellen<sup>47</sup>.

### Die Liquidation der deutschen Interessen

Der deutsche Chinahandel hatte nach dem Ende des Ersten Weltkrieges relativ schnell wieder Fuß gefaßt und basierte im wesentlichen auf dem Rüstungsgeschäft, das sich vom Verkauf von Handfeuerwaffen bis hin zu dem ganzen Anlagen ausgedehnt hatte. Die Seefahrt und auch der Luftverkehr erlebten eine neue Blüte, wobei die im Juli 1926 geschaffene Luftfahrtlinie „Eurasia“ ein Novum darstellte<sup>48</sup>. Die transkontinentale Verbindung zwischen China und Deutschland war die größte Luftlinie der Welt.

1939 arbeiteten mehr als 4000 Deutsche in China, wobei die Kaufleute neben den Ingenieuren, Technikern, Anwälten, Missionaren und Wissenschaftlern die Hauptgruppe bildeten. Für das weitere Schicksal des Chinahandels und der deutschen Firmen in Ostasien war zunächst der Verlauf des japanisch-chinesischen Krieges von großer Bedeutung: In jenen Gebieten, in denen der japanische Einfluß vorherrschte – also in der Mandschurei und im größten Teil Nordchinas –, erging es den deutschen Firmen bis 1945 relativ gut, wenngleich die Handelsmöglichkeiten durch die Einengungen des Marktes zunehmend zurückgingen. Eine wesentliche Beeinträchtigung stellte dabei die seit 1939 gefährdete Schifffahrtverbindung zwischen Deutschland und China dar, die bis zum Juni des Jahres 1941 noch durch Transporte auf dem Luftweg durch die Sowjetunion zumindest teilweise ersetzt werden konnte. Ab 1941 aber gab es praktisch auch keine Verbindung mit China auf dem Luftwege mehr, weshalb der Handel zum großen Teil aus den Vorratslagern bestritten werden mußte. Das Absinken des Handelsvolumens von

21,4 Prozent 1936 auf 0,14 Prozent im Jahre 1947 veranschaulicht deutlich die Auswirkungen dieser Schwierigkeiten.

Am Ende des Krieges stand China – ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg – auf seiten der Sieger, womit für die Beziehungen zu Deutschland ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde. Während in der Mandschurei die sowjetischen Truppen vorrückten, das dortige Eigentum der Deutschen konfiszierten und diese selbst nach Sibirien und Turkestan in Gefangenschaft brachten, landeten an der chinesischen Küste amerikanische Truppen. Chiang Kai-shek konnte nach der Kapitulation Japans seinen Einfluß relativ schnell ausweiten und einer seiner ersten Schritte betraf die Liquidierung der deutschen Firmen, die Inbesitznahme der Mobilien; die Beschlagnahme aller Guthaben.

Dieses ausgesprochen deutschfeindliche Verhalten der Regierung Chiang Kai-sheks liegt teilweise in dessen Enttäuschung über die Chinapolitik des Dritten Reiches begründet – zum anderen Teil war die Nationalregierung aber seit 1941 unter amerikanischem Einfluß geraten und von amerikanischer Hilfe abhängig geworden –, gerade die chinesische Politik gegenüber Deutschland und den Deutschen in China nach 1945 ist also unter dem Aspekt des amerikanischen Einflusses zu sehen. Die USA aber hatten es sich zum Ziel gesetzt, die deutsche Konkurrenz vollständig vom chinesischen Markt zu verdrängen. Eine unmittelbare Folge davon war die Repatriierung aller Deutschen in China, die von den amerikanischen Behörden auf Listen erfaßt worden waren, und in Shanghai wurden von der US-Besatzungsmacht Kriegsverbrecherprozesse gegen Deutsche angestrengt. Shanghai als Zentrum der Deutschen in China wurde so zu einer Art „Klein-Nürnberg“. Für die kleine Anzahl der Deutschen, denen es gelungen war, auch diese Stürme zu überstehen, bedeutete dieser „Erfolg“ jedoch nur einen Aufschub – Aufschub bis zu jenem Zeitpunkt, an dem Chiang Kai-shek in der innerchinesischen Auseinandersetzung mit den immer stärker gewordenen Kommunisten unter der Führung Mao Tse-tungs schließlich unterlag, das eigene Land verlassen und auf der Insel Taiwan eine Exilregierung errichten mußte.

### III. Zwei Deutschland und zwei China – Die Beziehungen von 1949 bis 1972

Mit der Kapitulation Japans im August 1945 war auch die Regierungszeit der projapanischen Regierung unter Wang Ching-wei beendet, mit der Deutschland seit 1941 diplomatische Beziehungen unterhalten hatte. Die chinesische Botschaft in Berlin und die beiden Generalkonsulate in Hamburg und Stuttgart stellten sich daraufhin auf die

Seite Chiang Kai-sheks, womit eine günstige Voraussetzung für eine mögliche Wiederaufnahme offizieller Beziehungen zwischen Deutschland und China gegeben war. Dazu sollte es jedoch nicht kommen – die Gründe dafür sind auch in diesem Falle außerhalb der Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen zu suchen: Der Sieg Mao Tse-tungs über Chiang Kai-shek hatte in seiner Konsequenz letztlich den totalen Exodus aller noch im Lande verbliebenen Deutschen und die nachhaltige Beendigung aller Geschäftsverbindungen zur Folge.

Für das Verhältnis zwischen Deutschland und China aber begann mit der Proklamation einer Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 und der Verlegung der Regierung der Republik China auf die Insel Taiwan ein völlig neues und neuartiges Kapitel. Es war dadurch gekennzeichnet, daß den zwei chinesischen Staaten zwei deutsche Staaten gegenüberstanden, von denen ebenfalls einer unter kommunistischem Einfluß stand. Die Gründung zweier chinesischer und die Teilung Deutschlands in zwei unabhängige Staatsgebilde sind gleichermaßen eine Folge des Zweiten Weltkrieges, wenn gleich ein bedeutsamer Unterschied zu konstatieren ist: Die Teilung Chinas bzw. der Sieg des Kommunismus in China ist auf innerchinesische Ursachen zurückzuführen, während die Teilung Deutschlands die Folge eines Eingriffs von außen ist.

Als Folge dieser neuen Situation im Verhältnis Deutschland – China entwickelten sich die Beziehungen zwischen beiden Nationen seit 1949 auf verschiedenen Bahnen: Während zwischen der Volksrepublik China und der DDR von Anfang an relativ gute Beziehungen bestanden, unterhielt die Bundesrepublik zur Republik China (Taiwan) ebenfalls gute Kontakte, ohne daß diese aber formalisiert wurden. Eine Änderung dieser Konstellation erfolgte erst im Oktober 1972.

### 1. Die Volksrepublik China und die DDR

Die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Staaten können, insgesamt betrachtet, in drei Abschnitte unterteilt werden. Der erste Abschnitt kann für die Zeit von 1949 bis Anfang 1963 angesetzt werden und war von einem freundschaftlichen Verhältnis gekennzeichnet. Im Zuge der Chinapolitik der Sowjetunion erkannte die DDR wie die meisten anderen Staaten Osteuropas die Volksrepublik China noch im Oktober 1949 an<sup>49</sup> und kurze Zeit darauf wurden in beiden Hauptstädten diplomatische Missionen eingerichtet.

Daß sich die Kontakte bis Mitte des Jahres 1953 trotz der ideologischen Gemeinsamkeiten auf die Wahrnehmung der diplomatischen Gepflogenheiten beschränkten, hat seine Ursache in der

Typologie der Chinapolitik Stalins, zu der es gehörte, daß nur die Sowjetunion engere Beziehungen zu China unterhielt – nicht aber ihre europäischen Satelliten. Dementsprechend erfolgte eine Intensivierung der Beziehungen erst nach dem Tode Stalins im März 1953, die ihren Niederschlag im gegenseitigen Besuch führender Politiker sowie dem Abschluß zahlreicher Abkommen über die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten fand. Im April 1955 erklärte Mao Tse-tung durch Erlaß den seit 1941 bestehenden Kriegszustand zwischen Deutschland und China für beendet<sup>50</sup>, womit die Voraussetzung für den Abschluß eines Freundschaftsvertrages geschaffen waren, zu dessen Unterzeichnung Ministerpräsident Grotewohl im Dezember 1955 nach Peking reiste. Von besonderem Interesse an diesem Vertrag ist der Passus über die Geltungsdauer, nach dem der Vertrag „bis zur . . . Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat Gültigkeit“ hat<sup>51</sup>.

Neben der Intensivierung der bilateralen Beziehungen ist aber auch eine starke Affinität der ostdeutschen Kommunisten gegenüber dem chinesischen Beispiel festzustellen, die sich sowohl in der Nachahmung verschiedener innenpolitischer Maßnahmen – beispielsweise der Einführung des Mannschaftsdienstes für Offiziere der Volksarmee –, aber auch im uneingeschränkten Lob für China und seine Innenpolitik niederschlug. Besonders deutlich wurde dies am Beispiel des „Großen Sprungs nach vorn“ der Jahre 1958–60, der die Einführung der Volkskommunen in China brachte, die von Ostberlin in höchsten Tönen gepriesen wurden. Der Botschafter Ostberlins in Peking, Paul Wandel, bezeichnete beispielsweise im Oktober 1959 die Volkskommunen als „Siege des Marxismus-Leninismus“ und definierte „Volkskommunen, das heißt satt essen“<sup>52</sup>. Diese eindeutige Parteinahme für die chinesische Politik stellt gleichzeitig auch ein erstes deutliches Abweichen Ostberlins von der Chinapolitik Moskaus dar, da Chruschtschow die Kommunen zwar als „nationale chinesische Besonderheiten“ offiziell tolerierte, sie andererseits aber auch in aller Öffentlichkeit kritisierte und als „altmodisch“ bezeichnete<sup>53</sup>.

Ebenso wie im Falle der Volkskommunen bezog die DDR auch beim chinesisch-indischen Grenzkonflikt im September 1959 für China Stellung<sup>54</sup>, somit sich die SED wiederum in Gegensatz zur offiziellen Haltung der Sowjetunion stellte. Diesem Verhalten entspricht es, daß die DDR – zumindest offiziell – die seit 1960 bekannten Differenzen zwischen China und Sowjetunion nicht registrierte, stattdessen auch weiterhin ein gutes Verhältnis zu Peking bestand. Zwar ist eine merkwürdige Zurückhaltung der SED-Funktionäre in

öffentlichen Reden über China festzustellen, doch war die Chinapolitik der DDR in dieser Zeit weit von der der Sowjetunion entfernt. Eigenem Zeugnis zufolge trat die SED auf internen Tagungen und auch in „geheimen“ Briefen im Konflikt zwischen Peking und Moskau für den Standpunkt Moskaus ein, doch beschränkte sich das auf diese Gelegenheiten<sup>55</sup>.

Diese Politik gegenüber dem sino-sowjetischen Konflikt wurde bis zum Jänner 1963 fortgesetzt, wobei jedoch von vornherein ausgeschlossen werden kann, daß es sich dabei um eine einseitige, gegen die Sowjetunion gerichtete Artikulierung ostdeutscher Sympathie für Peking gehandelt hat. Vielmehr ist wahrscheinlich, daß die SED bemüht war, die Differenzen im Weltkommunismus im Interesse der Einheit dieser Bewegung herunterzuspielen, vor allem aber wegen möglicher Auswirkungen auf das eigene Volk sich davor scheute, den Konflikt öffentlich einzugestehen, ihn stattdessen teilweise negierte.

Der zweite Abschnitt in den Beziehungen Ostberlins zu Peking wurde maßgeblich durch den sino-sowjetischen Konflikt bestimmt. Er begann auf dem VI. Parteitag der SED im Jänner 1963, auf dem sich Walter Ulbricht erstmals öffentlich gegen China stellte und die Position der Sowjetunion verteidigte, während Chruschtschow selbst den Parteitag zur offenen Herausforderung Chinas benutzte. Wu Hsiu-chuan, der Leiter der Delegation der KP Chinas, die an diesem Parteitag – wie auch an den früheren – teilnahm, ließ diese Vorwürfe nicht unerwidert und provozierte so einen Zwischenfall, da Versammlungsleiter Paul Verner ihn bereits vorher gebeten hatte, polemische Angriffe auf die Sowjetunion zu unterlassen und ihn, als er sich nicht daran hielt, des öfteren unterbrach<sup>56</sup>. Damit war die DDR unvermittelt, wenn auch sicher von Moskau nicht ungewollt, in den Mittelpunkt der sino-sowjetischen Auseinandersetzung gerückt, womit die freundschaftlichen Beziehungen der Vorjahre eine abrupte Unterbrechung erfuhren.

China reagierte auf diese veränderte Haltung der DDR sowohl auf innenpolitischer wie auf außenpolitischer Ebene. Nach den Zeugnissen ostdeutscher Politiker versuchte Peking in der Folgezeit Sympathien innerhalb der SED für sich auszunutzen und schreckte auch vor einer „Fraktionsfähigkeit... zur Untergrabung der Einheit und Geschlossenheit der Partei“ nicht zurück<sup>57</sup>. Die chinesische Botschaft in Ost-Berlin verteilte anti-sowjetische Flugschriften und Broschüren, worauf die DDR die Entfernung der Bilder Mao Tse-tungs aus den Amtsgebäuden sowie die Zurückziehung seiner Werke aus dem Handel veranlaßte<sup>58</sup>. Gleichzeitig wurde den DDR-Bürgern jeder Verkehr mit ausländischen Missionen untersagt bzw. einer Ge-

nehmigungspflicht unterworfen, was sich eindeutig gegen China richtete<sup>59</sup>. Der chinesische Versuch, auf außenpolitischer Ebene die DDR in seinem Konflikt gegen Moskau auszuspielen, betraf die 1963 einsetzende Kritik Pekings an der Deutschlandpolitik Moskaus, in der stets die Sowjetunion heftig kritisiert, die Position der DDR aber nachhaltig von Peking unterstützt wurde. Aus dieser Zeit rührt auch der chinesische Vorwurf an die Adresse der Sowjetunion, die „Interessen des deutschen Volkes zu verkaufen“, der sich bis in die Gegenwart hinein gehalten hat<sup>60</sup>.

Analog dem sino-sowjetischen Verhältnis verschlechterten sich die ostdeutsch-chinesischen Beziehungen in den Jahren 1963/64 ganz erheblich, was sich auch in einem starken Rückgang der Handelsbeziehungen beider Staaten zeigte. Die DDR trat in diesen Jahren ganz betont als Vertreter der Interessen Moskaus auf und publizierte des öfteren eigene Stellungnahmen zum Konflikt Moskaus mit Peking, in denen die chinesische Politik nachdrücklich verurteilt wurde<sup>61</sup>.

Seit dem Sommer 1964 entspannten sich dann die Beziehungen merklich, ohne daß aber von einer Normalisierung die Rede sein konnte. Der Sturz Chruschtschows im Oktober des gleichen Jahres brachte weder sichtbare Veränderungen im Verhältnis Pekings zu Moskau noch zu Ost-Berlin mit sich – sie sollten erst im Jahr darauf in Verbindung mit der chinesischen Innenpolitik eintreten.

Das innenpolitische Ereignis, das die chinesische Außenpolitik so nachhaltig beeinflussen sollte, begann mit der Ankündigung einer Reform des Erziehungswesens, die dann in die Kampagne der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ einmündete. Neben ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die chinesische Innenpolitik – die dem Beobachter von außen den Eindruck vermittelte, als herrsche in China ein völliges Chaos – wirkte sich die Kulturrevolution in starkem Maße auch auf die Außenpolitik aus. Eine ihrer Folgerungen war die Selbstisolierung Chinas durch den Abzug sämtlicher chinesischer Botschafter (außer dem in Kairo), eine andere die Radikalisierung in den Beziehungen zur Sowjetunion und den sozialistischen Staaten überhaupt. Von dieser Entwicklung blieb das Verhältnis zur DDR nicht unbeeinflusst – zumal sich Ost-Berlin selbst treu am Beispiel der sowjetischen Chinapolitik orientierte. Zwar blieb die DDR selbst, wie auch ihre politische Führung, auch weiterhin von allen chinesischen Angriffen gespart, doch fühlte sich Ost-Berlin offenbar berufen, Moskau in seinem ideologischen Streit beizustehen und zu verteidigen. Ost-Berlin verurteilte in unzähligen Artikeln und Reden der führenden Funktionäre die Vorgänge in China sowie den



angeblichen Antisowjetismus Peking, und es ist nur allzu verständlich, daß diese Zeit einer der Tiefpunkte der chinesisch-ostdeutschen Beziehungen darstellt<sup>62</sup>.

Darüber hinaus trug eine Reihe von Ereignissen zur weiteren Verschlechterung bei. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Schließung des chinesischen Standes auf der Herbstmesse in Leipzig 1966, als die DDR-Behörden die Entfernung antisowjetischer Schriften anordneten<sup>63</sup>, der Angriff chinesischer Rotgardisten auf ostdeutsche Diplomaten in Peking im August des gleichen Jahres<sup>64</sup> sowie im Mai 1967<sup>65</sup>. Schließlich verunglückten im Juli 1967 vier chinesische Diplomaten bei einem Verkehrsunfall in Mecklenburg tödlich, wobei der Unfallcharakter dieses Ereignisses offen von der chinesischen Botschaft bezweifelt wurde<sup>66</sup>. Die DDR reagierte auf entsprechende Verdachtsäußerungen mit Demonstrationen vor der Botschaft in Ost-Berlin, machte das Betreten der Botschaftsgebäude genehmigungspflichtig und postierte einen Volkspolizisten an den Eingang des Geländes, der Ausweise und Kfz-Nummern aller Besucher kontrollierte bzw. notierte<sup>67</sup>.

Im Laufe des Jahres 1968 entspannten sich zwar die Beziehungen wiederum – entsprechend auch der Normalisierung der innenpolitischen Verhältnisse in China –, doch handelte es sich dabei um nicht mehr als eine Atempause: Der Ausbruch der sino-sowjetischen Grenzzwischenfälle in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1969 und die damit verbundene Eskalation im Konflikt Moskau-Peking schlug sich unmittelbar auf das Verhältnis Pekings zu Ost-Berlin nieder und sorgte für eine erneute Verschlechterung, die bis zum Ende des Jahres 1969 anhielt<sup>68</sup>.

Der dritte und vorerst letzte Abschnitt begann im September 1969 und ist ebenfalls in Verbindung mit dem Verhältnis Peking – Moskau zu sehen. Damals besuchte Ministerpräsident Kossygin überraschend Peking – offensichtlich zur Erörterung der Grenzfragen – und als unmittelbares Resultat dieses Besuches war eine zunehmende Entspannung im beiderseitigen Verhältnis festzustellen. Die Beziehungen zwischen Peking und Moskau sind seit diesem Zeitpunkt von einer gewissen Koexistenz – d. h. einer Aufrechterhaltung der diplomatischen Gepflogenheiten und auch des Handelsverkehrs bei einer unvermindert andauernden ideologischen Auseinandersetzung gekennzeichnet, und genau diese Charakterisierung trifft auch auf das ostdeutsch-chinesische Verhältnis seit Ende 1969 zu.

Die Beziehungen zwischen der DDR und China sind seither von einer zunehmenden Entspannung gekennzeichnet – zumindest was die

diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte betrifft. Ideologisch steht die DDR zwar nach wie vor – und das auf absehbare Zeit – hinter Moskau und beteiligt sich auch weiterhin an der Auseinandersetzung mit Peking, doch sind die pointierten Attacken aus Ost-Berlin einer mehr sachlichen Berichterstattung über die Ereignisse in und um China gewichen<sup>69</sup>. Im Gegensatz zu den Vorjahren fällt sogar eine gewisse Zurückhaltung der DDR im Vergleich zu Moskau auf, da gezielte eigene Stellungnahmen gegen China ausgesprochen selten geworden sind – stattdessen des öfteren die Stimmen der Bruderparteien wiedergegeben werden. Ausnahmen davon bilden die Stellungnahmen anlässlich der chinesischen Kritik zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom August 1970<sup>70</sup> sowie eine grundsätzliche Erklärung zur chinesisch-amerikanischen Annäherung – die von Moskau äußerst scharf kritisiert wurde – und ein Artikel, der die Chinareise von Gerhard Schröder im Juli 1972 angriff<sup>71</sup>.

Insgesamt gesehen läßt sich für die Chinapolitik der DDR der letzten Jahre festhalten, daß diese deutlich weniger feindselig ist als die Moskauer, daß darüber hinaus sogar Ansätze für eine „eigene“ Chinapolitik festzustellen sind, die sich von der Moskauer darin unterscheidet, daß sie mehr vom Pragmatismus als von ideologischen Gegensätzen geprägt ist. Die Schlussfolgerung, die sich bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen der DDR und China nahezu aufdrängt, besteht darin, daß offensichtlich noch immer gewisse Sympathien auf Seiten der DDR für China vorhanden sind – auch wenn diese in absehbarer Zeit wegen des engen Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber Moskau keine Chance auf Realisierung haben.

## 2. Die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und China war von Anfang an durch die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme beider Staaten sowie die Zugehörigkeit zu einander entgegenstehenden Bündnissen – die Bundesrepublik auf Seiten der USA, die Volksrepublik auf der der Sowjetunion – gekennzeichnet.

Diese grundsätzliche Gegebenheit sollte bestimmend für die nächsten zwanzig Jahre der Beziehungen zwischen Bonn und Peking wirken, wobei für Bonn galt, daß jede mögliche – und von den Wirtschaftskreisen dringend geforderte – Formalisierung der bilateralen Beziehungen an der Haltung der USA scheiterte<sup>72</sup>. Die Abhängigkeit der Volksrepublik China in seiner Außenpolitik von der Sowjetunion ist insofern anders zu bewerten, als dieses Bündnis zwischen Moskau und Peking relativ

bald von einem Konfliktverhältnis abgelöst wurde, das Peking außenpolitisch wie wirtschaftlich einen weitaus größeren Spielraum einräumte, als beispielsweise der war, über den die Bundesrepublik verfügte.

Dementsprechend läßt sich der Verlauf der deutsch-chinesischen Beziehungen dahingehend einteilen, als zwar Bonn nur einen minimalen Spielraum in den Beziehungen zu Peking nutzen konnte, China aber entsprechend dem Wandel seiner außenpolitischen Konzeption (bedingt durch das Verhältnis zur UdSSR) auch seine Deutschlandpolitik zumindest Richtungsänderungen unterwarf. Ein besonderes Kapitel stellen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten dar, die sich unabhängig von der politischen Szenerie fortlaufend entwickelten.

### Ideologie in der Politik – Pragmatismus im Handel (1949–1964)

Die Machtübernahme auf dem Festland durch Mao Tse-tung bedeutete das Ende jeder Tätigkeit ausländischer Firmen oder auch Kaufleute in China. Sollten aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Chinahandel andere Hoffnungen bestanden haben, so wurden diese sehr rasch zunichte gemacht. So blieb auch im Falle der deutsch-chinesischen Beziehungen nur noch die Rückführung der zahlreichen Deutschen, die noch immer in China ausharrten, zu organisieren, was vom Ostasiatischen Verein Hamburg-Bremen e. V. übernommen wurde, der in mehreren Aktionen bis 1954 dafür sorgte, daß alle Deutsche wohlbehalten in ihre Heimat zurückkehren konnten. Über die Frage der Rückführung kam es auch zum ersten offiziellen Kontakt zwischen Bonn und Peking, überhaupt, als der deutsche Gesandte in der Schweiz, Martin Fischer, während der Genfer Indochina-Konferenz des Jahres 1954 die Gelegenheit nutzte, mit der chinesischen Delegation diese Frage zu besprechen<sup>73</sup>.

Abgesehen davon verfolgte die Bundesrepublik gegenüber Peking nicht nur eine Neutralitätspolitik – da es beide chinesische Staaten nicht anerkannte –, sondern negierte praktisch die Existenz einer Volksrepublik, während zur Republik China zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre relativ gute politische und auch kulturelle Kontakte bestanden. Diese Haltung ist zum großen Teil auf die Chinapolitik des Westens allgemein und der USA zurückzuführen, die von dem Bild eines „aggressiven Rotchina“ geprägt war, das nach dem damaligen Verständnis sowohl für die Auslösung des Koreakrieges (1950–53), den Sieg der vietnamesischen Kommunisten in Indochina (1954) sowie für die Auslösung der Quemoy-Krise des Jahres 1954/55 verantwortlich war.

Die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland durch die Volksrepublik China am 7. April 1955 schuf zwar formal die Grundlage für eine Normalisierung der Beziehungen auch zur Bundesrepublik, doch vertrat man in Bonn die Hallstein-Doktrin, die keine diplomatischen Beziehungen zu all jenen Staaten zuließ, die mit der DDR solche unterhielten. Genau das aber traf im Falle Pekings zu. Abgesehen von vereinzelt vorstößen deutscher Politiker, die sich für Kontakte zu Peking einsetzten, blieb diese Nicht-Politik gegenüber Peking das wesentlichste Merkmal der deutschen Chinapolitik bis zum Jahre 1957. Die Änderung, die sich in diesem Jahr ergab, hängt unmittelbar mit dem Chinahandel zusammen, der sich in der letzten Zeit stetig ausgeweitet hatte und zu dessen besserer Abwicklung – sowie dem Abbau der bestehenden Nachteile für die deutschen Geschäftsleute – diese wie auch China den Abschluß eines Handelsabkommens forderten. Ein entsprechendes Abkommen mußte zwangsweise zumindest offiziösen Charakter haben, da die Beschränkungen, die dem deutschen Chinahandel im Zusammenhang mit dem China-Embargo der USA auferlegt waren, eine Zustimmung der Regierung notwendig machten. Das am 27. September 1957 erzielte Abkommen<sup>74</sup> war das Ergebnis von mehr als vier Jahren der Verhandlungen zwischen beiden Seiten. Die entscheidenden Punkte waren die Einbeziehung West-Berlins in den Geltungsbereich sowie die Befristung des Abkommens auf ein Jahr ohne automatische Verlängerung. Ganz offensichtlich rechnete Peking nach Ablauf des Vertrages mit erneuten Verhandlungen – diesmal auf Regierungsebene, doch kam es dazu nicht, womit ab Ende 1958 erneut ein vertragloser Zustand eintrat – was aber den Handel nicht weiter beeinträchtigen sollte.

Daß sich die bundesdeutsche Chinapolitik so enthalten zeigte, war aber nicht nur auf die USA oder die internationale Haltung in der Chinafrage zurückzuführen, sondern hatte seine Ursache auch in der Politik jenes Mannes, der die deutsche Innen- und Außenpolitik der Nachkriegszeit so nachdrücklich bestimmen sollte – in Konrad Adenauer selbst. Wie sich aus der Retrospektive deutlich ergibt, hatte Adenauer genaue Vorstellungen über China bzw. die Rolle Chinas in der Weltpolitik und die möglichen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Staat. Während die Chinafrage als solche für ihn erst nach der Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik (im Mai 1955) überhaupt zur Diskussion stand, war er bereits relativ früh davon überzeugt, daß das Verhältnis zwischen Moskau und Peking sich recht bald dahingehend ändern würde, daß der Westen und damit auch die Bundesrepublik aus einem Konflikt zwischen beiden Vor-

teil ziehen könnten<sup>75</sup>. Diese Überzeugung Adenauers wurde von dem deutschen Arzt Wilhelm Starlinger mitgeprägt, der lange Zeit in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern lebte und von daher die Überzeugung mitgebracht hatte, daß ein Konflikt zwischen Moskau und Peking unvermeidlich sei, wofür er als Grund den Bevölkerungsdruck Chinas auf die Grenze zur Sowjetunion ansah. Außerdem aber wurde Adenauer durch Chruschtschow selbst in seiner Überzeugung gestärkt, der ihn bei seinem Besuch in Moskau im September 1955 gebeten haben soll, der Sowjetunion zu helfen, „mit Rotchina fertig zu werden“<sup>76</sup>. Die Schlußfolgerung, die Adenauer aus seiner Überzeugung sowie diesen Hinweisen (zu denen noch andere hinzukamen) zog, war jedoch nicht die, daß es im Interesse der Bundesrepublik sei, einen Konflikt zwischen Moskau und Peking durch aktive Schritte der Politik auszunutzen: Im Gegenteil – wenn Adenauer auch damit rechnete, daß ein möglicher sino-sowjetischer Konflikt die Sowjetunion schwächen und sie gegenüber dem Westen verhandlungsbereiter machen könnte, so hielt er es doch für grundfalsch, daß Bonn (oder der Westen) in diesem Falle in Aktion treten sollten. Vielmehr leitete er die Notwendigkeit einer Integration eines freien Europas, mit dem Moskau klargemacht werden müsse, daß ein Vordringen in diesen Raum nicht möglich sei, aus dieser Erkenntnis ab<sup>77</sup>, womit die Integration Europas als Konzept Adenauers gegenüber einer Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion die logische Schlußfolgerung darstellt. Im Gegensatz zu manchen anderen Politikern der Ära nach ihm vertrat Adenauer auch nach dem Ausbruch der Differenzen zwischen Moskau und Peking die Überzeugung, daß sich daraus „eines Tages“ eine echte Verhandlungsbereitschaft Moskaus ergeben werde. Das Fazit, das er daraus zog, lautete: „Bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir geduldig warten.“<sup>78</sup>.

Die einzige Veränderung, die sich in den nächsten Jahren in den Beziehungen Bonn-Peking ergeben sollte, betraf die Errichtung eines Büros der chinesischen Nachrichtenagentur „Hsinhua“ (Neues China) im Oktober 1958 in Bonn. Eine entsprechende Vereinbarung war mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) auf der Grundlage der Gleichberechtigung vereinbart und von Bonn offiziell genehmigt worden<sup>79</sup>. 1961 wurde das Büro nach Ost-Berlin verlegt, was mit der angespannten Devisenlage und „wirtschaftliche Schwierigkeiten“ begründet wurde – die Wiedereröffnung erfolgte erst 1964.

Die offizielle Haltung der Volksrepublik gegenüber der Bundesrepublik war nach der Beendigung des Kriegszustandes im April 1955 und dem sichtbaren Interesse an einer Formalisierung

der Handels-, möglicherweise auch der zwischenstaatlichen Beziehungen davon bestimmt, daß es in der Diskussion der Deutschlandfrage zwischen Ost und West von jeher konsequent die Haltung der DDR unterstützte, woraus sich eine gewisse Frontstellung gegenüber Bonn ergab. Dies kam auch in der Berichterstattung Chinas über die Politik der Bundesrepublik – die besonders seit der Errichtung des Büros der chinesischen Nachrichtenagentur 1958 in Bonn intensiviert wurde – zum Ausdruck, derzufolge die Ereignisse in der Bundesrepublik unter dem negativen Aspekt des Vordringens des „Militarismus und Imperialismus“ unter dem Einfluß der USA gestellt wurden.

#### Der „Berliner Flirt“ zwischen Bonn und Peking im Jahre 1964

Zu weitreichenden Veränderungen in den deutsch-chinesischen Beziehungen kam es im Jahre 1964, nachdem sich bereits im Vorjahr gewisse Akzente abzuzeichnen begonnen hatten. Im Frühjahr 1963 war erstmals ein Angehöriger des deutschen Generalkonsulats in Hongkong zum Besuch der Frühjahrsmesse in Kanton eingeladen worden, und der chinesische Botschafter in Bern hatte sich gegenüber dem Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, bedauernd über das Fehlen diplomatischer Beziehungen zu Bonn ausgedrückt<sup>80</sup>.

Andererseits war auch auf seiten der Bundesregierung die Haltung gegenüber Peking einer Überprüfung unterzogen worden, was im wesentlichen durch drei Momente bedingt war: Zum einen wurde von China die sogenannte „Zwischenzonen-theorie“ – nach der alle Staaten „zwischen“ den beiden Machtblöcken USA und Sowjetunion prinzipiell zusammenarbeiten könnten – aufs Neue propagiert, was sich durchaus auch auf die Bundesrepublik bezog, zum anderen aber sah man in dem sich stetig verschlechternden Verhältnis Moskaus zu Peking in Bonn eine günstige Gelegenheit, sich diese Spannungen unter Umständen zunutze zu machen, während das dritte Ereignis – das diese Überlegung nur noch beschleunigte – die Anerkennung Chinas durch Frankreich am 27. Jänner 1964 war.

Nach vorbereitenden Kontakten, teilweise durch Journalisten und Geschäftsleute, begannen am 25. Mai 1964 in Bern offizielle Gespräche zwischen deutschen und chinesischen Vertretern mit der Zielsetzung, ein Warenabkommen mit China zu vereinbaren. Entscheidend für die bundesdeutschen Überlegungen war dabei gewesen, daß China sich bereit gezeigt hatte, West-Berlin in dieses Abkommen mit einzubeziehen, woraus man sich Vorteile in der Deutschlandfrage versprach. Konnte

nach diesem ersten Gespräch der Eindruck entstehen, daß Peking gewillt war, auf diese Forderung einzugehen, so ergab sich ein gewisser Unterschied in den Auffassungen, als China deutlich machte, daß es an einem Regierungsabkommen, Bonn aber nur an einem Warenabkommen interessiert war<sup>81</sup>.

Zusammenfassend betrachtet, standen diese Gespräche in Bern – insgesamt waren es vier – unter relativ ungünstigen Vorzeichen. Nach dem ersten Gespräch war Bundeskanzler Erhard mit Außenminister Schröder in die USA gereist, wo ihm heftige Vorwürfe im Hinblick auf den „Alleingang“ in der Chinapolitik gemacht wurden, die darin gipfelten, daß diese Politik eine Unterstützung des „Gegners“ sei, gegen den „amerikanische Soldaten (in Vietnam) im Kampf“ stehen und fallen<sup>82</sup>. Die Tatsache, daß die Verhandlungen nicht mit der notwendigen Geheimhaltung geführt werden konnten, führte außerdem zu einer Reihe von Spekulationen und Vermutungen, die der Verlauf der Gespräche nicht rechtfertigte. Bundeskanzler Erhard stellte dann auf einer Pressekonferenz in Washington unmißverständlich fest, daß an „eine zwingende Form eines Handelsvertrages“ bei den Gesprächen mit Peking „nicht gedacht“ sei<sup>83</sup>. Neben der USA kritisierten auch die UdSSR und mit ihr der Sowjetblock die deutsch-chinesischen Kontakte – was aber eher fördernd auf China gewirkt haben könnte als hemmend.

Weitere Gespräche fanden am 21. Juli, am 3. Oktober und am 23. November statt und brachten keine eigentlichen Fortschritte in der Diskussion über die ausgehandelten Fragen<sup>84</sup>. Nachdem die Verhandlungen zunächst relativ freundschaftlich fortgesetzt wurden – wenngleich die Äußerungen Erhards in den USA und die Reise von Franz-Josef Strauß nach Taiwan nicht unkritisiert blieben –, brachte das letzte Gespräch eine rapide Veränderung der Atmosphäre. Bis dahin war auch keine Einigung über die Frage Handelsabkommen oder Warenabkommen erzielt worden. Zwar wurden weitere Gespräche für Anfang 1965 in London vereinbart, andererseits aber unmißverständlich festgestellt, daß an eine Aufnahme West-Berlins in das Abkommen nicht gedacht sei. Der deutsche Versuch, die Gespräche 1965 wieder anzuknüpfen, wurde von der chinesischen Botschaft in London abschlägig beschieden<sup>85</sup>.

Stellt man nun die Frage, wieso es zum Abbruch bzw. auch was eigentlich China zur Aufnahme von Gesprächen veranlaßte, so ist zunächst eine einschränkende Bemerkung zu machen: Die Gespräche in Bern stellten Vorverhandlungen über Prozedurfragen zu möglichen offiziellen Gesprächen über ein Abkommen zwischen beiden Staaten dar, womit von vornherein ihre Bedeutung als solche entscheidend begrenzt ist. Damit verlieren

diese Gespräche zwar nicht unbedingt an Interesse, wohl aber wird damit die Bedeutung dieser Kontakte relativiert – auch wenn es sich bei diesen Gesprächen um die einzigen offiziellen Kontakte seit 1945 überhaupt handelte.

Die Politik Pekings gegenüber Deutschland muß – hier wie auch sonst – stets im Rahmen der Beziehungen Chinas zu Moskau und zur DDR wie zum „kapitalistischen“ Westen überhaupt gesehen werden. Für die Beziehungen zu diesen beiden Staaten läßt sich für die Jahre 1963/64 festhalten, daß sie sich auf einem Tiefpunkt befanden, insbesondere schien eine Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion unter Chruschtschow nicht wahrscheinlich oder möglich. Im besonderen Falle der DDR hat Peking offenbar versucht, prochinesische Tendenzen innerhalb der SED für sich auszunutzen und die DDR zu einer Abkehr von Moskau und einer Hinwendung zu Peking zu veranlassen – auch unter Zuhilfenahme wirtschaftlichen Drucks<sup>86</sup>. Die Gespräche mit der Bundesrepublik könnten dabei dazu gedient haben, Bonn gegen Ost-Berlin wie Moskau auszuspielen und zu versuchen, eine Basis im Westen zu finden. Offensichtlich hat aber dann der demonstrative Beweis der bundesdeutschen Abhängigkeit von den USA – durch den Besuch Erhards – sowie das Auseinanderrücken der DDR und der Sowjetunion – durch den Abschluß eines Freundschaftsvertrages am 12. Juni – Peking zu der Überzeugung geführt, daß seine Ziele nicht erreichbar seien. Die Intensivierung der Beziehungen Pekings zu Ost-Berlin seit Juli (durch den Abschluß mehrere Abkommen und dem Besuch einer chinesischen Delegation) läßt den Schluß zu, daß Peking, bevor es sich zwischen den „Stühlen“ Bonn und Ost-Berlin wiederfindet, auf der Grundlage der immerhin noch vorhandenen ideologischen Gemeinsamkeiten im sozialistischen Lager zu verbleiben entschloß. Die anderenorts aufgestellte Theorie, daß der Abbruch der Gespräche auf den zuvor erfolgten Sturz Chruschtschows zurückzuführen sei, entbehrt aus dieser Sicht der Dinge der Überzeugungskraft – zumal bereits unmittelbar nach dem Sturz Chruschtschows einer chinesischen Delegation in Moskau klargemacht wurde, daß sich die Politik der neuen Führer von der Chruschtschows gegenüber China „nicht um einen Deut“ ändern werde<sup>87</sup>.

Der Gedanke, daß die Bundesrepublik durch die Einbeziehung in den Konflikt zweier kommunistischer Großmächte aufgewertet wird – „Bonn als Opfer von Pekings Handel mit Moskau“ –, ist mindestens ebenso verlockend wie der Gedanke, daß die Bundesrepublik Moskau gegen Peking ausspielen könne und am Hebel sitze, an dem es nur zu ziehen brauche, um seine Forderungen an die UdSSR durchzusetzen. Leider haben beide Vor-

stellungen noch etwas anderes gemeinsam – sie entbehren nämlich beide jeder tatsächlichen Grundlage.

### Die Beziehungen von 1965 bis 1970

Dem Abbruch der Gespräche in Bern folgte eine Abwendung des chinesischen Interesses von der Bundesrepublik – die gemäßigtere Haltung gegenüber Bonn war einer unnachgiebigen gewichen und der Vorwurf, daß Westdeutschland plane, „die DDR zu annektieren“, wurde wieder intensiviert – mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß „unter diesen Umständen keine offiziellen Handelsbeziehungen“ aufgenommen werden könnten<sup>88</sup>. Ein anderes Ereignis brachte Bonn und Peking nochmals Schlagzeilen in der Weltpresse – die Gewährung einer Bundesbürgerschaft in Höhe von mehreren Millionen Mark für ein Walzwerkprojekt in China<sup>89</sup>. Die heftige – wenn auch unbegründete – Kritik an diesem Projekt vor allem aus den USA, Japan, aber auch Indien<sup>90</sup> erwies sich dann aber als überflüssig, da es wegen den durch die Kulturrevolution bedingten inneren Schwierigkeiten in China zu keiner Einigung über das Projekt kam. Im Mai 1968 wurde das Scheitern der Verhandlungen bekanntgegeben.

Die „Große Proletarische Kulturrevolution“, die die Innen- und Außenpolitik Chinas der Jahre 1966–68 in starkem Maße prägen sollte, hatte zwar keine direkten Auswirkungen auf die Beziehungen Chinas zur Bundesrepublik, brachte aber eine allgemeine außenpolitische Inaktivität Pekings mit sich. Die Bundesrepublik erfreute sich zwar weiterhin der Aufmerksamkeit der chinesischen Presse, wobei neben den bekannten Vorwürfen vor allem jener der Kollaboration Bonns mit Moskau gegen Peking herausgestellt wurde<sup>91</sup>, woraus sich jedoch keine grundsätzliche Veränderung im Verhältnis Bonns zu Peking ableiten läßt. In der Bundesrepublik selbst war zwar das Thema China hin und wieder von Politikern wie Wirtschaftlern angeschnitten worden, doch zu mehr als zaghaften Vorstößen in Richtung auf eine Anerkennung war es nicht gekommen – im übrigen war man der Ansicht, daß das Angebot in der Regierungserklärung der großen Koalition vom 13. Dezember 1966, zu „allen Ländern der Welt“ diplomatische Beziehungen aufzunehmen, auch für China gelte und von Peking wahrgenommen werden könne<sup>92</sup>.

Eine Veränderung der Haltung Chinas gegenüber der Bundesrepublik ergab sich erst, als sich China nach der Beendigung der Grenzzwischenfälle mit der UdSSR Ende 1969 wieder stärker außenpolitischen Vorgängen widmen konnte und ist in unmittelbarem Zusammenhang mit der „neuen deutschen Ostpolitik“ zu sehen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Ablehnung des

Gewaltverzichtsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom August 1970 durch China, den China mit Nachdruck kritisierte. Die Thesen, die Peking zur Stützung seiner Kritik aufstellte, beinhalten im wesentlichen, daß der Vertrag

- die Eigenstaatlichkeit der DDR und die Interessen des Sowjetvolkes verrate,
- eine Ermutigung und Begünstigung des westdeutschen Militarismus darstelle,
- die Verschlagenheit und die Niederträchtigkeit der Brandt-Regierung, nicht aber ihre Vernunft und ihren Realismus zeige, und schließlich, daß er
- dem Frieden und der Sicherheit in Europa nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil gereiche<sup>93</sup>.

Ebenso wie der Vertrag mit Moskau wurden auch die anderen Ergebnisse der deutschen Ostpolitik kritisiert, wobei auffallend ist, daß der Adressat der Kritik stets die UdSSR, zum Teil auch die Bundesrepublik, nicht aber die Verhandlungspartner der Bundesrepublik waren – sofern es sich nicht um die Sowjetunion handelte. Auffallend ist auch, daß die innerdeutschen Gespräche zwischen Bundesrepublik und DDR von der chinesischen Presse mit keinem Wort erwähnt wurden. Seit Beginn des Jahres 1971 verstummte außerdem nahezu jede Kritik an der deutschen Ostpolitik durch China und wurde seither nur durch das chinesische Sprachrohr – Albanien – vertreten<sup>94</sup>.

### Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking im Oktober 1972

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und China seit dem Frühjahr 1971 muß vor dem Hintergrund der Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik seit dem Ende der Kulturrevolution gesehen werden. Die Entwicklung zwischen Bonn und Peking ist dementsprechend im Rahmen des chinesischen Interesses für Westeuropa zu stellen – nicht etwa als eigenständige Entwicklung zu betrachten, die möglicherweise sogar auf Bonner Initiative zurückzuführen ist.

Hatte die Bundesregierung seit 1969 bewußt nichts unternommen, um die Beziehungen zu China zu intensivieren – weniger aus Rücksichtnahme auf die USA, sondern jetzt, um den Normalisierungsprozeß zu den Staaten des Sowjetblocks nicht zu gefährden –, so wurde die Haltung Bonns durch eine Entwicklung überrollt, die vom härtesten Gegner Chinas der letzten zwanzig Jahre selbst ausging – den USA. Tatsächlich ist die Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen – ermöglicht durch ein Entgegenkommen beider Seiten – von entscheidender Bedeutung für die Außenpolitik Chinas gewesen. Im Zuge der An-

kündigung der Reise von Präsident Nixon in die Volksrepublik erfolgte eine Hinwendung einer ganzen Anzahl von Staaten zu China, die ohne diese Voraussetzung wohl kaum eingetreten wäre. Wie bereits eingangs angezeigt, anerkannten auch eine Reihe von europäischen wie NATO-Mitgliedstaaten die Volksrepublik China und ebneten damit – wie andere Anerkennungen in den anderen Erdteilen auch – den Boden für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen vom 25. Oktober 1971<sup>95</sup>.

Diese Aufnahme war auch der entscheidende Anstoß für eine Neuorientierung der bundesdeutschen Chinapolitik – Bonn begrüßte diese Entscheidung und Außenminister Scheel bot China an, die wirtschaftlichen Beziehungen zu formalisieren<sup>96</sup>. China trug dieser Entwicklung insofern Rechnung, als es seine Polemik gegen Bonn merklich reduzierte und zum erstenmal überhaupt sachliche Berichte über die Entwicklung der deutschen Politik veröffentlichte. Im Jänner 1972 nahm China erstmals an der internationalen „Grünen Woche“ in Berlin teil<sup>97</sup> – und es mutet geradezu erstaunlich an, mit welcher Plötzlichkeit sich mit einem Male bei einer ganzen Reihe bundesdeutscher Politiker die Überzeugung einstellte, daß Beziehungen zu Peking längst überfällig seien und so schnell wie möglich formalisiert werden müßten<sup>98</sup>.

Entscheidender Anstoß dafür, daß nach vielen Reden auch tatsächlich etwas geschah, war die Einladung an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schröder, zu einem offiziellen Besuch in China. Schröder, der seiner Reise bewußt einen überparteilichen Charakter gab, hielt sich vom 13. bis 18. Juli in China auf und traf außer mit Außenminister Chi Peng-fei auch mit Premierminister Chou En-lai zusammen – eine im Protokoll nicht vorgesehene Ehrung für den deutschen Gast. Nach seiner Rückkehr setzte sich Schröder nachdrücklich für eine unmittelbare Normalisierung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein<sup>99</sup>. Offensichtlich setzte sich diese Meinung in Verbindung mit der Überzeugung, daß es tunlich sei, das Thema China aus dem bevorstehenden Wahlkampf herauszuhalten, auch bei der Regierung durch: Am 29. September gab das chinesische Außenministerium bekannt, daß in Verhandlungen mit der Bundesrepublik Übereinkunft erzielt wurde, daß Außenminister Walter Scheel vom 10. bis 14. Oktober China besuchen und dort die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie den Austausch von Botschaftern vereinbaren werde<sup>100</sup>.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte dann am 11. Oktober 1972 – das aus diesem Anlaß veröffentlichte Kommuniqué ist

relativ dürftig und klammert die nationalen Probleme beider Seiten – Berlin auf der einen und Taiwan auf der anderen Seite – aus<sup>101</sup>. Minister Scheel zufolge wurde die Vertretung Berlins jedoch so gelöst, daß bei der Einbeziehung dieser Stadt in künftige Verträge „keine Schwierigkeiten“ entstehen werden, während andererseits mittlerweile deutlich wurde, daß die bestehenden offiziellen Kontakte zu Taiwan von der Bundesregierung unterbunden werden<sup>102</sup>.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China, die durch den Abschluß eines Handelsvertrages Ende Dezember ergänzt wurde, begann ein neues Kapitel der deutsch-chinesischen Beziehungen: Zum ersten Male in der langen Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Staaten stehen sich Deutschland und China als gleichberechtigte und souveräne Staaten gegenüber. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Beziehungen auf die Grundlage gemeinsamer Interessen aufzubauen, wemgleich die mannigfaltigen Einflüsse von außen auf beide Staaten durchaus die Gefahr beinhalten, daß hier deutsche Chinapolitik oder dort chinesische Deutschlandpolitik in den Dienst von Zielsetzungen gestellt werden, die außerhalb dieser Beziehungen liegen und ihnen sogar schaden können – wie auch die Vergangenheit bewiesen hat. Die Zukunft wird zeigen müssen, wie solide die Basis ist, auf die die deutsch-chinesischen Beziehungen sich gründen.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. im einzelnen Burkhart, G. E.: Kleine Missionsbibliothek. Bielefeld und Leipzig 1880, Vol. III: Die evangelische Mission in China und Japan, S. 103
- 2 Zum Leben und Wirken von Adam Schall von Bell vgl. Burkhart a. a. O., S. 107, sowie Gutzloff, Charles: A Sketch of Chinese History. London 1834, Vol. II, S. 121ff.
- 3 Zum Opiumkrieg vgl. u. a. Kuo Heng-yü: China und die Barbaren. Pfullingen: Verlag Neske 1967, S. 26ff.
- 4 Zu den ungleichen Verträgen vgl. Fairbank, John K.: The Chinese World Order. Cambridge (USA), Harvard Univ. Press 1968, S. 20–34
- 5 Brandt, Max v.: China und seine Handelsbeziehungen zum Ausland, mit besonderer Berücksichtigung der Deutschen. Berlin 1899, S. 35
- 6 Ebenda sowie Brandt, Max von: 33 Jahre in Asien, S. 80
- 7 Hagen, M. von: Bismarcks Kolonialpolitik. Stuttgart 1923, S. 49; Wehler H. U.: Bismarcks Imperialismus 1862–1890. In: Imperialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972, S. 259–288

- 8 Zur Sphärenpolitik vgl. Franke, Otto: Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914. Hamburg: Georg Westermann 1923, S. 105–144
- 9 Vgl. Franke a. a. O., S. 76–104
- 10 Die große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914. Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für die Politik und Geschichte mbH 1973, Band 9, S. 226; sowie Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918. Berlin: Verlag Koehler 1922, S. 55
- 11 Kaiser Wilhelm II. a. a. O., S. 69
- 12 Die große Politik der europäischen Kabinette. a. a. O., Band 14, S. 67; Franke, Otto a. a. O., S. 127–128
- 13 Franke, Otto a. a. O., S. 127–128
- 14 Zur Rolle Kettlers siehe Feng Djen-djang: The Diplomatic Relation between China and Germany since 1898. Shanghai 1936, S. 103–106
- 15 Die große Politik der europäischen Kabinette a. a. O., Band 16, S. 73
- 16 Feng Djen-djang a. a. O., S. 128–129
- 17 Feng Djen-djang a. a. O., S. 156–160
- 18 Zum Leben und Wirken von Sun Yat-sen vgl. u. a. Tai Tschü-tao: Die geistigen Grundlagen des Sunyatsenismus. Berlin: Würfel-Verlag 1931; Kindermann, K. G. (Hrsg.): Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus. Freiburg: Verlag Rombach 1963
- 19 Feng Djen-djang a. a. O., S. 172–173
- 20 Feng Djen-djang a. a. O., S. 171f.
- 21 Ostasiatischer Verein Hamburg-Bremen e. V. Festschrift zum 60jährigen Bestehen. Hamburg 1960, S. 169–257
- 22 Deutscher Einfluß in China vor der chinesischen Kriegserklärung gegen Deutschland. In: Tung Fang Cha Chi (Zeitschrift des Orients) Band 14, Jahrgang 10, S. 163–169 (chinesisch)
- 23 Franke, Otto: Die deutsch-chinesische Hochschule in Tsing-Tau, ihre Vorgeschichte, ihre Einrichtungen, ihre Aufgaben. In: Ostasiatische Neubildung, Beiträge zum Verständnis der politischen und kulturellen Entwicklungsvorgänge im Fernen Osten; Hamburg 191, S. 20–21
- 24 Denkschrift zur Förderung des Deutschtums in China. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung Shanghai. 1913, S. 11
- 25 Griswald, W.: Far Eastern Policy of the United States. Yale University Press 1962, S. 179
- 26 Griswald a. a. O., S. 182
- 27 Shukow, J. M.: Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten (1870–1954). Berlin 1955, S. 182
- 28 Fu Chi-hsieh: Die Geschichte der chinesischen Diplomatie. Taipeh 1957, S. 219 (chinesisch)
- 29 Sun Yat-sen: Die Existenzfrage Chinas. Zweiter Nachdruck 1950, Taipeh, S. 10 (chinesisch)
- 30 Li Chien-lung: The Political Story of China 1840–1928. Princeton University Press 1964, S. 496
- 31 Den Text siehe bei Pollard, Robert T.: China's Foreign Policy 1917–1931. New York 1933, S. 35
- 32 Preliminary Peace Conference. Protokoll Nr. 2 in: Senat Documents, Vol. 10, S. 294; Weltwirtschaftliches Archiv, 17. Band 1921/22, S. 267
- 33 Mao Tse-tung: Über die neue Demokratie. Ausgewählte Werke Mao Tse-tungs, Band 2, Peking 1952, S. 671; Zur Bewegung des 4. Mai vgl. u. a. Franke, Wolfgang: Chinas kulturelle Revolution. Die Bewegung vom 4. Mai 1919, München, Oldenbourg 1957
- 34 Notenwechsel zwischen den deutschen Bevollmächtigten und dem chinesischen Bevollmächtigten und dem chinesischen Außenminister vom 20. Mai 1921. Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1921, S. 830–837
- 35 Tschiang Kai-schek: Sowjetrußland in China, Bonn, Athenäum Verlag 1959, S. 38ff.
- 36 Sun Yat-sen: Die Existenzfrage Chinas. In: Kindermann a. a. O., S. 130–135
- 37 Bericht des Generalkonsulats in Shanghai vom 19. August 1927. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, IV China Nr. 2220
- 38 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, IV China Nr. 1930
- 39 Fass, Josef: Sun Yat-sen in Germany 1921–1924. In: Papers of 19th International Congress of Chinese Studies. Ostasien-Institut der Ruhr-Universität, Sektion Geschichte Chinas. 1968, S. 137–153
- 40 Zur Rolle der Militärberater vgl. u. a. Bloch, K.: German Interests in Policy in the Far East. New York 1939, S. 14ff., Denkschrift der Reichsregierung an den Reichstag zur Begründung des neuen Gesetzes über Waffenhandel mit China. In: Ostasiatische Rundschau, Vol. 9, Nr. 8 vom 16. 4. 1928, S. 202; Liu, F. F.: A Military History of Modern China 1924–1949. Princeton 1956
- 41 Heinzig, Dieter: The Otto Braun Memoirs and Mao's Rise to Power. In: The China Quarterly. Nr. 46, April/Juni 1971, S. 274–288
- 42 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik. Göttingen, Vandenhoeck und Rupprecht. Band I, Nr. 594
- 43 Zur Rolle Deutschlands als Vermittler zwischen Japan und China vgl. im einzelnen: Yu-hsi Nieh. Die Entwicklung des chinesisch-japanischen Konfliktes in Nordchina und die deutschen Vermittlungsbemühungen 1937–1938. Mitteilungen des Institutes für Asienkunde Hamburg Nr. 33 (1970)
- 44 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik a. a. O., Band I, Nr. 596
- 45 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik a. a. O., Band I, Nr. 593, 597
- 46 Vgl. dazu den Bericht eines Beteiligten: Schenke, Wolf: Mit China allein. Hamburg: Holsten-Verlag. 1971
- 47 Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führer-

- hauptquartier 1941/42. Stuttgart. Sewald-Verlag 1963, S. 282
- 48 Ostasien im Luftverkehr. In: Ostasiatische Rundschau. Vol. 15 (1934), Okt./Nov., S. 489ff.
- 49 Am 18. Oktober 1949
- 50 Vgl. Bechtholdt, Heinrich: The Federal Republic of Germany and China – Problems of Trade and Diplomathy. In: Halperin, A. N. (Hrsg.): Policies Toward China – Views from Six Continents. New York: McGraw-Hill 1965, S. 81
- 51 Den Text des Vertrages siehe: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten. Band 5, Sozialistische Staaten. Schriftenreihe des Instituts für Asienkunde Hamburg. Wiesbaden, Verlag Harrassowitz
- 52 Wandel, Paul, in: Einheit (Theoretisches Organ der SED) 1959, Nr. 10, zit. nach SBZ-Archiv (Köln) 1964, Nr. 16, S. 251
- 53 Floyd, David: Die feindlichen Genossen. München 1964, S. 294
- 54 Neues Deutschland (Ost-Berlin) 29. 9. 1959, zit. nach SBZ-Archiv 1964, Nr. 16, S. 250
- 55 Ulbricht, Walter: Wir können den Krieg verhindern. Neues Deutschland, 23. 6. 1960, sowie eine Rede Kurt Hagers, die von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 28. 8. 1963 wiedergegeben wurde
- 56 Neues Deutschland 16., 17., 24. 1. 1963; Jen-min Jih-pao 27. 1. 1963
- 57 Kurt Hager, Frankfurter Allgemeine Zeitung 28. 8. 1963
- 58 Ebenda
- 59 Osten, Walter: Moskau – Peking und die SED. Osteuropa 1964, Nr. 6, S. 452
- 60 Dieser Vorwurf wurde von Peking erstmals anlässlich der Unterzeichnung des Atomteststopp-Abkommens erhoben. Vgl. Spittmann, Ilse: Gibt es eine chinesische Fraktion in der SED? SBZ-Archiv 1964, Nr. 14, S. 252
- 61 Neues Deutschland 15. 4. 1964, S. 1
- 62 Vgl. dazu die Berichterstattung über die chinesische Innenpolitik in der DDR-Presse, insbesondere im Neuen Deutschland
- 63 SBZ-Archiv 1966, Nr. 9, S. 25
- 64 Neues Deutschland 31. 8. 1966, S. 7
- 65 Neues Deutschland 2. 6. 1967, S. 7
- 66 Reinhardt, Helmut: Die DDR und China. Deutschland-Archiv (Köln) 1969, Nr. 6, S. 671–676
- 67 Ebenda sowie SBZ-Archiv 1966, Nr. 9, S. 257
- 68 Vgl. u. a. Neues Deutschland 8., 16., 23. 3. 1969
- 69 Vgl. dazu das Neue Deutschland im entsprechenden Zeitraum
- 70 Neues Deutschland 22. 9. 1970
- 71 Neues Deutschland 26. 7. 1972, S. 2
- 72 Vgl. u. a.: Das China-Geschäft und die Besonderheiten des Zahlungsverkehrs. In: Boettcher, Erik: Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten. Stuttgart, Kohlhammer 1971, S. 135ff.
- 73 Frankfurter Allgemeine Zeitung 21. 6. 1954
- 74 Grossmann, Bernhard: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China. In: Boettcher a. a. O., S. 122ff.
- 75 Adenauer, Konrad: Erinnerungen Band 2, SS. 451
- 76 Ebenda S. 528
- 77 Ebenda S. 243
- 78 Ebenda S. 63
- 79 Akten des Bundespresseamtes, Aktenzeichen 273/13B–1–1, nach Majonica, Ernst: Bonn-Peking. Stuttgart, Kohlhammer 1971, S. 64
- 80 Majonica a. a. O., S. 66
- 81 Majonica a. a. O., S. 90ff.
- 82 Ebenda
- 83 Majonica a. a. O., S. 94–97
- 84 Majonica a. a. O., S. 90–112
- 85 Majonica a. a. O., S. 110
- 86 Neues Deutschland 13. 2. 1964
- 87 Jen-min Jih-pao 10. 11. 1965 zit. nach Gittings, John: Tactics of the Disputes until Chrouschtschows Resignation. In: The Sino-Sowiet Dispute. London 1969, S. 233
- 88 Peking Rundschau 1965, Nr. 42, 15. 10. 1965, S. 6
- 89 Majonica a. a. O., S. 125ff., 190ff.
- 90 New York Herald Tribune 27. 7. 1966, Majonica a. a. O., S. 130
- 91 Vgl. dazu im Einzelnen: Fabritzek, Uwe G.: Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt. Internationales Asienforum (München) 1971, Nr. 3
- 92 Frankfurter Allgemeine Zeitung 12. 5. 1967
- 93 Anmerkungen zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag. Jen-min Jih-pao 13. 9. 1970, Peking Rundschau 1970, Nr. 38, 22. 9. 1970
- 94 Albanien propagiert seither mit Nachdruck die Ablehnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz und kritisiert die sowjetische Europapolitik, wo sich auch nur ein Anlaß bietet; vgl. u. a. ATA 3. 3. 1971, Radio Tirana 20. 4. 1971, ATA 24., 28. 8. 1971, Zeri i Populit 5. 1. 1972
- 95 Vgl. i. E.: Fabritzek, Uwe G.: Peking in der UNO. Internationales Asienforum 1972, Nr. 1
- 96 Süddeutsche Zeitung 27. 10. 1971, Der Spiegel (Hamburg) 1972, Nr. 3, 10. 1. 1972, S. 19ff.
- 97 Süddeutsche Zeitung 17. 1. 1972
- 98 Vgl. u. a. Süddeutsche Zeitung 28. 2. 1972, Frankfurter Allgemeine Zeitung 11. 3. 1972
- 99 Zur Reise Schröders vgl. u. a. Hsinhua, Daily Bulletin (London) 19.–28. 7. 1972, Frankfurter Allgemeine Zeitung 20. 7. 1972, Neue Zürcher Zeitung 22. 7. 1972



- 100 Hsinhua, Daily Bulletin Nr. 5330, 30. 9. 1972  
 101 Hsinhua, Daily Bulletin Nr. 5343, 13. 10. 1972  
 102 Neue Zürcher Zeitung 18. 10. 1972

Kwang Hsin, Shanghai

## GETTING TO WORK IN CHINA'S BIGGEST CITY

Almost two dozen round-the-clock bus lines ensure that Shanghai workers can get to their jobs quickly at any time of the day or night. There is rapid transit service during rush hours on some lines and special buses carry workers at the end of shifts in suburban factories. A monthly bus pass is partially subsidized by the holder's factory or office. The workers' monthly payment of bus fare is very small.

These special services are provided by the Shanghai Transport Company in line with Chairman Mao's teaching: "Serve the people wholeheartedly".

Drivers, conductors and other transport workers go to factories, government offices, schools, army units and people's communes on the outskirts to check on the service provided by 140 bus routes for the city's 7 million inhabitants. These cover 3370 kilometres in and around the city, ten times the 1949 figure.

In the days of the Kuomintang, Shanghai was a colonial and semi-colonial city of foreign concessions. The location of the concessions occupied by different foreign powers in various parts of the city made the bus routes disconnected. Moreover, the 50,000 passengers were jammed into rickety vehicles that ran to the imperialist-controlled and bureaucrat-comprador business areas.

The People's Government, when Shanghai returned to the hands of the working people at the time of liberation, drew up overall plans to reorganize and expand transport to keep pace with industry, agriculture, commerce and education and culture.

A transport network now covers industrial areas, residential sections and the downtown shopping and cultural centres. Communes on the outskirts are also linked up. Peasants in Chiating county, 34 kilometres northwest of the city proper, used to take a whole day to get to town. Now a bus from the county seat brings them in in an hour. The big new industrial district of Minhang, 32 kilometres from Shanghai proper, now has five bus lines shuttling back and forth.

Safety is the watchword of the drivers. A trolley bus service on the busiest downtown section carries an average of over 400,000 passengers a day. It has chalked up 30 million accident-free kilometres. One bus driver on another route has gone 900,000 kilometres without any accident since 1949.

Cheng Chi-wen, Peking  
PEKING'S STREET CLEANERS

They Protect Health  
of 4 Million Residents  
and Turn Waste into Wealth

At 9 o'clock in the evening a 4-ton municipal sanitation department refuse collection truck halts at Erhlung Road in western Peking. Four sturdy men wait there, shovel in hand, to move the garbage collection of 24 streets and lanes covering a distance of 9 kilometres. Once loaded, the truck travels several kilometres to the manure yard at the Szechiching (evergreen) People's Commune. It does this six times every evening before the job is done. The driver and collectors have their shower before going to bed at 3 o'clock the next morning.

Peking's 5000 street cleaners every night clear away 2700 tons of refuse from the city's 4 million residents and bring the waste to 20 collection points in suburban communes. There the vegetable, paper, dust and other organic substances are sealed with a coat of mud and after 60 days of fermentation become organic fertilizer. These points produce 1.5 million tons a year.

A Peking resident said of these least seen but respected workers: "They work while others are sleeping. They take that others have thrown away. They turn waste into wealth."

The Peking municipality spends 10 million yuan every year on keeping the city spick and span. It has 600 motor trucks including liquid refuse tank trucks, road sprinklers, dust sweepers, snow ploughs and 3-wheel motor lorries for use in narrow lanes, in addition to solid refuse collection trucks.

Receptacles for waste materials are placed in every household and between 6 p. m. and 9 p. m. residents put the garbage out for collection.

Pre-liberation Peking was squalid. Tien An Men Square in the heart of the city was a refuse tip. Moats were clogged and garbage was dumped on vacant land and never collected. Streets were littered. Street cleaners were considered the dregs of society, as worthless as the rubbish they collected. No woman ever wanted to marry a "stinking" street cleaner.

With the birth of New China in 1949, a new spirit and pride filled the people. Shortly after Peking's liberation, the street cleaners were joined by the People's Liberation Army men, factory workers and city residents in a 90-day campaign that brought the removal of 200,000 tons of refuse, some of which dated back 300 years to the

Ming dynasty.

In 1952 Chairman Mao called on the whole nation to "get mobilized, pay attention to hygiene, reduce disease, improve health conditions...". The mass drive for public health has been carried forward ever since.

A leading member of the Sanitation Department of the Public Utility Bureau of Peking attributes the improved sanitary conditions in Peking to the efforts of the people. "Neighbourhood committees supervise sanitation in lanes and alleys", he said "housewives and children sweep homes and courtyards. Shop assistants take care of sidewalks. Pedestrians have formed the habit of dropping fruit skins and waste paper into dust-bins. This is the root cause for Peking's cleanliness. Without the support and co-operation of these people, we sanitation workers could not do the job."

The life of the street cleaners has improved markedly. A refuse collection cart puller in pre-liberation Peking and a road sprinkling truck driver now, Li Cheng-li, 43, describes life then and now as "hell and heaven". Now he earns 90 yuan a month, receives free medical care and is provided with a suit of work clothes every 2 years, a cotton-padded overcoat in winter, masks, gloves, rubber boots, sun glasses, goggles, a raincoat and a regular supply of soap and towels, all free of charge, for his work. A canteen and bath house are open round-the-clock to serve the sanitation workers. A former illiterate, Li Cheng-li is now a newspaper and magazine reader. Many former street cleaners have become government functionaries.

Yi Wen and Hu Hsin, Hupeh  
**VISIT TO  
 CENTRAL SOUTH CHINA  
 BLACK TEA CENTRE**

Top quality black tea has been reaching world markets from mountainous Yitu County in western Hupeh Province, central south China, for over a hundred years. Its "Green Mountain Stream" and "Bright Moon" were the famous brands as far back as the Tang dynasty (618-907).

The Hsiangyang people's commune is one of the tea-growing centres in the country. It has 1,260 hectares of farmland and a population of 16,000 working in 11 production brigades. The land is fertile, the climate temperate and rainy. Rice and tea have been major crops for several thousand years. Before liberation, large tracts of land and almost all the plantations were in the hands of a dozen families of big landlords who ruthlessly oppressed and exploited the tea-growers. The tea-growers started a new life after liberation under the leadership of Chairman Mao and the Communist Party of China. They got organized and embarked on the socialist road. Output of both grain and tea has grown rapidly. The commune's total grain output is double that before liberation, and per hectare yield reached 6.5 tons.

The commune's tea plantations have increased nearly sixfold and tea output elevenfold, compared with the early post-liberation days. There are now seven tea processing workshops with 18 new processing machines. The equipment improved working conditions and the quality of the tea.

The Hungliang production brigade, an advanced unit of the commune, now plants tea shrubs on terraced fields instead of on sloping land. This has enlarged the total acreage, conserved water and soil and made field work and tea picking more convenient. The peasants weed and loosen the soil, trim the branches, add new soil trim the branches, add new soil and apply manure every year so that the tea shrubs grow well and output constantly increases. The highest record is 3.6 tons per hectare.

In the past, tea picking was done twice a year. Both old and tender leaves were stripped, which interfered with growth. Now picking is done six times in spring, four in summer and three in autumn. The germination rate has doubled and quality improved.

Tea was hand-processed before liberation. Today, withering, rolling and drying are all done by machine. Some of the machines were created by the workers.

A new page has been turned in the life of tea growers.

The old folks' home in the commune is a modern brick house with fourteen rooms, a pond in front and shady trees at the back. A dozen cheerful old people live there. They say: "Life was misery itself before liberation. We sweated all year round for the landlords but still never had enough to eat. After liberation the Communist Party and government have taken good care of us. The commune provides us with food, clothing and a pension. We can hear the radio and read newspapers. Every festival the government sends people to visit us to see how we are getting along."

Not far away is the commune clinic. It has 20 beds and eleven medical workers. Combining western and traditional Chinese medicine and applying the new acupuncture method, they can handle most routine cases. The commune now has a cooperative medical system which provided almost free medical care for the commune members. They pay a very small sum once a year. Every production brigade has a health centre, with a total staff of more than 50 "barefoot doctors". Schistosomiasis, once rampant in certain villages, has been brought under control. The health standards of the people are improving.



Angehörige der Hsiangyang-Volkskommune beim Teepflücken

Hung Ying, Peking  
**CHINESE WOMEN ACHIEVE  
ECONOMIC INDEPENDANCE**

Women workers with babies wrapped in capes, or leading children heavily clad against the cold of a February morning, began to arrive at a Peking neighbourhood factory around 7:30. Depositing their cargoes at a nursery outside, they went into the Number One Transistor Equipment Factory.

In the nursery the older children were seated around small tables, munching meat pies and washing them down with soup. Outside, an amplifier carried music and "One, Two, Three, Four"; the women workers were doing their morning exercises in the factory to begin the day's work.

Like most neighbourhood factories in China, this transistor equipment factory is located amid homes. Most of the workers are former housewives; the factory is located at their very door-steps. Working mothers are given time off to nurse their babies twice a day during work hours.

The factory was started by some housewives and other people in 1958 when an upsurge took place in China's socialist construction. Inspired by the Party's call for each and every one to lend a hand in adding bricks and tiles in building the mansion of socialism, these women put up a workshop in a ramshackle shed with the encouragement of their neighbourhood committee. They started by making steelyards and repairing weighing machines. As production expanded, the factory grew and now is housed in several buildings. It turns out automatically-controlled diffusion furnaces used for the transistor industry, glassed-in work-tables and other sophisticated equipment. The factory has built its first electro-cardiograph machines for hospital use. It has now a labour force of 360. Seventy per cent are women. Six of the nine people in the factory's revolutionary committee are women.

The factory is a symbol of self-reliance. Many of the machines used were built by the workers themselves.

The workforce was trained on the job. Heading one of the workshops is a 33-year-old woman named Wang Chin-tsai, a former housewife and a mother of three children. She was a peasant before she came to Peking to live with her husband, a lathe operator in a pump factory on the city's outskirts. Her youngest child is in the factory nursery, a stone's throw from her house, and his mother takes him home at the end of her 8-hour work shift.

The child is provided with three wholesome meals a day in the nursery. Half of the day-care fee is borne by the factory. The remainder plus food costs the mother only nine yuan and comes to around eight per cent of the family's total monthly income.

Wang Chin-tsai's two older children attend a nearby primary school, and they come to have their noon meals with mother at the factory canteen.

Her two younger children were taken care of by the nursery during the day when they were infants so the mother could work. She put each child into the day nursery after an 8-week paid maternity leave. "The nursery has taken a good part of the burden of child-care off my shoulders, giving me time to concentrate on my work and study", said Wang Chin-tsai.

She started working in the transistor equipment factory in 1964 soon after the birth of her second child. In 1965 teachers and students of Tsinghua University worked out the blueprint for a diffusion furnace, and trial-production was assigned to this neighbourhood factory. The university trained many of the workers, including Wang Chin-tsai. She kept the baby in the nursery while she was away at the university during the day. With only two years of schooling, she found it hard at first to learn. Studying diligently, she was able to read blueprints and acquired the necessary technique at the end of a two-month training period.

Aided by university students and professors, the workers built the diffusion furnace.

Today Wang Chin-tsai heads a workshop that tests and adjusts these furnaces. She is given half a day off every week to attend a technical class in her factory. After coming home in the evening, her husband helps her with the mathematic lessons and they study Chairman Mao's philosophical writings together. Both share the household chores when they are off on Sunday, and they occasionally take the children to the cinema.

The socialist system has opened up vast job opportunities for Chinese women. In some major cities, the majority of women under 45 work in government offices, modern state-owned factories, service trades or neighbourhood factories like the one in which Wang Chin-tsai works. This puts them on an equal footing economically with their husbands and enables them to contribute to building socialism in China.

Wen Ti, Peking

## PUPPET SHOWS REVIVED IN CHINA

The curtain rises over a warm sun-lit sea. A sampan comes bobbing over the waves, rowed by an old man wearing a silvery goatee. On board a young woman and a boy sun a fishing net and a teen-aged girl scans the horizon.

"It's Viet Nam", members of the audience murmur.

This drama, "Young Guerillas of Viet Nam", depicting the will and heroism of this southeastern Asian nation in winning the war against U. S. imperialist aggression, is one of the plays presented by the Peking Puppet Company.

The occupants of the boat then take out their rifles and fire away at a jet fighter that zooms past. Set ablaze, it ejects a parachute with a man dangling from it. The pilot is dragged on board and stuffed into the hold of the boat carrying arms to the Vietnamese guerillas.

Artists of the Peking Puppet Company said that the gallant feats of the Vietnamese people in their long War of Resistance Against U. S. Aggression and For National Salvation moved them to create this play to educate the younger generation in China. They studied material on the war exploits of the Vietnamese people and received valuable assistance from Vietnamese friends in Peking.

Another play put on by the company is an "orchestra" in which a dozen puppets, moving their fingers and wrists, perform like real musicians on the violin, flute and other instruments. Other new items include "I Like Peking's Tienanmen", a song and dance, and "There's a Golden Sun in Peking", a Tibetan children dance — both depicting the love of Chinese youngsters for Chairman Maó and socialism.

Formerly puppet shows were considered a low form of art not to be staged in good theatre halls. The plays of the Peking Puppet Company have now been filmed and shown and televised to millions in China.

The puppets used by the company are mounted on sticks with their arms attached to wires and manipulated by artists behind a curtain under the stage. Previously one wire controlled the puppet's head and two other wires its arms. This made it possible to perform certain conventional motions from traditional dramas such as lifting the skirts of a robe, waving its long sleeves, straightening a cap or stroking a board. But this simple wiring was inadequate in portraying the heroes of the socialist era. The artists have now given the puppets movable hands with movable fingers, enabling them to



Sehr lebensecht sind die Darbietungen der Pekinger Puppenspieltruppe

stretch out or withdraw their hands, clench their fists and pick up tools. A mechanism in the heads of the puppets enables them to roll or close their eyes, open their mouths or turn their heads.

Puppetry in China has a history of over 2000 years. But in the past the exploiting classes looked down on this art created by the labouring people, and puppet artists had a hard time touring small towns and villages. As a result the art failed to develop.

This popular traditional art has been revived since liberation. Puppet companies were set up and new puppet artists trained.

To carry forward the fine traditional art of Chinese puppetry, members of the Peking Puppet Company toured many cities to learn from other puppet companies and went to many parts of the country to learn from veteran folk artists. They even tried to glean what knowledge they could of the art of late renowned artists from their offspring.

During the Great Proletarian Cultural Revolution members of the Peking Puppet Company went to factories and villages to live and work with the labouring people. They gained a deeper understanding of Chairman Mao's revolutionary line in literature and art, and on this basis they have made bold innovations in their art. They no longer perform feudal plays about ancient emperors, princes, generals and ministers. Instead they are using the puppet show, a creation by the common folk, to depict the working people and their heroes of today, thus giving the art fresh vitality.

GESPRÄCH MIT GUDRUN PLATTNER

Gudrun Plattner ist in Österreich, nachdem sie im vergangenen Jahr aus China zurückgekehrt war, durch verschiedene Presseorgane sowie vom Fernsehen vorgestellt worden. Im Alter von drei Jahren wurde sie von ihrer Mutter, die in London einen angehenden chinesischen Ingenieur geheiratet hatte, aus ihrer Tiroler Bergheimat zum Stiefvater nach Shenyang, ehemals Mukden, in Nordostchina mitgenommen. Dort wuchs sie auf, besuchte Kindergarten und Schule und arbeitete nach der Matura einige Jahre in einer Textilfabrik.

Gesprächspartnerin von Frl. Plattner ist Frau Else Unterrieder, wissenschaftliche Referentin beim Österreichischen China-Forschungsinstitut, die in den Jahren 1955–1959 an der Peking-Universität chinesische Sprache und Literatur studierte.

Frl. Plattner, Sie waren im Vergleich zu mir sehr lange in China. Ich denke sehr gern an meinen Aufenthalt in diesem Lande zurück, in dem ich als Studentin Gast war. Sie hingegen sind dort aufgewachsen und es liegt daher nahe, Sie zu fragen, ob Sie sich in China heimisch gefühlt haben.

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Heimisch gefühlt habe ich mich in meiner Familie: bei meiner Mutter, dem Stiefvater und den Brüdern. Das Verhältnis innerhalb der Familie war das denkbar beste.

Aber bereits im Kindergarten wurde ich von der Umwelt immer als etwas Fremdartiges betrachtet und mit zunehmenden Alter wurde mir der Unterschied zwischen mir und meiner Umgebung immer deutlicher. Mir wurde dies so schmerzlich bewußt, daß ich manchmal nicht aus dem Haus gehen wollte und – um weniger aufzufallen – den in der kalten Jahreszeit in Nordchina besonders verbreiteten Mundschutz solange wie nur möglich trug. In Peking wäre dies sicher nicht nötig gewesen, dort ist man an Ausländer gewöhnt, aber in Shenyang gab es und gibt es kaum Ausländer.

Allerdings muß ich wohl auch eine subjektive Überempfindlichkeit meinerseits eingestehen – einen etwas robusteren Menschen, als ich es bin, hätte diese Situation sicher weit weniger belastet.

Ich hatte natürlich zwei, drei gute Freunde, mit denen ich mich über vieles unterhalten konnte, darüber hinaus bestand ein gutes Verhältnis zu allen, die mich kannten – aber vieles, das mich bewegte, konnte ich nicht aussprechen. Wie übrigens auch die Chinesen selbst viel verschlossener sind als vergleichsweise die Europäer.

Frl. Plattner, Sie haben bislang ausschließlich chinesische Bildungsstätten besucht. Würden Sie



Foto: Gudrun Plattner mit Mitschülerinnen in Shenyang

bitte unseren Lesern erläutern, in welchem Alter man in China mit dem Erlernen der Schriftzeichen beginnt und welcher Zeit es bedarf, um einigermaßen perfekt zu sein. In welchem Verhältnis werden in der Schule Sprachunterricht und andere Fächer, beispielsweise die naturwissenschaftlichen, gelehrt?

Die Kinder erlernen im Vorschulalter, d. h. im Kindergarten, schon einige wenige Schriftzeichen. Sie kommen also mit einer gewissen Schreibfertigkeit ausgerüstet im Alter von sieben Jahren in die Schule. In den ersten der sechs Grundschuljahre stehen täglich zwei Stunden Chinesisch-Unterricht auf dem Stundenplan. Daneben noch Rechnen sowie je einmal in der Woche Singen und Zeichnen und zweimal Turnen. In der 5. Klasse beginnt der naturwissenschaftliche Unterricht, noch sehr allgemein, ein bis zwei Stunden pro Woche.

Bei Abschluß der Grundschule sind die Schüler noch nicht in der Lage, selbständig Romane oder Zeitungen zu lesen. Das ist erst nach Abschluß der ebenfalls sechsjährigen Mittelschule der Fall. Man kann annehmen, daß ein Schüler dann ca. 5.000 Schriftzeichen beherrscht. Dies ist allerdings fallweise verschieden: Schüler, die sehr viel lesen, beherrschen noch wesentlich mehr Zeichen. Um ungefähre Vergleichszahlen zu bringen: Ein junger Bauer, d. h. ein Bauer, der im neuen China die Schule besucht hat – die alten Bauern sind oft noch Analphabeten –, beherrscht 3.000 bis 4.000 Schriftzeichen, ein Gelehrter etwa 10.000.

Jedenfalls meine ich, daß die chinesischen Kinder durch die Notwendigkeit, die Schriftzeichen erlernen zu müssen, einen ca. dreijährigen Zeitverlust im Vergleich zu den Kindern anderer Länder haben.

Gibt es in China eine einheitliche, gesetzlich geregelte Schulpflicht?

Das Gesetz legt eine neunjährige Schulpflicht fest, d. h. die sechs Jahre der Grundschule sowie die drei Jahre Unterstufe der Mittelschule sind

Pflicht. In der Stadt wird diese normalerweise auch eingehalten, auf dem Lande noch nicht unbedingt. Dort verlassen die Kinder zum Teil nach der Grundschule den Unterricht und arbeiten in der Landwirtschaft mit. In jüngster Zeit aber wird, wie ich hörte, auch auf dem Lande der neunjährige Schulbesuch schon die Regel.

Frl. Plattner, als ich 1955 nach China kam, gab es eine alte phonetische Umschrift für die Schriftzeichen. Diese wurde nach einigen Jahren der Versuche offiziell durch eine lateinische Umschrift ersetzt. Damals herrschte z. T. die Ansicht, daß man die Schriftzeichen allmählich überhaupt durch diese Umschrift verdrängen könne. Ich halte dies für ausgesprochen schwierig, wenn nicht ganz unmöglich. Wie ist Ihre Meinung in dieser Frage?

Ich bin der gleichen Meinung. Kein Chinese glaubt meiner Ansicht nach an diese Möglichkeit. Abgesehen von den enormen Dialektunterschieden, die trotz langjähriger intensiver Bemühungen, die Hochsprache (die ihre Wurzeln im Pekinger Gebiet hat) zu verbreiten, noch immer so enorm sind, daß teilweise die Schriftzeichen die einzige Verständigungsmöglichkeit zwischen Nord und Süd, zwischen den einzelnen Provinzen und Gegenden darstellen, läuft diesem Vorhaben vor allem die Struktur der chinesischen Sprache zuwider. Es gibt wohl keine andere Sprache der Welt, die sich über tausende Jahre hinweg mit der Schrift zusammen entwickelt hat, deshalb ist auch keine Vergleichsmöglichkeit gegeben. Das chinesische Wort, genauer: die chinesische Silbe (im klassischen Chinesisch war dies identisch, seit der neueren Zeit entwickelt sich die chinesische Sprache zur Mehrsilbigkeit, überwiegend zur Zweisilbigkeit) ist immer an ein Schriftzeichen gebunden bzw. umgekehrt. Dadurch gibt es eine feststehende, recht begrenzte Silbenzahl. Das heißt, es ist unmöglich, Vokale und Konsonanten beliebig, außerhalb dieses vorgegebenen Silbenschemas, miteinander zu verbinden. Jedenfalls nicht auf schriftlichem Wege. Auf diese Weise gibt es viele gleichlautende einsilbige, teilweise auch gleichlautende zweisilbige Wörter, die allerdings zumindest durch verschiedenartige Betonung noch etwas variiert werden können. Und zwar ist diese Betonung anders als der Tonfall etwa in europäischen Sprachen zu begreifen: in diesen gibt es nur eine Satzmelodie, während im Chinesischen ein ganz bestimmter Ton – und zwar in der Peking-Sprache einer von 4 möglichen Tönen – zu jeder Silbe gehört. In der lateinischen Umschrift für die chinesische Sprache wird dies zwar auch mit ausgedrückt, aber gerade bei komplizierten Texten gibt es doch eine Vielzahl von Verwechslungsmöglichkeiten. Hingegen wird durch die Zeichen jeweils ein ganz bestimmter Begriff, unabhängig von seiner Aussprache, ausgedrückt. Verwechslungen sind

dabei ausgeschlossen. Meiner Meinung nach müßte, um eine generelle Latinisierung der Schrift durchführen zu können, die ganze chinesische Sprache umstrukturiert werden. Und das halte ich für unmöglich.

Hat man in China die Möglichkeit, seinen Beruf frei zu wählen? Würden Sie, bitte, in diesem Zusammenhang auch einiges zu den Studienmöglichkeiten sagen. Gibt es Stipendien?

Es gibt keine freie Berufswahl nach europäischen Vorstellungen. Die jungen Leute gehen nach Schulschluß zunächst zur Arbeit aufs Land, für ein bis zwei Jahre. Nach der Rückkehr wird ihnen von den staatlichen bzw. örtlichen Organen eine Arbeit zugewiesen. Besondere Begabungen werden allerdings gefördert, wie es auch möglich ist, im Prozeß der Arbeit den leitenden Funktionären (in China: „Kadern“) gegenüber Studienwünsche zu äußern. Falls die Brigade des Bewerbers mit dessen Arbeit und Gesamtverhalten zufrieden ist, wird sie den Antrag unterstützen. Ausgerüstet mit der Befürwortung seiner Arbeitskollegen muß sich der Bewerber sodann einer Prüfung beim Stadtschulrat unterziehen, die letztlich über seine Studienbefähigung entscheidet.

Jeder Student erhält ein Stipendium. Es ist natürlich nicht hoch, sichert dem Studenten aber seinen Lebensunterhalt.

Hat ein Student vor seiner Studienzeit aber schon länger als 5 Jahre gearbeitet, so erhält er von seinem Betrieb das volle Gehalt weiter. Der Betrieb hat ihn delegiert und erwartet, daß er nach seiner Ausbildung sein Wissen dem Betrieb wieder zur Verfügung stellt.

Frl. Plattner, es ist naheliegend, Sie nach dem Problem der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in China zu fragen. Verfassungsmäßig ist diese Gleichberechtigung garantiert, wie steht es damit in der Praxis? Werden Frauen auch zum Militärdienst einberufen?

In China sind fast alle arbeitsfähigen Frauen berufstätig und erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die Männer. Im Prinzip gibt es auch die gleichen Aufstiegschancen für Frau und Mann. Allerdings ist es wohl auch in China so wie hier, daß eine Frau im allgemeinen tüchtiger sein muß als ein Mann, um die gleiche Stelle einnehmen zu können. Auch in der Familie gibt es gewisse Unterschiede bzw. Nachteile für die Frau dadurch, daß nicht jeder Mann einen entsprechenden Anteil an der Hausarbeit erledigt. Im allgemeinen ist dies aber wohl der Fall und ich glaube, daß man in dieser Beziehung in China bereits einen Schritt weiter ist als hier.

Zum Militärdienst: Die allgemeine dreijährige

Militärdienstpflicht gilt auch für Frauen. In der Praxis kann aber infolge der Bevölkerungszahlen nur ein Teil der Männer der betreffenden Jahrgänge und ein noch kleinerer Teil der Frauen einberufen werden. Der Militärdienst ist sogar eine Art Auszeichnung: gibt es Mängel im Gesamtverhalten, besonders hinsichtlich der Arbeitsmoral, kommt ein Militärdienst nicht in Frage. Übrigens – Frauen werden nur zu Sanitätsdiensten, als Telefonistinnen u. ä. in die Armee aufgenommen.

Auf welche Weise erfolgt in China eine Eheschließung? Kommt es heute noch vor, daß Frauen verheiratet werden?

Nicht im alten Sinne. Früher waren Eheschließungen ausschließlich Familienangelegenheit, wobei die Eltern, eventuell auch die Großeltern Entscheidungen trafen, nicht aber die Partner selbst, die sich in den seltensten Fällen kannten. Auch heute noch werden eine Reihe von Ehen durch die Eltern angebahnt, die zu diesem Zwecke einen Bekannten oder eine Bekannte als Vermittler einschalten. Wenn die jungen Leute – was natürlich auch vorkommt – sich bei der Arbeit kennenlernen und heiraten wollen, suchen sie sich ebenfalls einen solchen Vermittler. Eine eindeutige Übersetzung dieses Wortes ist übrigens nicht möglich (im Chinesischen: Jieshao-ren). Diese Person gibt dann beiden Familien die Heiratsabsichten des Sohnes bzw. der Tochter bekannt und hilft auch, wenn es dabei oder während der Verlobungszeit zu Unstimmigkeiten kommt.

Die jungen Leute gehen auch zu der Leitung ihres Betriebes bzw. ihrer Betriebe, die ihnen, wenn sie das notwendige Alter erreicht haben, eine Bescheinigung über ihre Verlobung ausstellt. Damit gehen sie dann gemeinsam zur Kommune, genauer: zum dortigen Ausweisbüro der Polizei, dort wird die Verlobung und – nach einer vom Brautpaar oder den Eltern festgesetzte Verlobungszeit – die Eheschließung eingetragen. Diese Eintragung ersetzt den Trauungsakt. Zur Hochzeit, die in der Familie gefeiert wird, ist auch der Vermittler geladen und fungiert in manchen Fällen als eine Art Zeremonienmeister.

In beiden Fällen der Eheanbahnung, öfter allerdings bei der von den Eltern gestifteten Ehe, kann es vorkommen, daß das Paar sich nach der Hochzeit nicht versteht und sich nach einer gewissen Zeit wieder scheiden läßt. Ich kenne auch einige Fälle, bei denen junge Ehen an der Schwiegermutter scheiterten.

Spielt denn die Schwiegermutter noch immer eine so gewichtige Rolle? In der Zeit, als ich in China war, also vor 10, 15 Jahren, bemühte man sich sehr, die dominierende Rolle der Mutter des Mannes innerhalb der Familie abzubauen bzw.

diese umzuerziehen, und in der neuen Literatur konnte man verschiedentlich von Beispielen einer geglückten „Umerziehung“ lesen.

Heute ist die Stellung der Mutter des Mannes tatsächlich nicht mehr mit der früheren Situation vergleichbar. Dennoch gibt es natürlich noch immer Schwiegermütter, die versuchen, die junge Frau zu gängeln und zu tyrannisieren. Früher mußte diese eine solche Behandlung geduldig ertragen. Heute wehrt sie sich und dann kommt es zum Bruch.

Könnte ein solcher Bruch nicht auch zwischen Mutter und Sohn statt zwischen den Eheleuten erfolgen?

Das ist wegen der schwierigen Wohnverhältnisse – das junge Paar wohnt praktisch in jedem Falle bei den Eltern des Mannes – kaum denkbar. Allerdings kommt es nicht sehr rasch zur Scheidung. Da muß der gleiche Weg, der vorher zur Ehe führte, praktisch wieder durchlaufen werden. Eine Scheidung kommt nur zustande, wenn beide Partner dies wünschen und wenn Vermittlungsversuche der Betriebsleitungen gescheitert sind. Diese Leitungen – nicht also staatliche Gerichte – stellen dann, nach einer entsprechend der unterschiedlichen Fälle verschieden langen Frist, wiederum eine Bescheinigung über die Scheidung aus. Übrigens greifen auch die Straßenkomitees vermittelnd und klärend ein. Dort beschäftigt man sich in einem solchen Falle insbesondere mit dem Verhalten der Schwiegermutter und versucht, eine Änderung ihrer Einstellung zu erreichen.

Sie haben ein wichtiges Stichwort gegeben: Straßenkomitee. Wie ist ein solches Komitee aufgebaut und welche Aufgaben hat es?

Straßenkomitees gibt es in den Städten und, wie der Name schon besagt, darin sind jeweils einige Straßenzüge eines Wohngebietes zusammengefaßt. Die Leitung besteht aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei, welche entweder in diesem Gebiet von den Einwohnern gewählt oder, falls sich niemand Geeignetes findet, von der übergeordneten Leitung delegiert werden und hauptamtlich arbeiten.

Diese Komitees kümmern sich um die Belange der Bewohner, organisieren eine Art Nachbarschaftshilfe, richten Kindergärten ein, um es den Frauen zu ermöglichen, einer Arbeit nachzugehen – nicht alle Kinder können in Betriebskindergärten untergebracht werden –, organisieren auch in zunehmenden Maße Arbeitsmöglichkeiten für die Frauen gleich im Wohngebiet, damit der lange Arbeitsweg entfällt und die Frauen mehr Zeit für ihre Familie haben. Die Komitees geben auch die Marken für die noch rationierten Konsumgüter (vorwiegend für Reis, Fleisch, Öl und Baumwollstoffe) aus



und sind für die Hygiene in diesem Gebiet verantwortlich. Bei einem gehäuften Auftreten ansteckender Krankheiten gibt die Leitung Hinweise, wie man sich zu verhalten hat und welche Medikamente am besten anzuwenden sind.

Diese Hinweise werden in Versammlungen gegeben, die zweimal wöchentlich stattfinden und zu denen von jeder Familie zumindest ein Vertreter entsendet wird. Vor allem aber wird dort eine politisch-ideologische Schulung durchgeführt, besonders für den Personenkreis, der eine solche Schulung nicht im Rahmen seiner Berufstätigkeit erfährt. In diesen Versammlungen wird stets zunächst über die internationale Lage und über die großen Statsangelegenheiten gesprochen. Danach kommen die Probleme des Wohngebietes bzw. einzelner Bewohner zur Sprache – zum Beispiel, wie schon erwähnt, Familienzwickigkeiten oder Erziehungsschwierigkeiten mit den Kindern. So ist es z. B. verboten, die Kinder zu schlagen. Sollten dies Eltern doch tun, dann könnte das im Straßenkomitee zur Sprache gebracht werden. Der Betreffende wird dann – anhand der Hinweise Mao Tse-tungs, die für alle Lebenslagen gelten – belehrt, daß sein Verhalten falsch ist und die Kinder nicht durch Schläge, sondern durch geduldige Überzeugung erzogen werden müssen.

Sie haben erwähnt, daß in manchen Fällen die Leitungen der Straßenkomitees von der übergeordneten Leitung delegiert werden – ich nehme an, von einer staatlichen Leitung. Sie haben auch in anderem Zusammenhange bereits den Begriff der Kommune angesprochen. Könnten Sie uns etwas über die Struktur des Staatsaufbaues, insbesondere über die Volkskommunen, erzählen?

Ja, die übergeordnete Leitung für die Straßenkomitees, die somit die unterste staatliche Leitungseinheit darstellen, ist die Volkskommune. Übergeordnet sind die (Stadt-)Gebietsverwaltung und die Stadtverwaltung bzw. in ländlichen Gebieten die Kreisverwaltung. Stadt- und Kreisverwaltung unterstehen den Provinzen und diese dann der gesamtstaatlichen Leitung.

Was die Volkskommunen betrifft, so ist zu beachten, daß deren Aufgaben – ob Stadt oder Land – doch sehr unterschiedlich sind. In der Stadt nehmen die Kommunen Verwaltungsfunktionen wahr (wie etwa in Österreich Bezirksämter und Gemeinden), und es wurde ja auch schon erwähnt, daß bei der Kommune bzw. dem dortigen Polizeibüro Eheschließungen eingetragen werden müssen. Jede Kommune ist für 20–30 Straßenkomitees verantwortlich.

Auch auf dem Lande hat die Kommune Verwaltungsfunktionen, aber ihre Hauptaufgabe ist doch die Organisation der landwirtschaftlichen Pro-

duktion. In jeder Kommune sind etwa 5–10 Dörfer zusammengeschlossen. Diesem Zusammenschluß liegt der Gedanke einer rationelleren Kooperation zugrunde. Die Kommunen leiten auch die Tätigkeit der örtlichen Versorgungsbetriebe: Reparaturwerkstätten, Tischlereien, Schneiderwerkstätten oder auch kleine Ziegeleien, Elektrostationen, Bewässerungsanlagen u. ä.

Gewöhnlich wird, wenn man sich über den Lebensstandard der Bevölkerung eines anderen Landes informieren will, nach den Durchschnittslöhnen gefragt. Eine Zahl wie etwa 60–70 Yuan sagt aber selbst dann noch nicht viel aus, wenn man die Umrechnungsquote (Schilling: Yuan = 11:1) kennt.

Ich möchte Sie deshalb bitten, etwas über andere Aspekte des Lebens – wie Mieten, Sozialleistungen, Arbeitszeit, Pension und Krankenversicherung – zu berichten.

Die Löhne sind tatsächlich niedrig – China hat schließlich die Ausgangspositionen eines Entwicklungslandes, das darf man nicht vergessen. Hervorzuheben sind auf der anderen Seite die extrem niedrigen Mieten, die weniger als 5% des Einkommens eines Verdieners ausmachen, in der Regel gibt es aber zwei Verdienner pro Familie.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, d. h. es gibt einen freien Tag in der Woche. Daneben sind die Feiertage frei. Urlaub gibt es keinen, da dies in China aus gesamtökonomischen Gründen noch nicht möglich ist.

Ärztliche Betreuung und Medikamente sind für Arbeiter und Angestellte unentgeltlich, für Familienangehörige trägt die eine Hälfte der Kosten der Arbeiter, die andere die Fabrik. Bei schweren Krankheitsfällen kann aber auch bei Familienangehörigen der Betrieb sämtliche Kosten übernehmen, vorausgesetzt, der Arbeiter weist entsprechende Leistungen auf.

Ist ein Arbeiter oder Angestellter krank, erhält er 6 Monate seine vollen Bezüge weiter, ab dann 60% des Gehalts bzw. 80% – für den Fall, daß er bereits länger als 8 Jahre arbeitet.

Die Bauern zahlen diese Leistungen selbst, aber unter Umständen kann auch hier die Kommune in langwierigen Fällen helfen, zumindest in Form eines Kredites.

Altersrenten gibt es bei Frauen ab 55, bei Männern ab 60 Jahren. Sie betragen ebenfalls 80% des früheren Gehaltes.

Was ist aus den früheren Unternehmern geworden? In den fünfziger Jahren war die staatliche Beteiligung an Privatunternehmen weitverbreitet, und die Unternehmer hatten nicht selten die Funk-

tion von Betriebsleitern inne. Wie leben die früheren Unternehmer heute? Gibt es noch Eigentum an Grund, Boden und Produktionsmitteln?

Es gibt kein Privateigentum an Grund, Boden und Produktionsmitteln mehr. Die Bauern haben zwar kleine Hausgärten, aber dort wird nur für den eigenen Bedarf etwas angebaut.

Was die früheren selbständigen Unternehmer betrifft, so haben sie vom Staat eine Abfindung für ihre Betriebe erhalten. Dieser Personenkreis ist zu meist schon recht alt und bezieht eine Pension, die im Verhältnis zu dem früheren Einkommen steht (80%). Daneben erhalten sie von ihrem ehemaligen Betrieb Zinsen, die ihnen durch die Kommune ausbezahlt werden.

Manche arbeiten auch noch, aber nicht in leitenden Funktionen. Allerdings richtet sich die Höhe ihres Lohnes dabei nicht nach der geleisteten Arbeit, sondern steht wiederum im gleichen prozentualen Verhältnis zu den früheren Bezügen.

Zwischen den Arbeitern und dieser Personenkategorie gibt es kaum persönliche Berührungspunkte.

Welches Image haben die Europäer, um nicht zu sagen: die Weißen in China?

Im allgemeinen ist man in China sehr freundenfreundlich, vor allem dann, wenn es sich sichtbar um Gäste handelt. Zu meiner besonderen Situation habe ich schon zu Beginn unseres Gesprächs etwas gesagt.

Sie fragen mich, wenn ich recht verstehe, nicht nach der staatlichen Haltung dem Ausland, besonders Österreich, gegenüber. Ich glaube, diese ist bekannt: die chinesische Regierung hat des öfteren betont, wie sehr sie gerade die kluge Neutralitätspolitik des kleinen Österreich schätzt und bewundert.

Im allgemeinen aber kennt man in China von Europa kaum mehr, als man etwa in Europa über Asien weiß. Man ist aber stets begierig, von ausländischen Gästen über deren Land, über das Leben der Menschen dort zu erfahren. Konkret in meinem Falle haben sich sehr viele, die hörten, daß ich Österreicherin bin, von da an für Österreich besonders interessiert und begierig jede Meldung in der Zeitung oder im Rundfunk verfolgt. Und diese Aufgeschlossenheit wird, bei den wachsenden Beziehungen Chinas zur Welt, sicher noch bedeutend zunehmen.

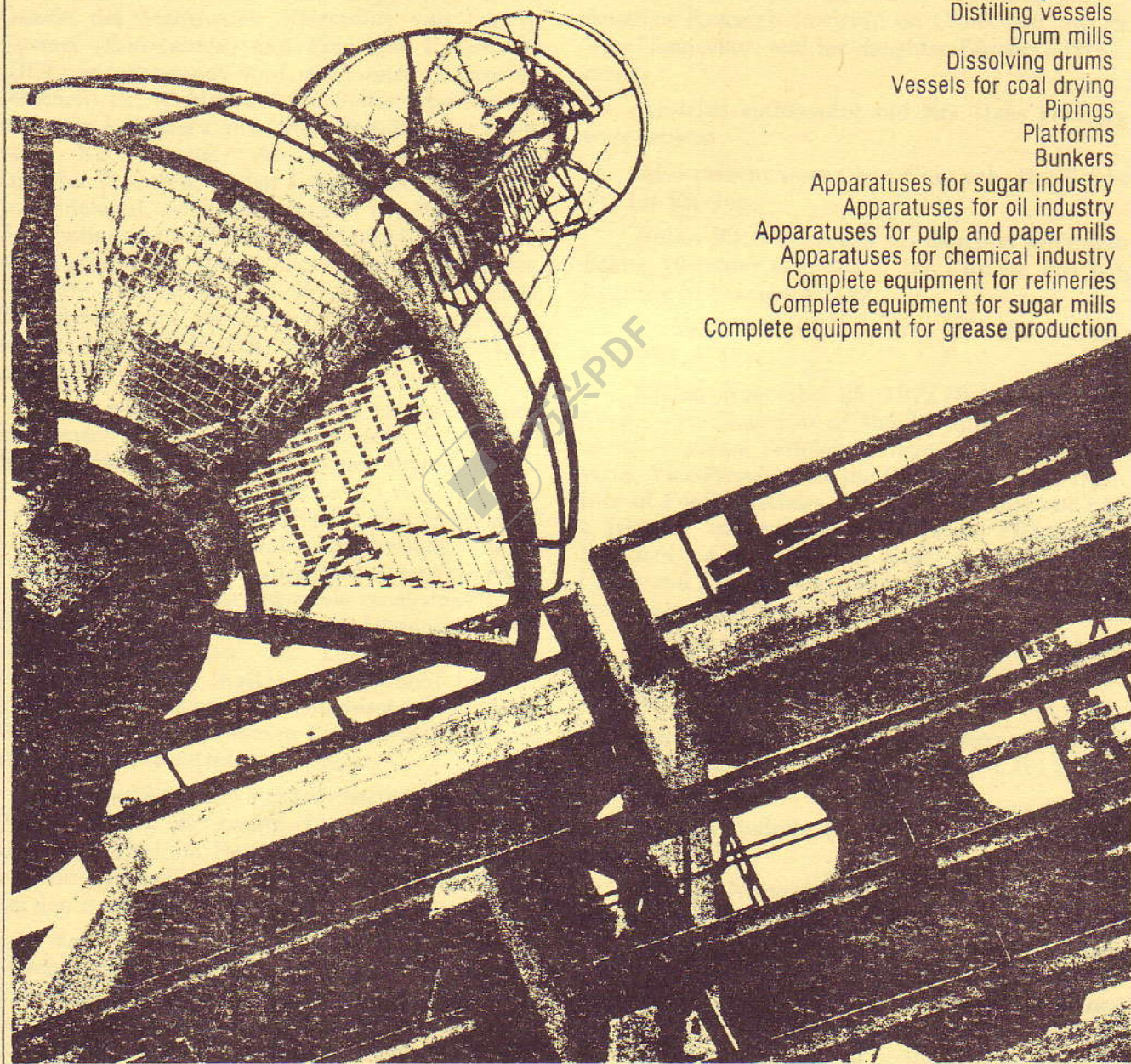
Frl. Plattner, wir haben in diesem Gespräch bewußt nicht Fragen der „großen Politik“ erörtert. Dennoch war dieses Gespräch, sind die Auskünfte, die Sie gegeben haben, sicher für unsere Leser aufschlußreich und ich danke Ihnen herzlich dafür.

## Manufacturing programme of the Apparatus Department

Columns and towers  
Ballast trays system Glitsch  
Bubble trays  
Sieve trays  
Heat exchangers  
Coolers  
Agitators  
Condensers  
Evaporators  
Boilers  
Vessels and drums  
Tanks  
Digesters  
Distilling vessels  
Drum mills  
Dissolving drums  
Vessels for coal drying  
Pipings  
Platforms  
Bunkers



Apparatuses for sugar industry  
Apparatuses for oil industry  
Apparatuses for pulp and paper mills  
Apparatuses for chemical industry  
Complete equipment for refineries  
Complete equipment for sugar mills  
Complete equipment for grease production



# SIMMERING - GRAZ - PAUKER · AUSTRIA

ZENTRALE: A-1071 WIEN, MARIAHILFER STRASSE 32

TELEFON 0 22 2/93 05 21

## CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

### 1. Fakten und Daten

7. Dezember 1972

Unter dem Ehrenschutz von Landeshauptmann Sima veranstaltet das Österreichische China-Forschungsinstitut (ÖCF) gemeinsam mit dem Europahaus Klagenfurt in der Woche vom 7.–13. Dezember eine China-Ausstellung.

Zur Eröffnung der Ausstellung, welche in der Galerie des Stadthauses Klagenfurt von Ing. A. Kastner (Europahaus) und Frau Else Unterrieder (ÖCF) vorgenommen wird, sind unter anderen erschienen: Dr. W. Mayrhofer, Zweiter Präsident des Kärntner Landtages, der Dritte Präsident des Landtages Hans Pawlik, die Landtagsabgeordneten Direktor Paulitsch, Stefan Knafl, E. Seitschnig und Josef Schantl, Bezirkshauptmann Dr. Marko, Landesschulinspektor Hofrat Dr. Arnold, Hofrat Dr. Mittergradnegger, Leiter des Landeskulturamtes, Frau Dr. Clementschitsch, Prof. Dr. Peter Heintl, Stv. Rektor der Hochschule für Bildungswissenschaft, Vertreter des ORF und der Kärntner Tageszeitungen.

Am letzten Ausstellungstag statten Landeshauptmann Sima und der chinesische Botschafter Wang Yueh-yi der Ausstellung einen Besuch ab.

Aus Paris kommend, trifft eine chinesische Tischtennismannschaft unter der Leitung von Fu Chao-lou zur Teilnahme an den 34. Internationalen Tischtennismeisterschaften sowie zu einem Besuch Österreichs in Innsbruck ein. Die Mannschaft wird vom Vizepräsidenten der Tiroler Tischtennis-Föderation, Walter Kaftan, am Bahnhof begrüßt. Zur Begrüßung ist auch der chinesische Botschafter Wang Yueh-yi, der in diesen Tagen dem Land Tirol einen Besuch abstattet, erschienen.

Im Verlaufe der Meisterschaften erringt das Team, übrigens die zweite chinesische Landesauswahl, die Titel im Herreneinzel, im Dameneinzel und im Herrendoppel sowie die Mannschaftssiege bei den Damen und Herren.

Nach Freundschaftsspielen in einigen österreichischen Städten verläßt die Mannschaft am 17. Dezember Wien und Österreich, verabschiedet vom Sekretär des Österreichischen Tischtennisverbandes, Franz Linhardt, sowie vom chinesischen Botschafter in Österreich.

22. November 1972

Vizekanzler a. D. DDr. Bruno Pittermann, Vorstandsvorsitzender des ÖCF, und seine Tochter, Frau Dr. Elisabeth Pittermann, treffen zu einem Besuch des Volksrepublik China in Peking ein.

Während ihres zweiwöchigen Aufenthaltes führen sie Gespräche mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, besichtigen historische Sehenswürdigkeiten des Landes, besuchen Industriebetriebe, eine landwirtschaftliche Kommune, Bildungsstätten und medizinische Einrichtungen.

Der Besuch in chinesischen Agenturmeldungen:

Hsinhua Bulletin (London) vom 23. November 1972, S. 12:

Peking, November 22, 1972 (Hsinhua) — Chou Pei-yuan, Vice-President of the Chinese People's Institute of Foreign Affairs, and his wife Wang Ti-cheng gave a banquet here this evening in honour of Bruno Pittermann, President of the Austrian Research Institute on China and former Vice Chancellor, and his daughter Elisabeth Pittermann.

Austrian ambassador and Mrs. Hans Thalberg were present.

Also present were Chou Chiu-yeh, Hu Shu-tu and Lie En-chiu.

Bruno Pittermann and his daughter arrived in Peking yesterday as guests of the Chinese People's Institute of Foreign Affairs.

Hsinhua Bulletin (London) vom 26. November 1972, S. 17:

Peking, November 25, 1972 (Hsinhua) — Kuo Mo-jo, Vice-Chairman of the Standing Committee of the National People's Congress, and Chou Pei-yuan, Vice-President of the Chinese People's Institute of Foreign Affairs, this afternoon met and had a friendly conversation with Bruno Pittermann, President of the Austrian Research Institute on China and former Vice Chancellor, and his daughter Elisabeth Pittermann.

Present at the meeting were Oswald Soukop, charge d'affaires ad interim of the Austrian Embassy in Peking, and his wife.

Also present were leading members of Chinese organizations, including Chou Chiu-yeh, Hu Shu-tu and Wang Ti-cheng (s. Foto).

Hsinhua Bulletin (London) vom 28. November 1972, S. 16:

Peking, November 27, 1972 (Hsinhua) — Bruno Pittermann, President of the Austrian Research Institute on China and former Vice Chancellor, and his daughter Elisabeth Pittermann left here by air today to visit southern China before going home. They are being accompanied by Chou Chiu-yeh, secretary-general of the Chinese People's Institute of Foreign Affairs.

They were seen off at the airport by Chou Pei-yuan, Vice-President of the Chinese People's Institute of Foreign Affairs, and his wife Wang Ti-cheng and leading members of organizations concerned, including Hu Shu-tu, Li En-chiu, Shih Lin-feng and Hsieh Chi-mei.

Yesterday evening Yu Chan, Chinese Vice-Foreign Minister, and his wife Tso Yi met and feted the Austrian guests. They had a friendly conversation.

1. Jänner 1973

In seiner Neujahrsansprache bezeichnet der österreichische Bundespräsident Franz Jonas, neben der fortschreitenden Entspannung zwischen Ost und West in Europa, die Überwindung der bisherigen Starrheit in den Beziehungen mit der Volksrepublik China als die bedeutungsvollste welt-politische Veränderung im Jahre 1972.

17. Jänner 1973

Im Kleinen Stadtsaal von Innsbruck eröffnen Landtagspräsident Bürgermeister DDr. Alois Lugger und der Vorstandsvorsitzende des ÖCF, Vizekanzler a. D. DDr. Bruno Pittermann, eine vom ÖCF veranstaltete China-Informationswoche, die unter dem Ehrenschutz von Landeshauptmann Ökonomierat Eduard Wallnöfer steht.

Neben einer Fotoausstellung über das heutige China stehen ein Vortrag von Vizekanzler a. D. DDr. Pittermann über „Die Volksrepublik China heute“, zwei chinesische Filmabende sowie ein Vortrag des Leiters des Wiener Akupunktur-Institutes, Dr. Johannes Bischko, über „Akupunktur in China und Österreich“ auf dem Programm. Zugleich mit der China-Informationswoche wird die Eröffnung einer Zweigstelle des ÖCF in Innsbruck bekanntgegeben.

Zur Eröffnungsveranstaltung sind unter anderen erschienen:

Botschaftsrat Sung und Botschaftssekretär Liu von der chinesischen Botschaft, Frau Elisabeth de Miribel, französischer Generalkonsul, Herr Charles Wrigley, britischer Konsul, Frau Else Unterrieder, wissenschaftliche Referentin des ÖCF, Herr A. R. Kopejtko, Leiter der Zweigstelle Innsbruck des ÖCF, die Vizebürgermeister von Innsbruck Direktor Arthur Haidl und Direktor Ferdinand Oberfeldner, Stadtrat Karl Hacke, Gemeinderat Dr. Friedrich Greiderer, Senatsrat Dr. Otto Reisinger, Leiter des Kulturamtes der Stadt Innsbruck, Professor Manfred Nayer, Professoren und Ärzte sowie Vertreter der Tiroler Tageszeitungen.

2. Jänner 1973

In Anwesenheit des chinesischen Botschafters Wang Yueh-yi, zahlreicher weiterer Vertreter des diplomatischen Korps sowie des öffentlichen Lebens Österreichs berichten Handelsminister Dr. Josef Staribacher und Vizekanzler a. D. DDr. Bruno Pittermann auf einer Vortragsveranstaltung des ÖCF über ihre Eindrücke von Wirtschaft und Politik Chinas, die sie während ihrer China-Reisen sammeln konnten (s. China-Chronik in diesem Heft und Heft 7/8).

Kommentar der chinesischen Nachrichten-agentur:

Hsinhua Bulletin (London) vom 28. Jänner 1973, S. 13:

Vienna, January 26, 1973 (Hsinhua) — The Austrian Research Institute on China arranged a meeting here this evening at which Josef Staribacher, Austrian Minister of Commerce and Industry, and Bruno Pittermann, Ex-Chancellor and chairman of the Institute, reported on impressions of their China visits.

They also answered questions put forward by the audience. The meeting was chaired by Alfred Maleta, Second President of the National Council of Austria and honorary president of the Austrian Research Institute on China.

Over 200 people attended the meeting. Among them were officials from the chancellor's office, the ministry of foreign affairs, the ministry of commerce and industry and the federal chamber of commerce.

Chinese ambassador Wang Yueh-yi was also present.

8. Februar 1973

Im Jugendclub der ÖJAB, Hofherrgasse, Wien X, veranstaltet das ÖCF anlässlich des chinesischen Mondneujahrs ein Frühlingsfest, an dem über 200 Gäste teilnehmen, unter ihnen die Botschafter Schwedens, Albaniens und Pakistans, Botschaftsrat Sung von der chinesischen Botschaft und weitere Vertreter der diplomatischen Korps. Besonderer Höhepunkt des Abends ist, neben Lesungen aus der chinesischen klassischen und neuen Literatur, chinesischer und japanischer Musik auf dem Gu-tjing, einem chinesischen Chorlied, dargeboten von österreichischen Studenten, die chinesisch studieren und den Darbietungen eines Zauberers, der u. a. chinesische Zauberkunststücke zeigt, der Sologesang von Botschaftssekretär Tien, der chinesische Lieder zu Gehör bringt.

18. März 1973

Zur Verabschiedung der Wiener Philharmoniker, deren mehrwöchige Asientournee sie auch nach Peking führen wird, finden sich auf dem Flughafen Wien-Schwechat neben anderen Kulturattachés Lin Hai-chang, I. Sekretär der chinesischen Botschaft, der Vertreter von Hsinhua Chen Wen-kui und der Generalsekretär des ÖCF, Dr. Gerd Kaminski, ein.

Die Philharmoniker werden in Peking drei Konzerte geben, zwei Konzerte unter der Leitung von Claudio Abbado, das dritte unter der Stabführung von Willy Boskovsky, der eigens zu diesem Zwecke nach Peking fliegen wird.

2. Dokumente:

Dr. Harald W. Kotschy, Wien

NATIONALRAT UND AUSSENPOLITIK

Im folgenden werden Auszüge aus einer Diplomarbeit, eingereicht 1972 bei der Wiener Diplomatischen Akademie, wiedergegeben, die sich mit der Aktivität des Nationalrates auf außenpolitischem Gebiet beschäftigt, untergliedert nach der Arbeit im Plenum, in einzelnen Ausschüssen und hinsichtlich der Aktivität der einzelnen Abgeordneten.

Wir entnehmen dieser Arbeit diejenigen Passagen, aus denen zu ersehen ist, wie oft und durch welche Abgeordnete im Plenum des Nationalrates das Thema China zur Sprache kam. Der im Detail Interessierte wird auch über die Bezugsstellen informiert.

Die Arbeit betrachtet den Zeitraum von 1959–1971. Die römischen Ziffern bezeichnen jeweils die Legislaturperioden.

DIE AKTIVITÄT DER ABGEORDNETEN

Zur Messung dieser Aktivität wurde ein spezielles Punktesystem angewendet. Für jede Anfrage (mündlich oder schriftlich, soweit namentlich genannt), Wortmeldung im Plenum und in den drei Ausschüssen sowie für jede Berichterstattung im Plenum erhielten die einzelnen Abgeordneten einen Punkt. Für Mitglieder der Bundesregierung wurde kein Aktivitätsindex errechnet.

Aus der Bewertung geht hervor, daß sich in den einzelnen Legislaturperioden nicht alle 165 Abgeordneten mit Außenpolitik beschäftigten, sondern nur 38,2% im Durchschnitt.

	Abgeordnete	in % <sup>1</sup>
IX	59	35,7
X	65	39,3
XI	83	50,3
XII	46	27,8

Zusammen erreichten sie jeweils folgende Punktzahl:

IX	X	XI	XII
308	241	603	265 <sup>2</sup>

woraus sich ein Punktedurchschnitt pro Abgeordneten<sup>3</sup> ergibt, der wie folgt lautet:

IX	X	XI	XII
5,22	3,70	7,26	5,76

Diesen Durchschnitt konnte jedoch nur eine Minorität der Volksvertreter erreichen, nämlich

IX	X	XI	XII
16 (27,1%)	19 (29,2%)	18 (21,6%)	12 (38,3%)

Bezogen auf die Gesamtheit von 165 Abgeordneten zeigt sich, daß sich nur 9,8% der Volksvertreter in nennenswertem Umfang mit Außenpolitik beschäftigten<sup>4</sup>:

IX	X	XI	XII
9,6%	11,5%	10,9%	7,2%

Betrachtet man jeweils die Gruppe der 10 aktivsten Abgeordneten, so ergibt sich, daß sie folgende Punkte bzw. % erreichten:

IX	X	XI	XII
164 (54,5%)	132 (54,7%)	352 (58,3%)	192 (72,4%)

Stellt man für jede Legislaturperiode eine prozentuelle Relation zwischen der Gruppe der 10 aktivsten Abgeordneten und der Zahl jener Vertreter her, die sich mit APO befaßten, ergibt sich, daß in IX 16,9% der Abgeordneten 54,5% der Punkte, in X 15,3% 54,7% der Punkte, in XI 12,0% 58,3% der Punkte, in XII 21,7% 54,5% der Punkte erhielten.

Von 1959 bis 1971 waren im Spitzenfeld der zehn aktivsten Abgeordneten Vertreter der ÖVP 15mal, die der SPÖ 17mal und jene der FPÖ 8mal vertreten.

	IX	X	XI	XII
ÖVP	3	3	4	5
SPÖ	4	5	4	4
FPÖ	3	2	2	1

Diese Aufstellung läßt schließen, daß das Interesse der ÖVP-Abgeordneten an der Außenpolitik eher zunahm, das der SPÖ-Mandatare etwa gleich blieb und die Beteiligung der FPÖ abnahm.

Die ÖVP-Vertreter im Spitzenfeld konnten insgesamt 374 Aktivitätspunkte (44,2%) verbuchen, die der SPÖ 302 (35,8%) und jene der FPÖ 168 (20,0%).

Aktivitätspunkte der Vertreter im Spitzenfeld

IX	X	XI	XII
(in Prozent)	(in Prozent)	(in Prozent)	(in Prozent)
ÖVP 48 (30,9)	45 (33,6)	157 (44,0)	121 (62,5)
SPÖ 63 (40,8)	60 (45,0)	128 (34,3)	55 (28,1)
FPÖ 44 (28,3)	28 (21,4)	77 (21,7)	18 (9,4)

Die Analyse ergibt, daß in der Zeit der Großen Koalition die Abgeordneten desjenigen Koalitionspartners am aktivsten waren, der den Außen-

minister stellte. Ebenso waren in den Jahren der ersten Alleinregierung die Abgeordneten der Regierungspartei am aktivsten. Die größte Oppositionspartei verringerte sogar ihren Aktivitätsanteil um 10% gegenüber der Vorperiode. In der XII. Legislaturperiode steigerte die ÖVP, jetzt zur Oppositionspartei geworden, ihre bisherige Aktivität um 42% und erlangte erstmalig die absolute Tätigkeitsmehrheit einer Oppositionspartei<sup>5</sup>.

Bei der Zusammensetzung des Spitzenfeldes zeigt sich, daß der Übergang von der IX. zur X. GP relativ stabil war. Sechs Abgeordnete konnten ihre Spitzenpositionen halten und nur vier neue kamen hinzu. Völlig anders ist die Situation zu Beginn der XI. GP. Nur zwei Abgeordnete verbleiben in der Top-Gruppe, zwei sanken auf die Plätze 12 bzw. 14, weitere zwei wurden Regierungsmitglieder und vier schieden überhaupt aus dem Nationalrat aus. Der Übergang von XI zu XII vollzog sich wieder ruhiger. Sechs Vertreter blieben in der Spitzengruppe, zwei kamen auf die Regierungsbank, einer schied aus, ein weiterer mußte sich mit Platz 13 begnügen.

#### Die Themen der Debatten

Betrachtet man nur die Statistik der Anfragen, so muß man zu der Ansicht kommen, daß das Schwergewicht der österreichischen Außenpolitik auf der Arbeit des Europarates, auf Fragen der Amtsführung oder bei den Vermögenverhandlungen lag.

Daher wurde hier der Versuch unternommen, die Debattenbeiträge auf ihren Inhalt zu untersuchen und aufzuschlüsseln.

Zwangsläufig wurde kein Wert auf Vollständigkeit gelegt, ebenso wurde auf eine Gewichtung verzichtet. Ein kurzer Beitrag erhielt einen Punkt genau wie eine einstündige Abhandlung. Das Hauptanliegen bestand darin, die Streuung wiederzugeben. Es konnten außerdem nur die Beiträge in den Plenarsitzungen untersucht werden, da über Ausschußsitzungen keine Unterlagen zugänglich sind. Für jede Behandlung eines Themas durch einen Redner wurde ein Punkt vergeben.

Von den 453 Punkten entfielen 145 auf „Integration“ (32%), 83 auf Südtirol (18,3%). Den dritten Platz teilen sich „Neutralität Österreichs“ und „Vereinte Nationen“ (je 36 Punkte bzw. 7,9%). Die restlichen 153 Punkte (33,9%) verteilen sich auf 19 Themenkreise.

Damit ist aufgezeigt, daß ziemlich genau die Hälfte der Redeaktivität der Abgeordneten die beiden Hauptanliegen der österreichischen Außenpolitik in den Jahren 1959–1971 betraf.

Teilnahme an Versammlungen internationaler Organisationen

Abgeordnete zum Nationalrat nahmen als Mitglieder der österreichischen Delegation an den Generalversammlungen der Vereinten Nationen teil, mit Ausnahme der XIX. Generalversammlung. Desgleichen wurden alljährlich Delegierte zur Beratenden Versammlung des Europarates gewählt.

Die Zusammensetzung der UN-Delegationsmitglieder war immer sehr wechselhaft. Außer dem Abgeordneten Czernetz, der 7mal nach New York reiste, war nur der Abgeordnete Dr. Fiedler mehr als dreimal Delegationsmitglied. Drei Abgeordnete waren dreimal vertreten und 16 Mandatare konnten je einmal Österreich in diesem Forum vertreten.

Völlig anders war es bei der Beratenden Versammlung des Europarates. Hier herrscht eine große Kontinuität bei den Vertretern. Innerhalb einer Legislaturperiode kam es nur selten zu einer Änderung der Zusammensetzung der Delegation, obwohl diese jährlich neu gewählt wurde. Aber auch über mehrere Perioden hinweg sind nur geringe Veränderungen festzustellen, die meistens durch Ausscheiden aus dem Nationalrat bedingt waren. So waren es in den Jahren von 1959 bis 1971 insgesamt nur elf verschiedene Abgeordnete in Straßburg. Den Rekord mit zwölf hält wiederum der Abgeordnete Czernetz.

#### GEGENSTAND DER WORTMELDUNGEN

<u>Czernetz Karl</u>	
China, Beziehungen zur Volksrepublik	36/XII
<u>Gredler Willfried, Dr.</u>	
China, Volksrepublik und UN	83/IX
<u>Karasek Franz, Dr.</u>	
China, Volksrepublik	25/XII
	36/XII
	44/XII
<u>Kirchschläger Rudolf, Dr., BM.</u>	
China	25/XII
	36/XII
<u>Lanc Erwin</u>	
China, Volksrepublik	36/XII
<u>Pittermann Bruno, DDr.</u>	
China, Volksrepublik	78/XII
	108/XII
	25/XII
<u>Scrinzi Otto, Dr.</u>	
China, Volksrepublik	25/XII
	36/XII

AUFSTELLUNG DER IN DEN DEBATTEN BEHANDELTEN THEMEN

	IX	X	XI	XII	Total
1. Integration	52	29	52	12	145
2. Südtirol	21	11	46	5	83
3. Neutralität	10	3	16	7	36
4. Vereinte Nationen	8	4	18	6	36
5. Europarat	7	6	11	6	30
6. Vermögensverhandlungen					15
mit Oststaaten	5	2	4	1	
mit BRD	1	—	1	—	
mit Italien	—	—	1	—	
7. China, Volksrepublik	2	—	2	10	14
8. Atomsperrvertrag	—	—	12	—	12
9. Entwicklungshilfe	1	5	2	3	11
10. Ostpolitik Österreichs	1	5	3	—	9
11. Griechenland	—	—	8	—	8
12. Sicherheitskonferenz	—	—	1	6	7
13. Vietnam	—	—	7	—	7
14. Abrüstung	4	1	—	1	6
15. CSSR-Krise	—	—	6	—	6
16. Diplomatische Akademie	—	—	6	—	6
17. Sicherheitsratkandidatur	—	—	—	6	6
18. Kongo	2	3	—	—	5
19. Naher Osten	—	—	5	—	5
20. Rüstung	2	—	1	—	3
21. SALT	—	—	—	2	2
22. Entspannung	—	—	1	—	1

Anmerkungen

- 1 Bezogen auf alle 165 Abgeordneten
- 2 Bei allen Angaben über die XII. Legislaturperiode muß berücksichtigt werden, daß diese nur 16 Monate dauerte
- 3 Bezogen auf jene Abgeordnete, die sich mit Außenpolitik befaßten
- 4 D. h. zumindest den Punktedurchschnitt erreichten
- 5 Ein Ergebnis des gewaltigen Anstiegens der schriftlichen Anfragen betreffend die Tätigkeit des Europarates
- 6 Analysiert wurden nur die Beiträge in den Plenarsitzungen. Bezweckt wird nur die Darstellung der Streuung der außenpolitischen Themen, wobei kein Wert auf Vollständigkeit gelegt wurde. Insbesondere wurden allgemeine Darlegungen (tours d'horizon) nicht berücksichtigt
- 7 Die arabische Zahl gibt die Sitzungsnummer, die römische die Legislaturperiode an



590 der Beilagen zu den  
stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. GP

29. 11. 1972

Regierungsvorlage

Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der  
Republik Österreich und der Volksrepublik China

Die Republik Österreich und die Volksrepublik China sind, vom Wunsche geleitet, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteiles zu entwickeln, übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

Artikel 1

Der Warenverkehr zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China wird gemäß den allgemeinen Rechtsvorschriften für die Ein- und Ausfuhr, die in jedem der beiden Staaten in Geltung sind, sowie auf der Grundlage dieses Abkommens durchgeführt.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien werden einander die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle und sonstigen Abgaben (Steuern, Gebühren und Beiträge), die anlässlich der Ein- oder Ausfuhr von Waren erhoben werden, sowie auch hinsichtlich der Art der Erhebung dieser Zölle und Abgaben gewähren.

(2) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung:

a) auf Begünstigungen, die von einer der Vertragsparteien bestimmten Staaten oder bestimmten regionalen Organisationen in der Absicht eingeräumt wurden oder eingeräumt werden, eine Zone des freien oder präferenziellen Handels zu errichten,

b) auf Begünstigungen, die von einer der Vertragsparteien Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs eingeräumt wurden oder eingeräumt werden,

c) auf Begünstigungen, die von einer der Vertragsparteien dritten Staaten in Anwendung von multilateralen Verträgen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt, eingeräumt wurden oder eingeräumt werden.

(3) Sollten sich aus der Anwendung des Abs. 2 Nachteile für den Handelsverkehr zwischen den beiden Vertragspartnern ergeben, so werden sich die zuständigen Behörden bemühen, diese Schwierigkeiten durch eine nach Maßgabe der bestehenden Rechtsvorschriften möglichst wohlwollende Behandlung zu beseitigen.

Artikel 3

Zur Erleichterung und Förderung der gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften bestrebt sein, Anträgen auf Erteilung von Bewilligungen für die Ausfuhr von Waren nach dem Gebiet der anderen Vertragspartei bzw. für die Einfuhr von Waren aus dem Gebiet der anderen Vertragspartei, soweit solche erforderlich sind, eine wohlwollende Behandlung zu gewähren.

Artikel 4

Alle Zahlungen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China erfolgen in Übereinstimmung mit den Devisenvorschriften jeder Vertragspartei in österreichischen Schilling oder in Ren-Min-Bi oder in für beide Geschäftspartner (Art. 5) akzeptablen frei konvertierbaren Währungen.

Artikel 5

Der Warenverkehr zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China wird auf Grund von Verträgen abgewickelt, die zwischen natürlichen oder juristischen Personen oder Personengesellschaften des Handelsrechtes, die nach österreichischem Recht außenhandelsberechtigt sind, und chinesischen Organisationen, die nach chinesischem Recht außenhandelsberechtigt sind, abgeschlossen werden.

Artikel 6

Die Vertragsparteien setzen voraus, daß die gegenseitigen Warenlieferungen zu marktgerechten Preisen erfolgen werden. Im Falle von Schwierigkeiten auf dem Preisgebiet werden die beiderseits zuständigen Stellen bestrebt sein, geeignete Maßnahmen zu deren Behebung zu ergreifen.

Artikel 7

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden auf Geschäfte, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen wurden, keine Anwendung. Auf Geschäfte, die im Rahmen und während der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens abgeschlossen wurden, jedoch im Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens noch nicht erfüllt sind, werden die Bestimmungen dieses Abkommens weiter angewendet.

Artikel 8

Die Vertragsparteien kommen überein, eine Gemischte Kommission zu bilden. Ihre Aufgabe ist es, die Durchführung dieses Abkommens zu beobachten, neue Möglichkeiten zur Entwicklung des Handels zwischen den Vertragsparteien zu prüfen und geeignete Vorschläge zur Abänderung oder Ergänzung dieses Abkommens an die Ver-

tragsparteien zu erstatten. Die Gemischte Kommission wird auf Wunsch einer Vertragspartei abwechselnd in Wien oder Peking zusammentreten.

#### Artikel 9

Dieses Abkommen tritt 60 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, in dem die Vertragsparteien einander im Wege eines Notenwechsels mitteilen, daß die staatsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind. Es bleibt so lange in Kraft, bis es von einer der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Mo-

naten schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN ZU PEKING am 2. November 1972 in zwei Urschriften, in deutscher und chinesischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Josef Staribacher m. p.

Für die Regierung der Volksrepublik China:

Pai Hsiang-kuo m. p.

## 中华人民共和国和奥地利共和国贸易和支付协定

中华人民共和国和奥地利共和国为在平等互利的基础上发展两国经济贸易关系签订本协定。条文如下：

### 第 一 条

中华人民共和国和奥地利共和国之间的货物交换，将根据两国各自现行的进出口一般规章和在本协定的基础上进行。

### 第 二 条

一、缔约双方在货物进口或出口征收关税和其他费用（税收、规费和促进金）以及征收以上关税和费用的手续方面，应相互给予最惠国待遇。

二、但上款的规定不适用于：

（一）缔约双方的一方为建立自由贸易区或优惠贸易区已给予或将给予有关国家或有关区域性组织的优惠。

（二）缔约双方的一方为方便边境贸易已给予或将给予邻国的

优惠。

(三) 缔约双方的一方在执行另一方没有参加的那些多边条约时已给予或将给予第三国的优惠。

三、在执行第二项规定时，如果对缔约双方贸易往来产生不利情况时，有关当局应努力根据现有规章的规定给予最善意的处理，以排除这些困难。

### 第 三 条

缔约双方为方便和促进相互经济贸易关系，对向缔约的另一方出口货物或自缔约的另一方进口货物申请颁发必要的许可证时，应在双方规章范围之内尽力给予善意的对待。

### 第 四 条

中华人民共和国和奥地利共和国之间的所有支付，应按照缔约每一方外汇规章以人民币或以奥地利先令或以贸易双方（第五条所列）可以接受的自由兑换的货币办理。

### 第 五 条

中华人民共和国和奥地利共和国之间的货物交换，将在根据中国法律有权进行对外贸易的中国机构和根据奥地利法律有权进行对外贸易的自然人或法人或注册的贸易公司签订合同的基础上进行。

### 第 六 条

缔约双方应以市场的合理价格相互进行货物交换。如果价格方面产生了困难，双方有关单位应尽力采取适当措施排除困难。

### 第 七 条

本协定的规定，不适用于本协定生效前所达成的交易。但对根据本协定和在本协定有效期内所达成的、而在本协定失效后尚未完成的交易，本协定规定继续有效。

## 第 八 条

缔约双方同意组成一个混合委员会，其任务是检查本协定的执行，研究缔约双方之间发展贸易的新的可能性和对本协定的修改和补充向缔约双方提出适当的建议。混合委员会将根据缔约的一方的愿望，轮流在北京或维也纳举行会议。

## 第 九 条

缔约双方在通过交换照会方式相互通知生效的国家法律条件已具备后六十天，本协定即生效。直到缔约的一方遵守六个月的废除期通过外交途径书面通知另一方废除为止，本协定一直有效。

缔约双方的全权代表签署本协定并盖章封记，以资确认。

本协定于一九七二年十一月二日在北京签订，共两份，每份都用中文和德文写成，两种文本具有同等效力。

中华人民共和国政府代表

白 相 国

( 签 字 )



奥地利共和国政府代表

约瑟夫·施塔里巴赫

( 签 字 )





Das „Österreichische China-Forschungsinstitut“ hat sich als Verein konstituiert. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in: ordentliche, fördernde, korrespondierende Mitglieder (ausländische juristische oder physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts), außerordentliche Mitglieder (österreichische physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts). Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschrift, die sonstigen Publikationen des Vereins zu Selbstkosten. Sie können Einrichtungen des Vereins, wie etwa die künftige Bibliothek, Archiv oder Statistiken nach Maßgabe der räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten kostenlos benützen.



### BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre meinen Beitritt zum „Österreichischen China-Forschungsinstitut“ als ordentliches (Jahresbeitrag ö. S. 500,-), förderndes (Jahresbeitrag ö. S. 5000,- oder Leistung eines einmaligen Beitrages, der dem 100 fachen des Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes entspricht. Juristische Personen können nur als fördernde Mitglieder beitreten. Wissenschaftliche Institutionen können bereits durch Bezahlung des doppelten Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes als fördernde Mitglieder aufgenommen werden), korrespondierendes (ausländische physische – ö. S. 500,- – oder juristische Personen – ö. S. 5000,- – ausländische wissenschaftliche Institutionen – ö. S. 1000,-), außerordentliches Mitglied (inländische physische Personen – ö. S. 200,-).

Meinen Beitrag von . . . . . ö. S. werde ich jährlich bis zum 30. 6. auf das Konto „Österreichisches China-Forschungsinstitut“ Giro 00-66276-7, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG., Seitzergasse 2-4, 1010 Wien, einzahlen.

Datum

Name, Adresse

Unterschrift

Bitte ausschneiden und zusenden an:

Österreichisches China-Forschungsinstitut 1010 Wien, Tuchlauben 8, Tel. 63 04 76

Ich bestelle ein Jahresabonnement der Zeitschrift „China-Report“ zum Preis von ö. S. 200 (6 Nummern)

Datum

Name, Adresse

Unterschrift



# SCHIFFSWERFT KORNEUBURG



## Aktiengesellschaft

**Schiffsbau:** Fahrgastschiffe, Containerschiffe, Schlepper, Schubschiffe, kombinierte Zug- und Schubschiffe, Fischereifahrzeuge, Eisbrecher, Kühlschiffe, Frachtschiffe, Güter- und Tankkähne, Schwimmkräne, Bagger, Schutenentlehrer.

**Stahl- und Maschinenbau:**

Kessel und Behälter aus Aluminium.

Seilbahngondeln, Spezialwaggons für staubförmige Stoffe, Abkantarbeiten, Dreh-, Fräs- und Bohrarbeiten.

**Kunststoff:** Ruder-, Motor-, Tret- und Segelboote, Feuerwehr-, Rettungs- und Arbeitszillen, Segeljachten.

**A~2100 Korneuburg, POB 52, Tel. 022 62 / 25 85**  
**Telex 07~ 435116 swka**

## UWE G. FABRITZEK

# SCHWARZER ADLER - GELBER DRACHE

### Die Geschichte der deutsch- chinesischen Beziehungen

erschienen 1973 im Bertelsmann Sachbuch-Verlag, München.

Umfang: ca. 300 Seiten

Preis : ca. 25 DM

Mit Dokumenten, Karten, Zeittafeln und Index.

Das Buch stellt den Versuch dar, die Beziehungen zwischen Deutschland und China in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht aufzuzeigen, wobei diese jeweils in den größeren Rahmen der allgemeinen Entwicklung beider Staaten bzw. der Außenpolitik Pekings, insbesondere gegenüber Europa, gestellt wird. Ebenfalls behandelt werden die Beziehungen der Volksrepublik China zur DDR, die der Bundesrepublik Deutschland zu Taiwan sowie die Einbeziehung der BRD in den sino-sowjetischen Konflikt.

Das „Österreichische China-Forschungsinstitut“ kann infolge der Beteiligung prominenter Politiker beider großen österreichischen Parteien sowie der Teilnahme von Angehörigen der Interessensvertretungen und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft auf eine breite gesamtösterreichische Basis hinweisen.

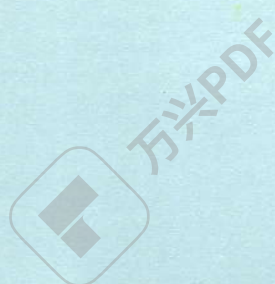
Im Rahmen seiner Bestrebungen, das Studium des gegenwärtigen Chinas zu fördern, ermöglicht das Institut das Erscheinen des „China-Report“. Die in dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser und sind dem Institut nicht zuzurechnen, da dieses insbesondere zu politischen Problemen keine eigene Stellungnahme bezieht.



Für die nächsten Nummern des „China-Report“ werden Inserate entgegengenommen.



Die  
Geschichte  
der  
deutschen  
chinesischen  
Beziehungen



Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältigung:  
Österreichisches China-Forschungsinstitut  
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Gerd Kaminski  
Alle: 1010 Wien, Tuchlauben 8, 1.Stock, Tel.: 63 04 76





# Zeitgemäßes KAPITALSPAREN mit dem

**BAWAG SPARBRIEF**  
weil er viele Vorteile bringt!

- 6 Prozent Zinsen pro Jahr
- Abhebung jederzeit – spesenfrei
- Keine Legitimationspflicht
- Progressiver Zinsanstieg während der ganzen Laufzeit – 34 Prozent Ertrag in fünf Jahren
- Kann auf Überbringer lauten – Lösungswort möglich
- Einzahlung und Abhebung an jedem BAWAG-Schalter und per Post

**BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT**  
Zentrale: 1010 Wien, Seitzergasse 2-4, Telefon: 63 57 47 Serie  
und weitere Geschäftsstellen in Wien und allen Bundesländern.